

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 5. März 2013

www.epd.de

Nr. 10

»Kirche mitten drin«

Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort.

Beiträge zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Meißen.

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Peter Bosse-Brekenfeld
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

■ »Kirche mitten drin«

Städte und Gemeinden stehen vor regional bedingt durchaus unterschiedlichen Herausforderungen, die nur durch eine gute lokale Zusammenarbeit bearbeitbar sind. Neben kommunaler Politik und Verwaltung sind auch Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände gefordert, spezifische Beiträge zu leisten. Mit ihren personellen und räumlichen Ressourcen verfügen sie über Potentiale, die trotz oder gerade wegen massiver Strukturveränderungen eingebracht werden können. Ziel ist die Profilierung eines Konzeptes der Gemeinwesendiakonie, bei der insbesondere die Kirchenbezirks- / Kirchenkreissozialarbeit der Diakonischen Werke

und im katholischen Bereich die sozialräumliche Ausrichtung der Caritasarbeit und des Fachdienstes der Gemeindecaritas eine wichtige Aufgabe erfüllen könnten.

Die Evangelische Akademie Meißen hatte dieses Thema am 1. und 2. November 2012 auf ihrer Tagung »Kirche mitten drin« zur Diskussion gestellt. Dazu konnten 70 Teilnehmer/innen begrüßt werden, darunter Repräsentanten aus Kirche, Diakonie, Politik und öffentlicher Verwaltung.

Die Tagung war die neunte von zwölf Veranstaltungen, mit denen sich die Evangelischen und Katholischen Akademien in Deutschland am bundesweiten

ökumenischen Kooperationsprojekt »Kirche findet Stadt« (KfS) beteiligen, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert wird. Es thematisiert – so Reinhard Thies vom KfS-Projektträger, der Netzwerkestelle Gemeinwesen der Diakonie Deutschland im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, in seiner Begrüßung – die Rolle der Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in sozialen Netzwerken der Stadtentwicklung und kommuniziert Praxiserfahrungen lokaler Entwicklungspartnerschaften von Kirche, Zivilgesellschaft und Kommune an ca. 150 Standorten in Deutschland.
(Seite 4)

Quellen:

»Kirche mitten drin«

Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort.

Beiträge zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Meißen, 1. – 2. 11.2012

Internet: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

Die Tagung war die neunte von zwölf Veranstaltungen, mit denen sich die Evangelischen und Katholischen Akademien in Deutschland am bundesweiten **ökumenischen Kooperationsprojekt »Kirche findet Stadt«** (KfS) beteiligen, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert wird. Internet: <http://www.kirche-findet-stadt.de/>

Aus dem Inhalt:**»'Kirche mitten drin' – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort«, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012**

▶ Johannes Bilz: »'Kirche mitten drin' – Einführung«	4
▶ Lutz Meltzer: »'Kirche mitten drin' – Zusammenfassung der Tagung«	4
Prof. Dr. Albrecht Göschel: »Kommune und Kirchengemeinde in polarisierter Stadt- und Regionalentwicklung«	11
▶ Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl: »Kirche werden im Gemeinwesen – Theologisch-ethische Perspektiven des Community Organizing als Beteiligungsform einer ‚gesellschaftsoffenen Kirche‘«	21
▶ Dr. Thomas Gensicke: »Kirche und Diakonie in der Zivilgesellschaft«	26
▶ Pfarrer Johannes Neugebauer: »'Wir schaffen Lebensmittelpunkte' – Hof Bahnhofsviertel«	36
▶ Thomas Nitz: »Auferstehungskirche als Nachbarschaftszentrum in der Plattenbausiedlung Stralsund-Grünhufe«	38
▶ Thomas Wintermann: »Andacht«	43
▶ Karsten Gerken: »Integrierte Stadt- und Regionalentwicklung – Sicht der Öffentlichen Hand auf Kirche und Diakonie als Partner im Gemeinwesen«	45
▶ Ludwig Scharmann: »Integrierte Stadt- und Regionalentwicklung – Sicht der Öffentlichen Hand auf Kirche und Diakonie als Partner im Gemeinwesen«	46
▶ Pfarrer Andreas Dohrn: »Kirche als Initiator für lokale Partnerschaften: Erste christliche Arbeitsvermittlung«	51
▶ Pfarrer Matthias Seifert: »Öffnen von Häusern – Evangelische Friedensgemeinde Wolfen-Nord«	52
▶ Rolf Schlagmann: »Von der Einrichtungsdiakonie zur Quartiersdiakonie. Am Beispiel ‚Grüner Hofes – In Gemeinschaft leben‘«	55
▶ Sandra Dürrling: »Kirche und Diakonie als Partner im Quartier am Beispiel der Projektarbeit der Kirchenbezirkssozialarbeit in Leipzig«	59
▶ Gabriele Schwentek: »Bürgerschaftliches Engagement in der Nachbarschaft am Beispiel der Freiwilligen-Agentur Nordharz (FWA)«	60
▶ »Tagungsprogramm«	62

»Kirche mitten drin« / Einführung

Von Johannes Bilz, Direktor der Evangelischen Akademie Meißen

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012


Städte und Gemeinden stehen vor regional bedingt durchaus unterschiedlichen Herausforderungen, die nur durch eine gute lokale Zusammenarbeit bearbeitbar sind. Neben kommunaler Politik und Verwaltung sind auch Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände gefordert, spezifische Beiträge zu leisten. Mit ihren personellen und räumlichen Ressourcen verfügen sie über Potentiale, die trotz oder gerade wegen massiver Strukturveränderungen eingebracht werden können. Ziel ist die Profilierung eines Konzeptes der Gemeinwesendiakonie, bei der insbesondere die Kirchenbezirks- / Kirchenkreissozialarbeit der Diakonischen Werke und im katholischen Bereich die sozialräumliche Ausrichtung der Caritasarbeit und des Fachdienstes der Gemeindec Caritas eine wichtige Aufgabe erfüllen könnten.

Die Evangelische Akademie Meißen hatte dieses Thema am 1. und 2. November 2012 auf ihrer Tagung »Kirche mitten drin« zur Diskussion gestellt. Dazu konnten 70 Teilnehmer/innen begrüßt werden, darunter Repräsentanten aus Kirche, Diakonie, Politik und öffentlicher Verwaltung.

Zunächst wurden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen praktischer kirchlicher und diakonischer Arbeit in und mit der Bürgerschaft beleuchtet. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive er-

läuterte Dr. Albrecht Göschel, welche Herausforderungen angesichts des sozialen, ökonomischen und demografischen Wandels von Staat/ Gemeinde, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bewältigen sind. Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl ergänzte den Blick des Theologen und begründete, warum die Zukunft der Kirche(n) in ihrer Rückkehr zur Diakonie liegt, in der Arbeit *mit* benachteiligten Menschen, und nicht nur *für* sie. Dr. Thomas Gensicke verdeutlichte anhand von Ergebnissen einer empirischen Untersuchung, mit welchem Potenzial an ehrenamtlicher Unterstützung die kirchlichen Akteure bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland rechnen können.

Zum Abschluss der gesamten Tagung (mit Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussion) wurden drei zentrale Ansatzpunkte einer gemeinsamen Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen durch Staat/Kommune, Kirche und Zivilgesellschaft formuliert:

- 1.) Kirchliche und diakonische Akteure sollten sich gegenüber der politischen Ebene als *aktive Kooperationspartner auf Augenhöhe* verstehen;
- 2.) die *materiellen Ressourcen* aller beteiligten Institutionen sollten auf die *Sicherung der Infrastruktur für zivilgesellschaftliches Engagement* gerichtet sein, nicht auf die Finanzierung nur kurzzeitig wirksamer Projekte;
- 3.) die *Öffnung gegenüber* unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren wäre Zielrichtung weiteren Handelns. 

»Kirche mitten drin« – Zusammenfassung der Tagung

Von Lutz Meltzer, *stadttext*, Dortmund (www.stadttext.de)

Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags ist im Internet zu finden unter:
<http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

Wer sich wie Kirche und Diakonie vor Ort dem Dienst am Menschen widmet, begegnet vielschichtigen sozialen Problemen, die regional und

bereits innerhalb einer Stadt sehr unterschiedlich beschaffen sein können. Sie zeigen sich besonders deutlich in benachteiligten Stadtteilen deutscher Großstädte, aber z.B. auch in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands, die zusätzlich mit den negativen Folgen demografischer Entwicklungen zu kämpfen haben. Die öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure stehen angesichts struktureller Veränderungen und lokal konzentrierter

Problemlagen vor großen Herausforderungen, die sich nur noch gemeinsam erfolgreich angehen lassen. Wachsende Aufgaben und rückläufige Ressourcen lassen auch die beiden großen Kirchen und ihre diakonischen Einrichtungen – Diakonisches Werk und Caritasverband – nach Wegen verstärkter Kooperation miteinander, mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft und mit der öffentlichen Hand suchen. Diese weitere Öffnung in die säkulare Gesellschaft entspricht dem Verständnis von Kirche(n) und Diakonie, »mitten drin« und damit vor Ort für alle Bürger/innen präsent zu sein – und dies gleichermaßen in städtischen und ländlichen Lebenswelten. Die Evangelische Akademie Meißen hat dieses Thema am 1. und 2. November 2012 auf ihrer Tagung »Kirche mitten drin« zur Diskussion gestellt. Akademiedirektor Johannes Bilz konnte 70 Teilnehmer/innen begrüßen, darunter Repräsentanten aus Kirche, Diakonie, Politik und öffentlicher Verwaltung.

Die Tagung war die neunte von zwölf Veranstaltungen, mit denen sich die Evangelischen und Katholischen Akademien in Deutschland am bundesweiten ökumenischen Kooperationsprojekt »Kirche findet Stadt« (KfS) beteiligen, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert wird. Es thematisiert – so Reinhard Thies vom KfS-Projektträger, der Netzwerkstelle Gemeinwesen der Diakonie Deutschland im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, in seiner Begrüßung – die Rolle der Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in sozialen Netzwerken der Stadtentwicklung und kommuniziert Praxiserfahrungen lokaler Entwicklungspartnerschaften von Kirche, Zivilgesellschaft und Kommune an ca. 150 Standorten in Deutschland.

Mit drei Beiträgen aus der Wissenschaft wurden auf der Tagung zunächst die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen praktischer kirchlicher und diakonischer Arbeit in und mit der Bürgerschaft beleuchtet:

– Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erläuterte **Dr. Albrecht Göschel** in seinem Referat »Kommune und Kirchengemeinde in polarisierter Stadt- und Regionalentwicklung«, welche Herausforderungen angesichts des sozialen, ökonomischen und demografischen Wandels von Staat/Gemeinde, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bewältigen sind: Mit der fortschreitenden Globalisierung haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen Staat und Wirtschaft zugunsten Letzterer verschoben; individuelle Interessenverfolgung

steht gegen Gemeinwohlorientierung; der demografische Wandel gefährdet die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme; die soziale Polarisierung zwischen Arm und Reich wächst, wie auch die räumliche Polarisierung zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen; strukturschwache Gebiete verlieren durch Abwanderung gerade ihre leistungsfähigsten und aktivsten Einwohner an boomende Regionen.

Jedes zivilgesellschaftliche Engagement lebt von seiner zentralen »Ressource« – dem solidarischen Denken und Handeln aus Empathie für die soziale Gemeinschaft. Eigeninitiative und Kooperation, die dieses Engagement auszeichnen, sind jedoch genau dort schwach ausgeprägt, wo die Zivilgesellschaft am meisten gefordert ist: in ländlichen Räumen, deren soziale Infrastruktur nicht mehr trägt, und in Stadtquartieren, die durch eine Konzentration sozialer Probleme gekennzeichnet sind und deren Bewohner/innen in hohem Maße zu den Benachteiligten der modernen Gesellschaft zählen. Für die kirchliche Gemeinwesenarbeit in solchen Strukturen ergibt sich daraus die Herausforderung, vor Ort praktische Ansätze für kooperatives Handeln zu identifizieren und ein Verständnis von »Kooperation zur Produktion von Gemeinwohl« zu vermitteln.

– Eine theologische Betrachtung kirchlichen und diakonischen Engagements im Gemeinwesen nahm **Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl** vor, der an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin lehrt. Er begründete in seinem Referat »Kirche werden – theologisch-ethische Anmerkungen«, warum die Zukunft der Kirche(n) in ihrer Rückkehr zur Diakonie liegt, in der Arbeit *mit* benachteiligten Menschen, und nicht nur *für* sie. Er sieht die Kirche »mitten drin« im Gemeinwesen, im »Sozialraum als ‚leibliche Mitte‘ zivilgesellschaftlicher Lebenswelt«, zugleich aber auf einem Weg der äußeren und inneren Entgrenzung, des aktiven Hinaustretens diakonisch tätiger Kirche in den Stadtteil (»Ver-Ortung«) und der damit einhergehenden Wahrnehmung eigener Vielfalt und Potenziale. Theologisch gesehen verbindet sich, so Prof. Lob-Hüdepohl, mit einer Gemeinwesenarbeit zur Stärkung individueller Lebensführungskompetenz die »Menschwerdung des Menschen unter den Augen Gottes«. Er sieht den Sozialraum ausdrücklich als einen Ort diakonischen *und* seelsorgenden Wirkens, d.h. als »Ort aufblitzender Gottesfragen an den ‚Hecken‘ und ‚Zäunen‘ menschlicher Alltagswelt«. Der Referent plädiert in der diakonischen Arbeit für eine wechselseitige Verschränkung gemeindlich-ehrenamtlichen und verbandlich-professionellen Engagements. In Aushandlungsprozessen zivilgesellschaftlicher Partikularin-

teressen vor Ort sieht er die Kirchgemeinden in der Interessenvertretung gerade der benachteiligten Bürger/innen, die sich aus eigener Kraft nur schwach artikulieren können. Mit der politischen Strategie des *Community Organizing* plädiert er für den »Aufbau einer für sich selbst sorgenden Gesellschaft bislang Alimentierter« und damit für die Entwicklung endogener Ressourcen und einer Kultur des gemeinschaftlichen Handelns für die Gemeinschaft.

– Die wissenschaftliche Perspektive auf »Kirche und Diakonie als Partner in zivilgesellschaftlichen Netzwerken« vervollständigte ein Beitrag aus der empirischen Sozialforschung. **Dr. Thomas Gensicke** verdeutlichte anhand von Ergebnissen einer Untersuchung des Münchner Instituts *TNS Infratest Sozialforschung GmbH*, mit welchem Potenzial an ehrenamtlicher Unterstützung die kirchlichen Akteure bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland rechnen können. Im Mittelpunkt standen Zahlen des »Freiwilligen survey« (FWS), einer repräsentativen Befragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in den Jahren 1999, 2004 und 2009, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt wurde und deren Ergebnisse online zur Verfügung stehen (www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen, did=165004.html). Konstant etwa jede/r Dritte in Deutschland betätigt sich ehrenamtlich, von diesen etwa jeder Fünfte in kirchlich-religiösem Kontext; eine wachsende Zahl an Bürger/innen erklärt aber eine gewisse Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit. Unterschiede zeigen sich zwischen den alten und neuen Bundesländern, aber auch zwischen Stadt und Land. In der alten Bundesrepublik gibt es eine längere Tradition freiwilliger Arbeit im Ehrenamt; auf dem Land ersetzen z.B. ehrenamtlich betriebene Freizeitangebote die fehlenden kommerziellen Angebote. Der Anteil von Kirchenmitgliedern in der Bevölkerung sinkt (auf derzeit ca. 28% im Westen und 73% im Osten Deutschlands), doch zeigt dieser Personenkreis einen zunehmenden Grad emotionaler Bindung an seine Kirche. Zu bedenken ist, dass kirchlich Gebundene sich in hohem Maße (auch oder nur) außerhalb kirchlicher Strukturen ehrenamtlich engagieren (Gensicke). Insbesondere im Osten stellt sich die Frage, wie die Kirche angesichts ihrer geringen Verankerung in der Gesamtbevölkerung noch als gewichtiger zivilgesellschaftlicher Partner agieren kann. Ein zentraler Ansatzpunkt sollte, neben dem kirchlichen »Kerngeschäft«, die Öffnung der Kirche nach außen sein (Thies). Die Herausarbeitung gemeinsa-

mer Interessen mit Menschen, die der Kirche nahe stehen, sowie die Erörterung tiefergehender Sinnfragen ließe z.B. auch nach Orientierung suchende junge Menschen Interesse am Akteur Kirche finden (Gensicke).

Was »Kirche mitten drin« in der Praxis bedeutet, wurde mit Berichten aus der Projektarbeit in den **KfS-Regionalknoten Stralsund und Hof** veranschaulicht. Es handelt sich um zwei von zwölf Projekten in Deutschland, die im Rahmen des Netzwerkes von »Kirche findet Stadt« den regionalen Austausch über Einzelvorhaben und Fragestellungen der kirchlich-zivilgesellschaftlichen Kooperation befördern sollen.

– In Stralsund wurde ein erst in der Wendezeit entstandenes evangelisches Gemeindezentrum im damaligen Stralsunder Neubaugebiet Grünhufe von Anwohnern, Kirche und Diakonie zu einem hochfrequentierten Nachbarschaftszentrum entwickelt. **Thomas Nitz**, der Leiter des Zentrums, berichtete aus der Arbeit vor Ort, bei der insbesondere die orientierungslose Jugend mit dem Aufbau einer »Jugendkirche« sozial eingebunden werden konnte. Dieser Prozess einer sozialen Befriedung vollzieht sich über Aufgaben einer klassischen Stadtteilarbeit, ohne den Kontext »Wir sind Kirche« dabei aufzugeben. In Kooperation mit einer benachbarten Kirchgemeinde, dem Kreisdiakonischen Werk und der kommunalen Stadterneuerungsgesellschaft gelang es, in einem schwierigen sozialen Umfeld einen intensiv genutzten Raum für Unterstützungsangebote, Selbsthilfe, Freizeit und Kommunikation zu etablieren.

– In Hof wurde, ausgehend von der Diakonie Hochfranken, in Kooperation von Diakonie, Kirchgemeinde, Vereinen und Kommune die Schaffung neuer »Lebensmittelpunkte« in Angriff genommen. Pfarrer **Johannes Neugebauer** erläuterte den Ansatz, in mehreren strukturell schwachen Ortsteilen der Stadt eine gemeinsame Quartiersarbeit zu betreiben und den Menschen Anlaufstellen für soziale Beratung und Begegnung, ehrenamtliche Betätigung und konkrete Hilfe zu geben. Die diakonische Begleitung beinhaltet auch die Unterstützung kleiner Kirchgemeinden auf ihrem Weg einer weiteren Öffnung ins Quartier, mithin ihrer inneren und äußeren »Entgrenzung«. Unerlässlich ist die Bereitschaft, über den »Tellerrand« der eigenen Arbeit zu schauen, auch unkonventionelle Wege zu beschreiten und Netzwerke zu schaffen und zu pflegen.

Die Leitsätze der auf europäischer Ebene im Jahr 2007 verabschiedeten »Leipzig-Charta« zur nach-

haltigen Stadtentwicklung beinhalten ausdrücklich eine Strategie der intensiven Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Verdeutlichung des Ansatzes einer integrierten Stadt- und Regionalentwicklung dienten zwei Statements zur »Sicht der öffentlichen Hand auf Kirche und Diakonie als Partner im Gemeinwesen«. Sie vermittelten Einblicke in das Selbstverständnis und die Erwartungen von Kommune und Staat an zivilgesellschaftliche Kooperationen mit den Kirchen und ihren diakonischen Einrichtungen.

– **Karsten Gerkens** vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig beschrieb die weitreichenden Kooperationsmöglichkeiten in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge und der sozialen Arbeit, z.B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich, im Quartiersmanagement, in Stadtteilforen oder bei der gemeinsamen Nutzung von Gebäuden. Ein Sonderreferat zur integrierten Stadtentwicklung bündelt in Leipzig die Aktivitäten der öffentlichen Hand in räumlich abgegrenzten Problemgebieten. Die Koordination quartiersbezogener Planungen von Kommune und Kirche zum Ausbau oder zur Umnutzung sozialer Einrichtungen wäre einer effektiveren sozialen Versorgung vor Ort dienlich. Angesichts der städtebaulichen Bedeutung und der oft zentralen Ortslage von Kirchen sollte z.B. gemeinsam nach Nutzungsmöglichkeiten für Gebäude gesucht werden, die als klassische Gotteshäuser nicht mehr unterhalten werden können. Der Einsatz öffentlicher Mittel der Städtebauförderung, z.B. aus den Programmen »Soziale Stadt« und »Stadtumbau Ost«, greift nur im baulich-investiven Bereich; eine institutionelle Positionierung der Kirche zu Fragen der Stadterneuerung wäre wünschenswert. Insbesondere zur Lösung sozialer Konflikte in Problemgebieten kann die Städtebauförderung derzeit wenig beitragen. Deshalb wäre der Rückzug der Kirche aus dem Quartier das falsche Signal, müssten die kirchlichen Akteure vor Ort (ggf. auf der Grundlage entsprechender Konzepte der Institution Kirche) für eine Öffnung nach außen gewonnen werden, um ihren Beitrag zur Stärkung nachbarschaftlicher Netzwerke zu leisten. Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen ist die Mitarbeit der Kirche an Konzepten der integrierten Stadtentwicklung wichtig und würde seitens der Kommune sehr begrüßt. Ein nicht nur christliche, sondern alle Schüler/innen ansprechendes, gemeinsam betriebenes Schulprojekt im Leipziger Osten mit seinem hohen Migrantenanteil könnte wegweisend sein.

– Für **Dr. Ludwig Scharmann**, Referent im Geschäftsbereich Landes- und Regionalplanung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, sind die Kirchen als anerkannte Träger öffentlicher Belange selbstverständliche Partner in seiner Arbeit. Er vermisst aber bei den kirchlichen Akteuren eine stärkere Wahrnehmung ihrer Funktion als wichtiger gestaltender Partner einer integrierten Stadt- und Regionalentwicklung; eine Position, die durch die hohe gesellschaftliche Anerkennung kirchlicher und diakonischer Arbeit zusätzliche Berechtigung hat. So finden sich in den Stellungnahmen der Kirchen zum Landesentwicklungsplan kaum raumrelevante Aussagen. Ein gemeinsames Verständnis von ländlicher Entwicklung besteht nicht. Von 44 definierten Standards der Daseinsvorsorge beziehen sich nur sehr wenige auf die kulturellen Bereiche, in denen die Kirche aktiv ist. Mit Blick auf die relativ große Zahl kirchlicher Gebäude im Besitz der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und die demografische Perspektive im Freistaat sollte die Aufgabe einer Umnutzung von Teilbeständen stärker angegangen werden – etwa zu sozialen und kulturellen Einrichtungen. Anders als im sozialen Sektor mit seiner Sozialgesetzgebung gibt es im städtebaulichen Bereich keine strukturell abgesicherte Form der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und den Kirchen; hier gilt es Gestaltungsspielräume zu nutzen und nicht an einzelnen Themen, sondern an Strukturen zu arbeiten. Wie für die Kommunen stellt sich auch für die Kirchen und ihre Einrichtungen die Frage, ob und wie sie flächendeckend eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichern können. Bezogen auf den Einsatz ehrenamtlich Tätiger in der sozialen Versorgung gilt, dass dies die fachliche Kompetenz professioneller Arbeit nicht ersetzen kann. Letztere muss deshalb auch im kirchlichen Bereich weiterhin möglich sein; eine entsprechende Förderung wäre zu klären. Die Landesplanung registriert zunehmende Verteilungskämpfe um Ressourcen, etwa beim Thema Schulversorgung in städtischen und ländlichen Räumen; die integrierte Nutzung von Schulgebäuden könnte die Situation entspannen helfen.

Die verschiedenen Beiträge zu **Praxiserfahrungen aus der diakonischen Arbeit** in Sachsen und Sachsen-Anhalt zeigten, dass es auch im Verhältnis zwischen institutioneller Kirche bzw. Kirchengemeinde und diakonischen Diensten viel Potenzial für eine noch bessere Zusammenarbeit gibt. Wenn strategische Entwicklungspartnerschaften zum Wohle benachteiligter Quartiere und ihrer Bewohner aufgebaut werden, sollte im Blick bleiben, dass alle Akteure Beteiligte an einem ge-

meinsamen Prozess sind, in den sie ihre jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen einbringen, in dem ihr institutioneller »Absender« aber nicht im Vordergrund stehen muss.

In fünf parallelen Arbeitsgruppen wurden verschiedene Praxisansätze und Prozesse der kirchlichen und diakonischen Arbeit miteinander und mit weiteren Partnern vorgestellt und diskutiert. Die Workshops waren überschrieben: »Kirche als Initiator für lokale Partnerschaften – Erste Christliche Arbeitsvermittlung« (Stollberg/Sa.), »Öffnen von Häusern« (Wolfen), »Von der Einrichtungs- zur Quartiersdiakonie« (Zwickau), »Kirche und Diakonie als Partner im Quartiersmanagement« (Leipzig), »Bürgerliches Engagement in der Nachbarschaft – Freiwilligenagentur Harz« (Halberstadt). Aus den fünf Workshops der Tagung kristallisierten sich mehrere Punkte heraus, die als wesentliche Stellschrauben für eine erfolgreiche und zukunftstaugliche Arbeit im Quartier bzw. in der Gemeinwesenarbeit identifiziert wurden:

- Es gilt, die fraglos vorhandene Kompetenz in der Gemeinwesenarbeit als Thema für Kirche und Diakonie zu stärken.

- Die eigenen Ressourcen in diesem Bereich sind auszubauen und weiterzuentwickeln.

- Kooperationen auf Augenhöhe sind wichtig, denn davon profitiert z.B. gegenseitiges Verstehen für unterschiedliche Herangehensweisen an die Aufgaben sozialer Arbeit im Quartier.

- Bürgerschaftliches Engagement sollte mit Aufmerksamkeit und Anerkennung begleitet werden (»Chefsache«), denn dadurch können Kirche und Diakonie große praktische Unterstützung in ihrer Arbeit erfahren und zugleich selbst stärker in das Blickfeld auch von Bürgern rücken, die sich zunächst keiner der Kirchen verbunden fühlen.

- Mit Blick auf die institutionellen Träger in Kirche und öffentlicher Verwaltung wurde der Aufbau quartiersbezogener statt aufgabenbezogener Förderstrukturen angemahnt.

- Angesichts der besonderen Beachtung, die kirchliche Akteure traditionell in Staat und Gesellschaft genießen, wurde die gesellschaftspolitische Verantwortung der Kirchen und ihrer Repräsentanten betont, vor Ort Positionen zu auftretenden oder sich anbahnenden Problemen und Konflikten zu beziehen: als Anwalt derer, die ihre Interessen in einer benachteiligten Situation selbst nicht (mehr) zum Ausdruck bringen können.

Mit einer Darstellung von Aufgabe und Erfahrungen des 2011 gestarteten Bundesprojekts »Kirche findet Stadt« konnte **Reinhard Thies** an die Praxisbeispiele anknüpfen, die in den Workshops diskutiert wurden und von denen die Leipziger und die Stollberger Initiative zugleich als einer von 12 Regionalknoten bzw. von 24 Referenzstandorten im Bundesgebiet fungieren. Die regional verteilten Anknüpfungspunkte tragen dazu bei, dass ein intensiver Austausch die spezifischen Rahmenbedingungen z.B. eines Bundeslandes oder einer Landeskirche besser berücksichtigen kann. Die mit der KfS-Homepage (www.kirche-findet-stadt.de) verfügbare und stetig erweiterte Wissensplattform dient dem Austausch und der Vernetzung zwischen den Akteuren in der Praxis, aber auch zur Bereitstellung weiterführender Informationen. Mit dem bisher gesammelten reichen Erfahrungsschatz können neue Initiativen befördert werden, zeigt sich doch, was im Bereich zivilgesellschaftlicher Kooperationen für Kirche und Diakonie bzw. in der Gemeinwesenarbeit möglich ist, dass es und wie es funktioniert bzw. funktionieren kann. Eine wichtige aktuelle Aufgabe besteht darin, Grundlagen für einen Fortbestand der Netzwerkstrukturen und dieses Plattformangebots über das Ende der Programmförderung hinaus zu sichern, das im März 2013 erreicht ist.

Zur Situation und zur Aufgabenstellung kirchlicher und diakonischer Akteure in der Gemeinwesenarbeit nannte Reinhard Thies mehrere Punkte, die sich in den Arbeitsgruppen zeigten, die sich aber auch aus den KfS-Projekterfahrungen ablesen lassen:

- Generell ist in der Wohlfahrtspflege eine stärkere Sozialraumorientierung zu beobachten.

- Für jedes Vorhaben gilt es, den in den Blick genommenen Raum (Verwaltungs- und Planungseinheit, Lebens- und Sozialraum) und seine eigene Handlungsfähigkeit darin zu definieren.

- Grundsätzlich ist eine Feldorientierung einzunehmen und sind einzelne Projekte in strategische Entwicklungspartnerschaften einzubinden (»vom Fall zum Feld«).

- Netzwerk-Akteure aus verschiedenen Ressorts können Partner in Trägerverbänden werden, d.h. in festen Strukturen, und bewirtschaften und verantworten ggf. auch sozialraumbezogene Budgets.

– In die Netzwerke einzubeziehen sind ehrenamtlich Engagierte vor Ort und ggf. externe Fürsprecher für Menschen in Armutsquartieren, um Aufmerksamkeit für deren Belange zu kommunizieren.

– Gemeinwesendiakonie ist zu einer gemeinsamen Strategie von Kirche und Diakonie zu entwickeln, damit beide im Quartier gemeinsam auftreten können. Kirchenintern geht es dabei um sechs Teilstrategien: Profilierung diakonischer Gemeindarbeit; sozialraumbezogene Bündelung diakonischer Arbeit; Öffnung diakonischer Unternehmen und kirchlicher Angebote für die gemeinde-nahe Versorgung und ggf. Abbau von Parallelstrukturen; nachhaltige Qualifizierung kirchlicher und diakonischer Arbeit in Prozessen des Quartiersmanagements; Positionierung in zivilgesellschaftlichen Netzwerken, und dies ggf. auch nur in einer Nebenrolle; Mitgestalter von Engagement-Plattformen und beim Aufbau von Freiwilligen-Agenturen.

– Armutsbewältigung ist nicht das einzige Thema der Gemeinwesenarbeit; es geht auch um die Bewältigung des demografischen Wandels im Quartier, um die Weiterleitung (auch kirchlicher) Ressourcen in Armutsquartiere, um die Integrationsaufgabe der Inklusion ausgegrenzter Menschen.

– Kirchen und Diakonie/Caritas sind wichtige Mittler der interreligiösen Begegnung und damit Akteure mit Alleinstellungscharakter auf diesem Gebiet der Integration von Migranten.

– Die kirchlichen Organisationsstrukturen sollten kompatibel gemacht werden mit denen in der öffentlichen Verwaltung, um z.B. Entscheidungsprozesse der Quartiersentwicklung besser miteinander abstimmen zu können.

– Kirchlich-diakonische Liegenschaften sind immer auch Räume des Gemeinbedarfs, die deshalb auch für eine zusätzliche öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen sollten, etwa mit Blick auf eine ortsnahe Grundversorgung. Ein Begleiteffekt wäre die Ansprache *aller* Bürger/innen, nicht nur der konfessionell gebundenen.

– Wie können Sozialplanungsprozesse aktiv gestaltet werden, d.h. wie können Kirche und Diakonie sich an der Erarbeitung lokaler Aktions- und Entwicklungspläne in diesem Bereich beteiligen? Wie können Entwicklungspartnerschaften, Finanz- und Verbundstrukturen mit anderen Akteuren geschaffen werden?

– Der Diskurs über diakonische Gemeinwesenarbeit sollte auf allen institutionellen Ebenen von Kirche und Diakonie geführt werden: lokal, regional und national. Es existieren hierfür jedoch bisher keine entsprechenden Arbeitsstrukturen. Auf Bundesebene gehört in diesen Kontext auch ein Nachdenken darüber, wie die ökumenische Plattform »Kirche findet Stadt« perspektivisch fortgeführt und finanziert werden kann.

Repräsentanten aus Kirche, Diakonie, Politik und öffentlicher Verwaltung stellten sich in einem abschließenden, von Uwe Amrhein (Stiftung Bürgermut, Berlin) moderierten Forum den von den Tagungsteilnehmern erarbeiteten Positionen und formulierten ihre Wünsche an eine weiterentwickelte Zusammenarbeit zwischen Kirche/Diakonie, Zivilgesellschaft und Kommune/Staat. Oberlandeskirchenrat Dietrich Bauer und Oberkirchenrat Christian Schönfeld vertraten die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens bzw. das Diakonische Werk Sachsen; Tobias Kogge konnte als Beigeordneter für das Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung der Stadt Halle die kommunale Perspektive einbringen; Wilfried Köhler als Leiter der Stabsstelle Demographische Entwicklung im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt sprach für die staatliche Ebene; Cornelia Lüddemann, Landtagsabgeordnete in Magdeburg, saß als Vertreterin einer politisch aktiven Bürgerschaft auf dem Podium.

Insgesamt zeigte sich in der Diskussion ein breites Problemverständnis. Als Ansatzpunkte für eine Verbesserung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit in der diakonischen Arbeit und zu einer gesicherten Versorgung der Bürger mit Einrichtungen und Diensten der Daseinsvorsorge wurden z.B. genannt: ein stärker koordiniertes Agieren institutioneller Träger wie Kommune und Kirche beim Betrieb von Bildungs- und Kultureinrichtungen (Köhler); die Bereitschaft von Institutionen, ihre Strukturen an veränderte Bedingungen anzupassen, um langfristig arbeitsfähig bleiben zu können (Lüddemann). Zweifel daran, dass die institutionalisierte Diakonie sich im Wettbewerb mit anderen Anbietern als professioneller Dienstleister behaupten kann (Köhler), wurde u.a. mit Hinweisen darauf begegnet, dass die Amtskirche sich überlegen muss, wie sie Kompetenzen bündeln und wofür sie ihre Ressourcen einsetzen will (Bauer), und dass Kommune und Staat ebenfalls entsprechende Strukturen sichern müssen, damit bedeutende zivilgesellschaftliche Akteure der Gemeinwesenarbeit wie Diakonie und Caritas langfristig überleben

können (Thies). Gefragt ist insofern auch eine Wertediskussion zum Stellenwert kirchlicher und diakonischer Arbeit in der modernen Gesellschaft (Schönfeld).

Die Frage, ob denn Kirche und Diakonie nicht stärker aus ihrem tradierten Rollenverständnis heraustreten und ihr Kompetenzspektrum noch erweitern sollten, um sich selbstbewusster als zivilgesellschaftliche Akteure platzieren zu können, hatten bereits die Praxisberichte aus Projekten vor Ort unausgesprochen bejaht. Das Podium bestätigte diese einzuschlagende Zukunftsstrategie. So ermutigt die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen ihre Kirchgemeinden ausdrücklich, diesen Weg der Öffnung zu gehen. Als immer wieder aufscheinendes ungelöstes Problem zeigte sich in der Diskussion, so Uwe Amrhein, die Ambivalenz der Diakonie, die einerseits Anbieter am Markt ist und andererseits im politischen Diskurs Mitgestalter auf Augenhöhe sein will. Diakonie und Caritas sollten aber in die Debatte werfen, dass sie schon deshalb politisch unterstützt werden müssen, weil sie als Dienstleister in Gebieten ohne sonstige zivilgesellschaftliche Strukturen und mit wegbrechenden öffentlichen Ressourcen (wie in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns) die einzig verbliebenen Andockstationen für bürgerschaftliches Engagement sind (Thies).

Als wichtigste Voraussetzungen dafür, dass die Kirche ihre zivilgesellschaftliche Bedeutung im Gemeinwesen bewahren kann, wurden genannt: die Öffnung von Amtskirche und Kirchgemeinde nach außen (Schönfeld); die Wiederaufnahme einer mitgestaltenden gesellschaftlichen Rolle wie zur Zeit der Wende von 1989 (Köhler); das Hinaustreten aus dem engeren kirchlichen Milieu und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Partnerschaften zur Interessenvertretung benachteiligter Bevölkerungsgruppen – unter Bereitstellung entsprechender Arbeitsbedingungen durch die Politik

(Lüddemann); eine Belebung der innerkirchlichen und der nach außen gerichteten Wertediskussion um Leistung und Botschaft kirchlichen Handelns (Kogge); die Ermutigung insbesondere der Mitglieder von Kirchgemeinden sich zu öffnen, dabei aber selbst das Maß ihrer Ausstrahlung in die außerkirchliche Zivilgesellschaft zu bestimmen (Bauer). Insbesondere im ländlichen Raum kommt den Kirchen als sichtbares Ortszentrum eine zusätzlich wichtige identitätsstiftende Funktion zu (Köhler).

Zum Abschluss benannte der Moderator vier zentrale Ansatzpunkte kirchlichen und diakonischen Handelns auf dem Weg einer gemeinsamen Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen durch Staat/Kommune, Kirche und Zivilgesellschaft:

- Kirchliche und diakonische Institutionen und Akteure sollten sich gegenüber der politischen Ebene als aktive Kooperationspartner auf Augenhöhe verstehen.

- Die materiellen Ressourcen aller beteiligten Institutionen sollten auf die Sicherung der Infrastruktur für zivilgesellschaftliches Engagement gerichtet sein, nicht auf die Finanzierung einzelner, nur kurzzeitig wirksamer Projekte.

- Die Öffnung gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wäre Zielrichtung zukünftigen Handelns.

- Die Landeskirchen sollten für die Beschäftigten in Kirche und Diakonie den Wissenstransfer innovativer Praxiserfahrungen organisieren, die in der Gemeinwesenarbeit vor Ort gemacht werden.

Akademiedirektor Johannes Bilz dankte den Referenten sowie den Tagungsgästen für die rege Beteiligung an den Diskussionen. D

Kommune und Kirchengemeinde in polarisierter Stadt- und Regionalentwicklung

Von Prof. Dr. Albrecht Göschel

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012

1. Sozialstrukturelle und territoriale Polarisierung

Bereits zu Beginn der 1990er-Jahre, also unmittelbar nach der deutschen Vereinigung, sieht Ralf Dahrendorf das Ende des »sozialdemokratischen Konsenses« kommen (Dahrendorf.1995). Dieser Konsens, der mehr oder weniger alle relevanten politischen Parteien und Gruppierungen Deutschlands umfasst, basiert auf der Priorität von »sozialer Gleichheit«, und sei es in der Form von Chancengleichheit, als dem dominierenden innenpolitischen Ziel. Mit dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes ist die Basis dieses Konsenses gelegt, der jedoch das gesamte kurze »sozialdemokratische Jahrhundert« von etwa 1920 bis in die 1980er-Jahre bestimmt. Dieses Ziel einer materiellen Gleichheit durch Umverteilung und einer Chancengleichheit durch ausgeglichene Infrastrukturversorgung in allen Regionen des Nationalstaates verliert nach Dahrendorf seine Attraktivität und Aktualität zum einen durch eine historisch einmalige Annäherung an dieses Ziel. Realisierungen derartiger Ziel mindern ihre Anziehungskraft, da hinter dann auch die negativen Begleiterscheinungen deutlich werden und den utopischen Schwung bremsen. Zum anderen scheinen aber auch kaum überwindliche Hindernisse gegen eine weitere Annäherung an eine solche Zielsetzung zu entstehen. An die Stelle von »Gleichheit« als Norm und Faktum treten damit zum einen normative Aufwertungen und Rechtfertigungen von Ungleichheiten, zum anderen vergrößert sich faktisch überwunden geglaubte Ungleichheit.

Es entstehen neue Ungleichheiten, die bei einer Zuspitzung die Form von Polarisierungen annehmen können, in denen also die Extreme, z.B.

der Einkommen gesteigert, Mittellagen eher reduziert werden. Die so genannte »Einkommensscheere« öffnet sich und vergrößert sowohl die Gruppe der Gut- als auch die der Schlechtverdienenden, während die Gruppe der mittleren Einkommen reduziert wird. Das soll der Begriff der Polarisierung andeuten, eine Entwicklung von Extremlagen bei Ausdünnung einer verbindenden, Kontinuität sichernden Mitte. Die regelmäßig erscheinenden »Reichtums- und Armutsberichte« der Bundesregierung belegen, dass in Bezug auf Einkommen diese Entwicklung, die inzwischen als Bedrohung des sozialen Friedens gewertet wird, in Deutschland in vollem Gange ist. Die Einkommen der oberen Gruppe von Einkommensbezieher erhöhen sich und diese Gruppe wächst, während gleichzeitig die unteren Einkommen stagnieren oder gar sinken, auch diese Gruppe sich aber vergrößert.

Derartige Polarisierungen bilden sich auch räumlich in wachsenden Ungleichheiten, in Disparitäten ab. Stadtteilen oder ganzen Regionen mit einer überwiegend einkommensschwachen Bevölkerung stehen solche mit durchschnittlich hohen Einkommen gegenüber. Die Differenzen in den durchschnittlichen Einkommen werden auf räumlicher, territorialer Ebene nicht nur ergänzt sondern verstärkt durch Wanderungsbewegungen von den eher schwächeren in die stärkeren Bereiche. Auf städtischer Ebene finden sich verständlicher Weise auch Gegenbewegungen von den eher starken, zumindest von mittleren Räumen in die schwächeren, wenn soziale Abstiege das erzwingen. Vertiefen sich die Unterschiede zwischen den entsprechenden Teilräumen, sei es einer Stadt, sei es einer Region oder eines Nationalstaates, wird auch hier von einer Polarisierung gesprochen, und verfügbare Daten legen nahe, dass in Deutschland entsprechende Prozesse ablaufen, und dies, obwohl mit in dem Postulat von der Gleichheit oder zumindest Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen innerhalb des Nationalstaates als raumordnungspolitische Umsetzung des Sozialstaatsgebotes eine Verfassungsnorm formuliert ist, die derartigen Entwicklungen entgegen steht.

2. Ursachen des Wandels

Es gilt als gesichert, dass der Wandel Deutschlands von einem an Gleichheitsprinzipien orientierten zu einem zunehmend von Ungleichheit bestimmten Land von einer Reihe so genannter »Megatrends« ausgelöst wird. Die Bezeichnung »Megatrend« soll andeuten, dass derartige Entwicklungen politisch kaum zu beeinflussen sind, dass sie sich also einer gezielten Steuerung entziehen, auch wenn sie möglicherweise durch politische (Fehl-)Entscheidungen ausgelöst worden sind. Megatrends wirken eher als Rahmenbedingungen aktueller Politik, als Herausforderungen, auf die politisch reagiert werden muss, nicht als Phänomene, denen in überschaubarer Zeit entscheidend entgegen gearbeitet werden könnte.

Nur stichwortartig, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit, könnte man zumindest vier derartige Trends unterscheiden, die die Entwicklung zu sozialstruktureller und territorialer Ungleichheit fördern und die zurzeit ablaufen, ohne entscheidend steuerbar zu sein.

Globalisierung: Die internationale, tendenziell globale Möglichkeit der Verlagerung von Arbeitsplätzen und Kapital reduziert die nationalstaatliche Autonomie und schränkt vor allem die nach wie vor komplett nationalstaatliche Sozialpolitik ein.

Demographie: Die aktuelle Bevölkerungsentwicklung aus Geburtenrückgang, Alterung und Migration führt zu Belastungen der Sozialsysteme, vor allem des Renten- und des Gesundheitssystems, die vermutlich zu wachsender Ungleichheit führen werden. Vor allem ist mit einer wachsenden oder wieder zurückkehrenden Altersarmut zu rechnen.

Dienstleistungsgesellschaft: Der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft schwächt vermutlich alle so genannten »Großsysteme« des Arbeitslebens und der sozialen Sicherung und setzt an die Stelle von deren Vereinheitlichungs- und Gleichheitstendenzen solche der Differenzierung, der Betonung von Unterschieden, der Flexibilität und des persönlichen oder individuellen Risikos. An die Stelle weitgehend gesicherter und stabiler Berufsbiographien treten wachsende Zahlen tendenziell prekärer biographischer Verläufe, die sich auch dann, wenn gute, qualifizierte Ausbildung immer noch den besten Schutz vor sozialem Abstieg oder Verarmung bieten, bis in die Mittelschichten oder zu den Akademikern reichen können. Insgesamt wachsen mit diesem Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie Ängs-

te und Bedrohungsgefühle, Konkurrenz und Arbeitsdruck, alles unter gegenwärtigen Bedingungen keine guten Voraussetzungen für übergreifende, nationale Solidarität oder für die Verfechtung von Gleichheitsnormen.

Wertewandel: Der Wertewandel, der in Deutschland in den 1960er-Jahren eingesetzt und inzwischen alle – westdeutschen – Bevölkerungsgruppen erreicht hat, legt die häufig durchaus berechtigte Vorstellung nahe, dass der Einzelne für sein »Schicksal« selbst verantwortlich ist. In einer Gesellschaft, in der an die Stelle traditioneller Pflicht- und Akzeptanzwerte solche der Selbstverwirklichung treten, wie es für moderne Gesellschaften kennzeichnend ist, schwinden die Möglichkeiten, für individuelle Benachteiligung umfassende Solidarität beanspruchen zu können, da die individuelle Lebenslage immer die Folge individuellen Fehlverhaltens z.B. in Form falscher Berufsentscheidungen sein kann. So wie Erfolg und Aufstieg werden auch Abstieg und Scheitern und deren Folgen von Benachteiligung den Individuen zugeschrieben und nicht als selbstverständliche Aufforderung zur ausgleichenden Solidarität verstanden. Ungleichheit wird auf diese Weise in gewissem, mit Sicherheit wachsendem Maße gerechtfertigt. Sie wird als angemessen anerkannt. Zumindest wächst die Toleranz gegenüber Ungleichheit, wie es bis in die 1970er-Jahre kaum der Fall war. Gruppen, die am Wertewandel eher nicht teilgenommen haben, wie z.B. bestimmte Milieus der neuen Bundesländer gelten aus dieser Sicht als rückständig und immobil, die durch diese Verhaltensformen gleichfalls ihre Benachteiligung selbst verschulden. Wertewandel beendet nicht humanitäre Einstellungen von Solidarität und Anteilnahme, stellt aber deren praktische Umsetzung zunehmend in die Entscheidung des Einzelnen.

Diese Trends, die in der gegenwärtigen Form vermutlich noch mehrere Jahrzehnte wirksam sein werden, erschweren zumindest eine Politik der Gleichheit, wie sie das »sozialdemokratische Jahrhundert« auszeichnete. Im Rückblick wird sogar erkennbar, dass die in dieser Zeit erreichte Gleichheit auf der Basis allgemeinen hohen Wohlstandes möglicherweise eine extreme historische Ausnahmesituation dargestellt haben könnte. Das würde bedeuten, dass Deutschland mit seiner Entwicklung zu mehr Ungleichheit sich eher wieder einer historischen Normalität annähert, als dass sich hier eine extrem ungewöhnliche Ausnahmesituation herausbilden würde. Zumindest sind in allen anderen

größeren Industrienationen soziale Ungleichheiten schärfer ausgebildet als in Deutschland. Ausnahmen stellen im Grunde nur die skandinavischen Nationen dar. Vor allem in den postsozialistischen

Ländern haben sich seit Ende eines Gleichheitszwanges in kürzester Zeit dramatische Ungleichheiten herausgebildet.

3. Polarisierung von »Arm« und »Reich«

Der wachsende Gegensatz von »arm« und »reich« drückt sich in der Regel unmittelbar im Raum aus. In einer als Segregation bezeichneten Trennung stehen sich in den Städten homogene Stadtviertel gegenüber, die entweder überwiegend von Wohlhabenden oder überwiegend von Benachteiligten bewohnt werden. Die Stadtviertel der letzteren zeichnen sich in der Regel durch schlechte Wohnbebauung, im Osten vor allem durch Plattenbauten oder sehr minderwertigen Altbaubestand, durch starke Umweltbelastungen vor allem des Verkehrs, unterdurchschnittliche Ausstattung mit privater Infrastruktur – Ärzte, Läden des täglichen Bedarfs usw. – und der öffentlichen Infrastruktur – schlechter Zustand und Überbelegungen der Schulen und Kindertageseinrichtungen etc. – aus. Bislang ging man davon aus, dass sich minderwertige Lebensbedingungen einer tendenziell benachteiligten Bevölkerung vor allem im Innenstadtrand finden, während die besseren Lebensbedingungen eher in der Peripherie, beim »Wohnen im Grünen« vorliegen. Das könnte sich zurzeit ändern, da neue Dienstleistungsberufe das Wohnen in der Stadt, nach Möglichkeit in der Innenstadt vorziehen und dabei eine weniger wohlhabende Bevölkerung verdrängen, ein Vorgang, der als »Gentrifizierung« bekannt ist und vielfach kritisiert wird.

Gegensätze von »arm« und »reich« bilden sich aber nicht nur kleinräumlich in den Segregationen innerhalb der Städte und Ortschaften, sondern auch großräumlich, im Gegensatz ganzer Regionen ab. So wird in allen neuen Bundesländern die durchschnittliche Kaufkraft der deutschen Bevölkerung – ein brauchbarer Indikator für Einkommenshöhe und Lebenslage – nicht erreicht (Statistisches Bundesamt 2008, nach Paepke 2010:15). In allen westdeutschen Ballungsräumen dagegen wird er deutlich übertroffen, so dass z.B. dieser Indikator für die Region südlich von München mindestens das Doppelte von der neuen Bundesländer erreicht, mit Ausnahme von Berlin und seinem Umland, das aber auch unter dem Durchschnitt Gesamtdeutschlands bleibt.

Als besonders problematisch erscheinen in diesen gegenläufigen Entwicklungen zum einen ländli-

che, zum anderen altindustrielle Regionen. Beide zeichnen sich durch unterdurchschnittliche Einkommen ihrer Bevölkerung aus. Aber auch innerhalb solcher Großregionen setzen sich noch kleinräumliche Segregationen durch, so dass sich in den benachteiligten Stadt- oder Ortsteilen in schwachen Großregionen Lebenslagen ausbilden, die in extremem Gegensatz zu gehobenen Quartieren innerhalb überdurchschnittlich wohlhabender Regionen entstehen. Zwischen diesen beiden Extremen der Raumentwicklung bestehen kaum noch Beziehungen oder Gemeinsamkeiten, so dass tatsächlich von einer Polarisierung gesprochen werden kann. Diese bestehen jedoch auch innerhalb der jeweiligen Großregionen. So kennt auch die Stadt München ein Armutsproblem und auch in einigen Städten Ostdeutschlands, zumindest in den wenigen stabilen Zentren Dresden und Leipzig und eventuell auch noch in Jena, Weimar und Erfurt finden sich ausgesprochen gehobene Quartiere mit gut verdienender Bevölkerung gegenüber ausgesprochen schwachen Stadtteilen in den selben Städten.

Während im Westen die benachteiligten Stadtquartiere zu großen Anteilen von Einwohnern mit Migrationshintergrund bewohnt werden, ist das in den neuen Bundesländern wegen des durchweg niedrigen Ausländeranteils nur in Ausnahmen, z.B. in Leipzig, der Fall.

Angesichts der sich öffnenden Schere zwischen »arm« und »reich«, angesichts der chronischen Schwäche vor allem der kommunalen Haushalte, eine direkte Folge der eingeschränkten Autonomie des Nationalstaates, ist nicht damit zu rechnen, dass sich Segregationen in den kommenden Jahren verringern, Lebenslagen einander annähern werden. Im Gegenteil muss von Vertiefungen der Spaltung, die zur Polarisierung tendiert, ausgegangen werden.

Diese Spaltung ist vor allem problematisch, weil sich in der so genannten modernen Dienstleistungs- und Wissensökonomie eine neue Form von Benachteiligung durchzusetzen beginnt, die zwar aus der Frühindustrialisierung bekannt ist, im »sozialdemokratischen Jahrhundert« aber verschwunden zu sein schien, die so genannten

»Exklusion«. Mit diesem Begriff soll zum einen angedeutet werden, dass die Benachteiligten nicht nur relativ schlechter gestellt sind, als Wohlhabende, sondern dass sie aus relevanten sozialen Beziehungen und Aktivitäten, vor allem aus den in modernen Gesellschaften zentralen Marktvorgängen ausgeschlossen sind. Aber auch aus der Politik sind diese Gruppen zunehmend ausgegrenzt. Weder ökonomisch noch politisch sind diese Menschen erforderlich, sie werden tendenziell überflüssig. Da sie auch keine relevante Mehrheit bilden – ihr Anteil an der Bevölkerung pendelt sich auf Werte um acht bis zehn Prozent ein – sind sie auch für die Politik nicht entscheidend, werden daher immer weniger berücksichtigt. In einer Kommunalpolitik, die zunehmend auf Imageelemente als Standortfaktoren setzt, passen diese benachteiligten Gruppen nicht mehr »ins Bild«, so dass sie in der Erscheinung der Stadt, wie sie in den Medien oder der Städtewerbung präsentiert wird, nicht mehr vorkommen. In einer Mediengesellschaft aber verschwindet das, was nicht in den Medien erscheint, irgendwann tatsächlich aus dem öffentlichen Bewusstsein, auch wenn es noch existiert. In der Frühindustrialisierung scheint das ganz ähnlich gewesen zu sein. Auch im frühen und

mittleren 19. Jahrhundert wusste das »Bürgertum« nicht, dass es ein elendes Proletariat überhaupt gab. Das änderte sich grundlegend erst im 20. Jahrhundert, in dem die Arbeiterschaft als die traditionell benachteiligte Bevölkerungsgruppe durch sozialistische Parteien und Gewerkschaften ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erreichte.

Die neuen Ausgegrenzten scheinen sich wieder auf dem Weg zur Unsichtbarkeit, zur Nicht-Existenz in der öffentlichen Aufmerksamkeit zu befinden. Die Arbeiterschaft galt zumindest ab den 1960er- und 1970er-Jahren als integriert. Sie verlor damit ihren Klassencharakter, da der Begriff der »Klasse« immer die umfassende Entgegensetzung zu einer anderen, eben der »bürgerlichen Klasse«, signalisieren sollte. Die neuen Benachteiligten könnten zu einer neuen »städtischen Unterklasse«, zur »new urban underclass« werden, ausgegrenzt aus allen relevanten sozialen Aktivitäten. Extrem hohe Arbeitslosigkeitszahlen, wie sie in manchen Stadtteilen und Regionen der neuen Bundesländer anzutreffen sind, stellen einen sicheren Hinweis auf Entstehung einer solchen »Unterklasse« dar.

4. Polarisierung von »Schrumpfung« und »Wachstum«

Bereits in den 1980er-Jahren zeigte sich in der alten Bundesrepublik eine neue Entwicklung von Gegensätzen im so genannten »Süd-Nordgefälle«. Die nördlichen Bundesländer, vor allem diejenigen mit altindustriellen Regionen, zeigten Schrumpfungstendenzen durch Abwanderung von Arbeitsplätzen und Einwohnern, während die Dienstleistungszentren des Westens und Südens deutliche Wachstumsgewinne verbuchen konnten. Gleichzeitig sanken oder stagnierten die Durchschnittseinkommen in den Schrumpfungsbereichen, während sie im Süden stiegen. Vor allem die Arbeitslosigkeitszahlen waren in den nördlichen Regionen deutlich höher als im Westen und Süden, vermutlich der Hauptgrund für die Wanderungsbewegungen von Nord nach Süd.

Seit der deutschen Vereinigung wird dieses Süd-Nord-Gefälle von einem West-Ost-Gefälle überlagert, das gleichfalls, nur in sehr viel stärkerem Maße Wanderungsbewegungen von Ost, den neuen Bundesländern, nach West, den alten Bundesländern auslöst. Diese Wanderungen haben dazu geführt, dass die Dienstleistungsmetropolen des Westens, vor allem Hamburg und Hannover im Norden, Frankfurt, die Rheinschiene Düsseldorf – Köln, der Stuttgarter Raum und

München ihre Einwohnerzahlen trotz bundesweit rückläufiger Einwohnerzahlen nicht nur stabilisieren sondern z. T. deutlich erhöhen konnten, während vor allem Regionen im Nordosten, also im Norden der neuen Bundesländer, in dramatischer Weise Einwohner verlieren. Die größten Verluste weisen Mecklenburg-Vorpommern und die östlichen Teile Sachsens auf, aber mit Ausnahme Berlins und seines Umlandes haben alle ostdeutschen Regionen Bevölkerungsverluste durch Abwanderung erheblichen Ausmaßes hinzunehmen (Hänsgen u. a. 2010:24). Anhaltende Abwanderung von ein bis zwei Prozent pro Jahr scheint keine Ausnahme mehr zu sein, und es wird davon ausgegangen, dass sie sich in den kommenden Jahren in den bisher schon betroffenen Teilräumen fortsetzt.

Bedrohlich werden diese Abwanderungen aber vor allem, weil sie selektiv verlaufen. Es wandern vorwiegend die gut qualifizierten Jüngeren und hier wiederum besonders die Frauen ab, so dass in den schwachen Räumen deutliche Männerüberschüsse vor allem bei den jüngeren Jahrgängen entstehen (Hänsgen u. a. 2010:23). Gute Berufsperspektiven liegen für gut qualifizierte junge Frauen vor allem in den modernen Dienstleistun-

gen, die im Osten unterrepräsentiert sind. Ein zusätzliches Argument scheint allerdings auch die Partnerwahl zu sein. Da Frauen dazu tendieren, einen Partner zu suchen, der sozial etwas »über« ihnen steht, sind die Chancen in den alten Bundesländern für die gut qualifizierten jungen Frauen aus den neuen Bundesländern größer als in ihren Herkunftsregionen. Ein sehr deutliches Beispiel für diese wanderungsbedingten, selektiven Bevölkerungsverluste scheint die »Lommatzsche Pflege« zu sein, eine kleine, eher ländlich geprägte Region westlichen von Meißen. Seit der »Wende« hat dieser Raum ca. 20 Prozent seiner Einwohner, aber 60 Prozent der Jugendlichen verloren (Winkel u. Lüdigk 2010:243). Da überwiegend junge Frauen abwandern, beschleunigen sich Bevölkerungsrückgang und Alterung, da kaum noch Kinder geboren werden. Die Region gerät, und das gilt auch für andere Räume, in eine kaum zu unterbrechende Abwärtsspirale.

Das Beispiel zeigt, dass auch in Regionen, die insgesamt Einwohnerverluste hinnehmen müssen, Bereiche besonders extremer Rückgänge solchen mit stabilen oder gar wachsenden Einwohnerzahlen gegenüber stehen können. In Sachsen besteht diese Polarisierung z.B. zwischen Hoyerswerda mit ca. 35 Prozent Einwohnerverlust seit 1990 gegenüber Leipzig Land, dem Wei-

ßeritz- oder dem Muldentalkreis, neuerlich auch gegenüber Dresden als den Räumen mit Einwohnernergewinnen, wobei die beiden genannten Landkreise offensichtlich von der Nähe zu Leipzig bzw. Dresden profitieren. Bis 2004 hat Leipzig Einwohner vor allem an das Umland verloren hat, wächst seit dem aber auch wieder, z. T. sogar auf Kosten des Umlandes. Ähnliches gilt für Dresden. Auch in den schrumpfenden Großregionen wie den neuen Bundesländern zeigen sich also die Dienstleistungszentren als relativ stabil, während altindustrielle und vor allem ländliche Räume stark schrumpfen (Kröhnert u. a. 2006:90).

Diese Abwanderung sind vor allem bedrohlich, weil sie sowohl die demographischen als auch die ökonomischen Abwärtstrends auf Dauer stellen und verstärken, da vor allem die gut qualifizierten Jüngeren und unter diesen wiederum besonders junge Frauen abwandern. Sowohl im städtischen als auch im regionalen Maßstab und Kontext sind also gegenläufige Entwicklungen zu beobachten, die zu einer Polarisierung von Räumen, seien dies Stadtteile, seien es Teilregionen, führen. Diese sozialstrukturellen und regionalräumlichen Gegensätze vertiefen sich in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, ein Trend, der vermutlich die kommenden Jahre und Jahrzehnte anhalten wird.

5. Mentalitätsaspekte einer »Restbevölkerung« in stark schrumpfenden Räumen der neuen Bundesländer

Die Bewohner der Schrumpfungsräume und stark benachteiligten Stadtteile in den neuen Bundesländern sind vermutlich von bestimmten Merkmalen und Erfahrungen geprägt, die sich selbstverständlich nicht ausschließlich durchsetzen, dennoch aber das Lebensgefühl in diesen Räumen prägen können.

Da Abwandernden überwiegend von besser Qualifizierten, Jüngeren und vor allem von jüngeren Frauen getragen wird, bleibt eine überwiegend schlecht qualifizierte, tendenziell ältere und überwiegend männliche, also eine ökonomisch und sozial wenig produktive und innovative Bevölkerung zurück, die ihre Leben unter diesen Bedingungen nicht nur als messbar benachteiligt sondern auch als entwertet empfindet. Eine solche Entwertung spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab und trifft vermutlich genau solche Normen oder Verhaltensweisen, wie sie zur Zeit der DDR als relativ hoch bewertet, als sozial angesehen galten. Entwertet wird ein Männlichkeitsbild, das Politik und Kultur der DDR bis zu

deren Ende prägte. Die Frauenemanzipation in der DDR, die sich in der hohen Zahl weiblicher Berufstätiger zu zeigen schien, war eine halbierte Emanzipation.

Führungskader bestanden in höherem Maße als in der Bundesrepublik Deutschland aus Männern, und Männlichkeitsbilder prägten die Politik, die Wirtschaft, das Arbeitsleben, den Sport, die Kultur, den Alltag. Die Abwanderung vor allem der jüngeren Frauen stellt in dieser Hinsicht eine Provokation der »Restbevölkerung«, vor allem der jüngeren Männer dar, die darauf mit abweichendem Verhalten reagiert. Sie hält aber an den entsprechenden Männlichkeitsbildern fest, ohne zu verstehen, welche Provokation in diesen für eventuell zunehmend emanzipierte, moderne junge Frauen liegt¹. Um es zuzuspitzen: Männer jüngeren und mittleren Alters ohne Job und ohne Frauen tendieren dazu, Risikofaktoren zu werden. Sie neigen zu regressiven Weltbildern und häufig aggressivem, gewaltförmigem Verhalten im Alltagsleben und in der Politik.

Verstärkt wird diese Tendenz durch die Abwertung von Industrie- und Landarbeit, also der Bereiche, die das Selbstbild der DDR prägten. Industrie- und Landarbeiter, die berühmten Traktoren, gehörten zur Arbeiterelite der DDR. Für sie war dieser Staat im Grunde da. Das hat sich seit der Wende grundsätzlich geändert. Vor allem die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sind nicht nur dramatisch reduziert, sie sind in ihrem Status, ihrer sozialen Anerkennung fundamental abgewertet, und das in einer Bevölkerung, die überwiegend in ländlichen Zusammenhängen lebte.

Zu diesen Abwertungen tritt für die Bevölkerung der schrumpfenden und stark benachteiligten Räume der ehemaligen DDR die Enttäuschungen über die Wende und den Westen. Trotz der gigantischen Umverteilung von West nach Ost durch den Solidarbeitrag tendiert diese Bevölkerung dazu, die Vereinigung als neuerliches Staatsversagen anzusehen und nostalgische Gefühle für die untergegangene DDR zu entwickeln,

aus denen heraus eine Öffnung für Neues eher unwahrscheinlich wird. Wie gesagt, dies mögen alles Tendenzen sein, die nur bei kleinen Anteilen einer benachteiligten Bevölkerung in den neuen Bundesländern zu finden sind, dennoch sind die Anzeichen für derartige Einstellungen nicht zu übersehen. Sie können das Lebensgefühl in einem ganzen Stadtteil oder einer ländlichen Region prägen. Der Eindruck einer Exklusion, einer Ausgrenzung, wie sie aktuelle Benachteiligung bedeuten kann, wird also in diesen Bevölkerungsgruppen der neuen Bundesländer besonders ausgeprägt sein und entweder zu aggressivem Protest, häufig außerhalb der Legalität, oder zu resignativem Rückzug führen.

Kommunale oder kirchliche Gemeinwesenarbeit in den benachteiligten Räumen der neuen Bundesländer wird mit solchen Einstellungen konfrontiert. Für jede avancierte Form von Gemeinwesenarbeit sind das keine guten, keine Erfolg versprechenden Voraussetzungen.

6. Ressourcen und Handlungsformen von Gemeinwesenarbeit

Die Bedingungen, Formen und Ressourcen aktueller, auf Empowerment zielender Gemeinwesenarbeit, sei sie »weltlich«, sei sie kirchlich motiviert, erschließen sich, wenn man die Akteure dieser Gemeinwesenarbeit konsequent als zivilgesell-

schaftliche versteht und systematisch denen gegenüber stellt, die nicht zur Zivilgesellschaft zu rechnen sind. Eine kleine Tabelle kann die Besonderheiten jedes gesellschaftlichen Akteurs und die Unterschiede zwischen ihnen deutlich machen.

Akteur	Ressource	Handlungsnorm	Handlungsform
Staat	Macht	Vernunft	Diskurs/Gesetz
Markt	Geld	Interesse	Tausch/Konkurrenz
Zivilgesellschaft	Solidarität	Empathie/Passion	Kooperation/Gegenseitigkeit

Wenn auch in relativ grober Vereinfachung gibt diese Tabelle die Unterschiede zwischen den relevanten sozialen Akteuren Staat, Markt und Zivilgesellschaft an und zeigt, dass ihr jeweiliges Handeln auf denkbar unterschiedlichen Ressourcen, Normen und Handlungsformen basiert. Zweifellos stellen sich in der Praxis häufig Vermischungen ein, die sich aber häufig auch als Pervertierungen der Grundlagen eines Akteurs verstehen lassen, so wenn z.B. zivilgesellschaftliche Aktionen der Partizipation ausschließlich auf Interessendurchsetzung zielen und sich damit marktförmigem Verhalten annähern, oder, falls sie auf Aushandlung setzen, sich an staatlichem Handeln ausrichten, die genuin zivilgesellschaftliche Form der Kooperation aber vernachlässigen.

Für eine Gemeinwesenarbeit, die sich als zivilgesellschaftliche versteht, stehen damit die drei Kategorien »Solidarität, Empathie, Kooperation« im Zentrum:

- Solidarität als Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe zwischen gleichermaßen Betroffenen oder an einer Aktion Beteiligten;
- Empathie als Anteilnahme und Zuneigung – nicht als Liebe – zwischen denjenigen, die sich zu einer Aktion, einer Arbeit, einem Projekt zusammenfinden;
- Kooperation in Gegenseitigkeit als eine Arbeitsform, die nicht auf Forderungen an ande-

re oder auf Interessendurchsetzung gegenüber anderen, sondern auf gemeinsames Handeln zur Verbesserung eigener und allgemeiner Lebensbedingungen zielt.

Zivilgesellschaftliches Handeln findet demnach in einer Öffentlichkeit statt, die weder in Großorganisationen wie Verbänden oder dem Staat noch im Privatbereich der Familie gegeben ist, sondern sich als informelle Öffentlichkeit z.B. im Quartier, im Stadtteil, in der Gemeinde oder Kommune entwickelt. Die Menschen, die in dieser Öffentlichkeit zivilgesellschaftlich aktiv werden, sind weder durch Zugehörigkeit zu einer im Zweifelsfall hierarchischen, formalen Organisation noch durch familiäre Verwandtschaftsbeziehungen verbunden, sondern durch eine gewissen Zuneigung zum Anderen in ihrer Nähe, mit dem sie zu kooperieren bereit sind, um gemeinschaftlich an der Verbesserung der Lebensbedingungen zu arbeiten, oder wie es die Sozialpolitik ausdrückt, in Kooperation Wohlfahrt oder Allgemeinwohl zu produzieren, und zwar da, wo weder Staat noch Markt dies leisten können. Das ist im Grunde das,

was landläufig als »bürgerschaftliches Engagement« bezeichnet und häufig in unzulässiger Weise auf das Ehrenamt reduziert wird. Organisationen, die Ehrenämter ermöglichen, tendieren immer dazu, sich an den Handlungsbedingungen von Staat und Markt zu orientieren, also Interessen zu formulieren, die mit Hilfe des Staates durchgesetzt werden sollen. Nur dann, wenn sie in der gleichen Weise auf Kooperation und Eigenproduktion von Wohlfahrt und nicht auf Interessendurchsetzung ausgerichtet sind, verdienen sie die Bezeichnung »Zivilgesellschaft«, sei es in kleinräumlichen Kontexten, sei es als NGOs, als Non-Governmental-Organisations. Interessendurchsetzung gegenüber dem Staat oder auch der Kommune dagegen ist quasi staatliches Handeln, häufig mit Verfahren des Marktes, und nicht Zivilgesellschaft. Daher geht es in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen auch nicht um Macht, um sich wirkungsvoll ins politische Geschäft einzubringen, sondern immer um Solidarität mit denjenigen, die als Kooperationspartner in Frage kommen.

7. Zivilgesellschaftliches Handeln in den benachteiligten Räumen der neuen Bundesländer

Legt man Solidarität, Empathie und Kooperation als Kategorien zivilgesellschaftlich angelegter Gemeinwesenarbeit zugrunde, so ist offensichtlich, dass die Bedingungen für ein entsprechendes Engagement in den benachteiligten Räumen der neuen Bundesländer entweder gar nicht oder nur in rudimentären Ansätzen gegeben sind.

In den neuen Bundesländern dominiert mehr noch als im Westen eine »Staatsorientierung als moderne Zivilreligion«, die alles von eben diesem Staat erwartet. In den benachteiligten Räumen ist diese Staatsorientierung allerdings zutiefst enttäuscht. Der neue Staat der Bundesrepublik hat aus dieser Sicht seine Versprechen nicht nur nicht halten können, er hat darüber hinaus zur Entwertung der eigenen Persönlichkeit, ihrer Geschichte und Position, also ihrer Identität beigetragen. Besonders bestimmte Gruppen, die vor der Wende den Kern der DDR-Gesellschaft ausmachten, finden sich jetzt als marginalisierte Randgruppen wieder, Fabrikarbeiter z.B. im zweiten Sektor, also z.B. im Braunkohletagebau, oder in traditionellen Feldern hochindustrieller Produktion, also z.B. in Textilindustrie oder Schiffbau, sowie Landarbeiter oder Armeeangehörige.

Für diese Bevölkerungsgruppen existierte aber vor der Wende auch kein Begriff, keine Vorstel-

lung von Bürgerschaftlichkeit, von bürgerschaftlicher Öffentlichkeit. Sie lebten entweder in der Großorganisation der Arbeitswelt oder in der berühmten Nische von Familie und Verwandtschaft. Nicht umsonst galt die DDR-Gesellschaft als »Nischengesellschaft«, als eine Gesellschaft mithin, die nicht von Öffentlichkeit, sondern von Rückzug geprägt war. Die Arbeitswoche über wurde im »Kollektiv« des Betriebes gearbeitet und gelebt, und »ab Freitag um eins macht jeder seins«. Zivilgesellschaftliche Traditionen, ein Bewusstsein von öffentlicher Verantwortung jedes Einzelnen waren in der DDR nicht präsent. Entweder der Staat war zuständig, oder man wurschtelte sich als Privatperson im Versteck durch. Dazwischen gab es nichts, zumindest nichts programmatisch nennenswertes.

Der »Bürger«, ein Begriff, den es in der DDR nicht gab, war demnach in seiner Großorganisation »Genosse«, also in seiner Solidarität auf das Großkollektiv, im Zweifelsfall die Arbeiterklasse in »internationaler Solidarität« ausgerichtet. Oder er war Klient und Kunde des Staates. Und da wo beides nicht funktionierte, und in der Regel funktionierte es nur schlecht, musste man sehen, wie man halblegal oder illegal im Schutz des Privatbereiches zurecht kam. Weder der Großorganisation noch einer informellen Öffentlichkeit der »Nächst-

ten«, aber nicht Verwandten, begegnete man mit Empathie. Vielmehr ging es darum, unzumutbare Forderungen zurückzuweisen oder sich ihnen schlau zu entziehen und den eigenen Lebensstandard durch Nischenaktivitäten zu sichern.

Sowohl die Begründung der DDR-Gesellschaft als Arbeiter- und Industriegesellschaft als auch die tägliche Anforderung, unzureichende Techniken durch eigene Arbeit zu kompensieren, haben in der DDR eine Orientierung auf Maschinen, auf Geräte konserviert, eine hohe Bewertung technisch-handwerklicher Fähigkeiten, die in Dienstleistungsgesellschaften weitgehend überflüssig sind und daher durch soziale Kompetenzen ersetzt werden. Besonders in den benachteiligten Räumen der ehemaligen DDR sind solche sozialen, kommunikativen Kompetenzen, die die Basis von Empathie und Kooperation bilden, in der Regel zu dürrig, um sie in Gemeinwesenarbeit fruchtbar werden zu lassen. Der Umgang mit Geräten, mit Maschinen und Material erscheint immer noch relevanter, wird in diesen Alltagskulturen eher gewürdigt und belohnt, als der mit Menschen. Verbalisierungs- oder Artikulations- und Verhandlungsfähigkeit sind demnach schwach ausgebildet und müssten erst entwickelt werden, bevor zivilgesellschaftliche Kooperationsprojekte möglich sein können. Anders ausgedrückt, die Gemeinwesenprojekte müssen zur Entwicklung dieser Kompetenzen dienen, auch da, wo sie an materiellen Dingen ansetzen.

Solidarität in der DDR war tendenziell eine kämpferische der solidarischen Verbundenheit gegen einen Gegner, wie sie im Sport überlebt hat. Nicht die informelle, freiwillige Kooperation ist damit Ausdruck und Ansatzpunkt, sondern die Mannschaft als straff organisiertes, einem Willen unterworfenes, kämpferisches Kollektiv. Gemeinwesenarbeit baut aber keine derartigen »Kampfverbände«, sondern Kooperation zwischen selbstbestimmten Individuen auf, eine Vorstellung, die der Industriegesellschaft in ihre Steigerung im Sozialismus nicht nur völlig fremd, sondern als subversiv eher verdächtig war.

Und auf noch ein gravierendes Defizit, das von Westdeutschen lange komplett übersehen wurde, muss hingewiesen werden. Die DDR hat keinen Wertewandel durchlaufen, wie das in der Bundesrepublik und allen westlichen Nationen seit den 1960er-Jahren der Fall war (vgl. z.B. Meulemann 1996). Damit bleiben besonders für die beschriebenen Kerngruppen der DDR-Gesellschaft Bindungen an Pflicht- und Akzeptanzwerte bestimmend. Selbstverwirklichungswerte, die im Westen domi-

nieren, haben demgegenüber geringe Bedeutung. Damit geht einher, dass große Teile der ostdeutschen Bevölkerung, vor allem die auch im vereinten Deutschland Benachteiligten, ihre Lebenslage als schicksalhaft, als fremdbestimmt, als etwas wahrnehmen, das sich der eigenen Bestimmung, der eigenen Gestaltung entzieht. Immer sind es Andere, der Staat in seinem Staatsversagen, die egozentrischen Westler, die korrupte Treuhand, betrügerische Unternehmer, die an der eigenen Misere die Schuld tragen. Sich gegen dieses »Schicksal« zur Wehr zu setzen, verbindet sich unter diesen Bedingungen entweder mit Regression, Rückzug in die Nische nach altem Muster, oder mit Zynismus: »Nimm was du kriegen kannst, alle machen es so, alle bereichern sich jenseits aller Moralvorstellungen«. Oder es kommt, wenn auch zweifellos nur in Extremfällen, zu devianten Aggressionen, wie wir sie in den neuen Bundesländern einerseits bei nationalen Fundamentalisten, zum anderen aber auch beim Sport, also bei den gefürchteten Hooligans erleben.

Die Kirche als Institution und sinnstiftender Kontext hat demgegenüber gerade bei den Benachteiligten der neuen Bundesländer äußerst geringe Bedeutung. Sie war in der DDR und ist in den neuen Bundesländern die Institution eines konservativen Bildungsbürgertums. Aus diesem »Klientel« heraus konnte die protestantische Kirche – die katholische spielt in DDR / neuen Bundesländern bekanntlich nur eine höchst marginale Rolle – in der Vorwendezeit zur Plattform des Protest gegen den sozialistischen Staat der DDR werden. Andere Institutionen, die diese Funktion hätten übernehmen können, existierten nicht. Aber mit der Wende ist diese Leistung überflüssig geworden. Das alte und neue Bürgertum braucht im vereinten Deutschland keine Protestinstitution mehr, und für die alte, entwertete Arbeiterschaft bildet die Kirche keinen relevanten Bezugspunkt, von Ausnahmen, die es immer gibt, selbstverständlich abgesehen.

Damit werden die Hindernisse, denen sich kommunale und vor allem kirchliche Gemeinwesenarbeit konfrontiert sieht, erkennbar, und sie erscheinen als fast unüberwindlich. Eine Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Räumen der neuen Bundesländer muss die materielle Orientierung der Bevölkerung, ihre Ausrichtung auf Gegenstände und nicht auf Personen aufnehmen und von ihr ausgehen. Das reine Gespräch, das reine Wort dürften als Medium fast chancenlos sein. Aber auch materiell nicht relevante, spielerische Aktivitäten haben geringe Chancen, da sie in dieser Kultur von »Produzierenden« sehr schnell

als sinnlose und entwürdigende Beschäftigungstherapie abgelehnt werden dürften.

Die Gemeinwesenaktivitäten müssen also materielle Relevanz entwickeln. Sie müssen spürbar zur Verbesserung der Lebenslage, der Lebensbedingungen beitragen. Gleichzeitig dürfen aber die dafür notwendigen Aktivitäten nicht als Kompensation von Staatsversagen erscheinen. Es dürfen also keine Aufgaben oder Leistungen übernommen werden, die auch von Staat erledigt werden – könnten. Das ist aber in einer auf den allmächtigen Staat orientierten und auch an ihn glaubenden Bevölkerung so gut wie alles. Immer, und sei es z.B. nur bei der Säuberung und Bepflanzung eines halböffentlichen Geländes in einer Plattenbausiedlung, könnte man sagen, dass das doch bitte der »Staat«, in welcher Form auch immer, und sei es auch als Kommune, zu erledigen habe. Dazu gehört, dass weder aus der Zeit der DDR, in der es die »autonome Kommune« nicht gab, noch aus der Nachwendezeit, in der Kommunen durch chronische Finanzknappheit häufig am eigenständigen Handeln gehindert sind, geläufig ist, dass die Kommune nicht »Staat«, sondern bürgerschaftliche Selbstverwaltung ist, dass sie also eine Ebene für Zivilgesellschaftlichkeit sein könnte. Sie gilt als Teil des »Systems«, das wiederum versagt hat, bei dem sich also zu engagieren als ganz unangemessen, als völlig sinnlos erscheinen muss. Ein ostdeutsches Bürgertum, dass, wie schwierig auch immer, in dem neuen Staat »angekommen« sein könnte, wird das vermutlich anders sehen. Für die Benachteiligten aber gibt es keinen Grund, keine Erfahrung, die ein solches Engagement nahe legen könnten. Und für die informellen Zusammenhänge, die den Kern von Zivilgesellschaft ausmachen, gilt das in verschärftem Maße. Es dürfte der hier in Rede stehenden Bevölkerung völlig unklar, in keiner Weise nachvollziehbar sein, was denn solche informellen, öffentlichen, aber nicht organisierten, von Empathie getragenen aber dennoch nicht auf die Familie konzentrierten Zusammenhänge wie Nachbarschaft, Quartier, »Gemeinde« denn überhaupt sein und leisten sollen. Nur Organisationen sind im Blick, und diese auch nur als Leistungsträger einer Staatsergänzung, wobei es immer als besser gelten dürfte, der »Staat« täte das, was notwendig ist, und das ist in dieser Kultur, wie gesagt, so gut wie alles, zumindest alles materiell Relevante. Und nur darum geht es.

Die Ambivalenzen, die aus diesen Bedingungen für Gemeinwesen- und Gemeindearbeit entstehen, scheinen bei den protestantischen Kirchen durchaus wahrgenommen zu werden und führen zu diametral entgegengesetzten Positionen kirch-

licher Arbeit. Entweder man konzentriert sich auf die reine Verkündigung des Glaubens in der kirchlichen Liturgie oder man folgt dem Satz, dass »Gottesdienst immer Menschendienst« zu sein habe, wie er der Diakonie und der Gemeinwesenarbeit zu Grunde liegt. Folgt man dem zweiten Motto, wird man unweigerlich den beschriebenen Hindernissen begegnen, also einen langem Atem brauchen. Orientiert man sich aber an den Grundbedingung, zur Verbesserung der materiellen Lebenslage beizutragen, können kleine Erfolge möglich sein.

Eventuell aber dient kirchliche Gemeinwesenarbeit einem ganz anderen Zweck, der sich nur indirekt erschließt. Wie anfangs ausgeführt, unterliegen die neuen – und alten – Benachteiligten in Ost wie in West der Gefahr der Ausgrenzung, und das heißt auch immer, dass sie unsichtbar werden – sollen. Kirchliche Arbeit könnte vor allem dieser Verdrängung von Benachteiligung entgegen wirken. Sie könnte vor allem die Tatsache einer Polarisierung mit Exklusionsgefahr am untersten Ende der sozialen Stratifikation im öffentlichen Bewusstsein halten und öffentlich skandalisieren, soweit das in einer Gesellschaft mit wachsender Ungleichheitsakzeptanz möglich ist. Es gibt keine Organisation, die den Ausgegrenzten Stimme und Plattform gäbe. Den Kirchen könnte diese Funktion zufallen. Allerdings verlassen die Kirchen mit einer solchen Strategie das Feld der Zivilgesellschaft und begeben sich in den Bereich der Politik, in der Prioritäten ausgehandelt werden, um entsprechend politisch zu agieren.

Ein Kompromiss könnte in einer Kooperationsorientierung liegen, die sich nicht sofort auf die Kooperation der Bürger, sondern auf die zivilgesellschaftlicher Akteure richtet, also auf Verbände, Stiftungen, Vereine, evtl. sogar Unternehmen. Nach dem Modell des »Quartiersmanagers« im Bund-Länder-Projekt »Die soziale Stadt. Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« könnten lokale Kirchengemeinden die Kooperation aller relevanten Kräfte in einer Kommune oder in einem benachteiligten Stadtteil anregen und zu koordinieren suchen, um von da aus langsam und schrittweise zur direkten Kooperation der Bürger in der gemeinsamen, zivilgesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion vorzudringen.

Beide Konzepte, sowohl das, zur Stimme für die Benachteiligten zu werden, als auch das der Anregung und Koordination von Kooperation zwischen Organisationen entsprechen ansatzweise Dahrendorfs Vorschlag zur Entwicklung von Agenturen für Benachteiligte und in benachteiligt-

ten Räumen, in denen Beratung, Information und Kooperationshilfen, aber keine direkten materiellen Leistungen geliefert werden sollen. Angesichts der überwältigenden Fixierung auf Organisationen, vor allem auf den Staat, wird der Schritt zum Kern von zivilgesellschaftlicher Gemeinwesenarbeit über den Umweg der Verbandsarbeit vor allem in den neuen Bundesländern und ihren benachteiligten Räumen aber immer fragil und prekär sein. Noch auf längere Sicht wird eine Erwartungshaltung, die alle Organisationen als potentielle Dienstleister und die eigene Person ausschließlich als Klienten sieht, die bestimmen- de bleiben.

Anmerkung:

¹ Einen fast schon tragisch zu nennenden Fall derartiger »männlich-chauvinistischer Blindheit« bot auf der Meißner Tagung der Bericht einer »Jugendkirche« aus Stralsund. Zwar werden dort durchaus Rockmusik u. ä. harte Kulturformen als Bestandteil kirchlicher Jugendarbeit akzeptiert und sogar gefördert, der Wunsch aus dem Stadtteil aber, im Gemeindezentrum Joga oder Taijtschi zu betreiben, wird als »kirchenfremd« zurückgewiesen. Selbstverständlich sind diese neuen Techniken der Körpererfahrung in keiner Weise »unchristlich« und werden im Westen auch von kirchlich aktiven Gemeindegliedern betrieben. Aber es sind »weiche«, eher junge Frauen ansprechende Praktiken. Dem zutiefst von traditioneller Männlichkeit geprägten Jugendtreff erscheinen sie damit als unerträglich und werden nicht zugelassen, ein bitteres Beispiel unreflektierter Intoleranz gegenüber

Frauen, die unter solchen Umständen wirklich nichts anderes tun können, als einem solchen Quartier den Rücken zu kehren.

Literatur


Dahrendorf, Ralf (1995): Über den Bürgerstatus, in: Bert van den Brink, Willem van Reijen (Hrsg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M. (Suhrkamp) S. 29-43;

Hänsgen, Dirk; Sebastian Lentz, Sabine Tzschaschel (Hg.) (2010): Deutschlandatlas. Unser Land in 200 thematischen Karten, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft WBG);

Kröhnert, Steffen; Franziska Medicus, Reiner Klingholz, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2006): Die Demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München (Deutscher Taschenbuch Verlag);

Meulemann, Heiner (1996): Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim u. Basel (Juventa);

Paepke, Margrit (2010): Empirische Befunde zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in: Martin T. W. Rosenfeld u. Dominik Weiß (Hrsg.), Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Politik und Marktmechanismen. Empirische Befunde aus den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Hannover (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial der ARL) S. 7-19;

Winkel, Rainer u. Rainer Lüdigg (2010): Gleichwertigkeit von Daseinsbedingungen in ländlichen Räumen? Die Lommatzsche Pflege, in: Martin T.W. Rosenfeld, Dominik Weiß (Hrsg.), Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Politik und Marktmechanismen. Empirische Befunde aus den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Hannover (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial der ARL), S. 237-252. 

Kirche werden im Gemeinwesen – Theologisch-ethische Perspektiven des Community Organizing als Beteiligungsform einer ‚gesellschaftsoffenen Kirche‘¹

Von Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Katholische Hochschule für Sozialwesen (Berlin)

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. *Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags ist im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>*

I.

»Yes we can!« – Selten hat ein Slogan in so kurzer Zeit eine solch steile Karriere gemacht wie der mittlerweile legendäre Wahl(kampf)spruch des jüngst wiedergewählten US-Präsidenten *Barak Obama* – vielleicht gerade deshalb, weil er sich so wohlthuend von den markigen Parolen der bisherigen US-Administration unterscheidet; vielleicht aber auch, weil etwas an diesem Wahlspruch so gar nicht in das oftmals sorgfältig gepflegte Stereotyp über die us-amerikanische Lebens- und Politikkultur hineinpasst. Zwei der drei Wahl-spruchworte erstaunen nicht: Dass die us-amerikanische Lebenskultur persönliche Krisen und gesellschaftliche Probleme vor allem als Herausforderungen identifiziert, denen man mit einem entschiedenen Ja begegnet und sich nicht hinter einem verzagten Nein versteckt; und dass man solches *Ja* auf ein selbstbewusstes *Können* aufbaut, anstatt sich in einer Ohnmachtsromantik selbst zu verlieren, all dies überrascht nicht. Eher irritiert das »we«: Baut nicht der us-amerikanische Mythos von einem gelingenden und prosperierenden Leben auf die liberalistische Fiktion eines freien, unabhängig starken Individuums auf, das sich seiner eigenen Kräfte vergewissert, wenn nötig mit rücksichtslosem Ellenbogen gegen andere seinen Lebenserfolg erkämpft und darin – nach populär-calvinistischer Überzeugung – seine höchst individuelle göttliche Vorsehung als Starker oder – bei Misslingen – als Scheiternder persönlich in die Weltgeschichte einschreibt? Wie ist das *Wir* zu verstehen: Schwach oder stark? *Wir* als *alle Einzelne* oder als *Wir gemeinsam*?

Wenn der Wahl(kampf)spruch *Barak Obamas* 2008 nicht nur das Ergebnis knallhart kalkulierender Werbestrategen und Wahlkampfstrategien war, sondern wenigstens noch Spuren seines persönlichen wie beruflichen Werdeganges in sich aufgenommen hat, so wird man das *Yes we can* durchaus als ein *Wir* verstehen dürfen, das sich *gemeinsam* den Krisen und Problemen des Alltags selbstbewusst entgegenstellt. Der Sozialarbeiter (und Politiker) steht in der Tradition des *Community Organizing*, das in den USA und besonders in der Heimatstadt des Präsidenten spätestens seit der Gründung der *Industrial Areas Foundation* eine lange Tradition besitzt und eng mit dem Namen *Saul Alinsky* (1909-1972) verbunden ist. Seit Mitte der dreißiger Jahre arbeitete der gelernte Kriminologe Alinsky, über dessen Wirken die derzeitige US-Vizepräsidentin *Hillary Clinton* promovierte, als *Community Organizer* zunächst in den Slums von Chicago, später in deprivierten Stadtvierteln vieler us-amerikanischer Großstädte. Sein Einsatz galt nicht einfach nur dem Kampf *gegen* die Verwahrlosung ganzer Stadteile, sondern in erster Linie *für* die Transformation eines oftmals zersplitterten und vielfach stumm resignierenden Unmuts der lokalen Bevölkerung in die politische Macht eines vereinten Protestes und gemeinsamen Gestaltungswillens der Betroffenen selbst.

Ziel des *Community Organizing* war und ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen insbesondere dort, wo ein würdiges Leben durch soziale Problemlagen und Konflikte schwer bedroht oder sogar schon beschädigt ist; eine Verbesserung aber, die sich konsequent über die Entwicklung und Bündelung aller Ressourcen und Utopien der betroffenen Bevölkerung erreicht. Ziel ist also weniger die Verbesserung der Lebensbedingungen durch rein äußerliche Hilfe als die Entwicklung einer menschenwürdigen Lebenslage sozusagen von einem gemeinsam gestalteten Innen. Das macht professionalisierte Unterstützung nicht überflüssig, im Gegenteil: Schon die *Industrial Areas Foundation* investierte viel in die Ausbildung von (ehrenamtlichen) Netzwerkern und »Schlüsselpersonen« oder in die Anstellung (hauptamtlicher) Organizer. Dennoch fördert *Community Organizing* nicht ein außengewirktes Wohlergehen der Bevölkerung, sondern im ei-

gentlichen Sinne des Wortes ein *subjektives Wohlbefinden*, das sich in der Erfahrung eigener Wirkmacht als Gefühl der Anerkennung und Wertschätzung, der Selbstachtung und des Selbstvertrauens einstellt. Kurz: Ihre Würde erfahren Menschen in prekären Lebenslagen nicht allein dadurch, dass sie Leistungen erhalten, sondern dass sie unter Aufbietung eigener Kräfte irgendwann einmal sagen können: »Das habe ich gemeinsam mit anderen selbständig geschafft!«

II.

Natürlich sind die Entwicklungslinien und Konzeptionen des *Community Organizing* zunächst zu verstehen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und vor allem auch wohlfahrtstaatlichen Bedingungen der Vereinigten Staaten. Gleichwohl werden wichtige Einsichten in den letzten Jahren auch in Europa und speziell in Deutschland aufgegriffen. Und: Sie führen mittlerweile auch zu veränderten politischen Beteiligungsformen der christlichen Kirchen, die sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung *um ihres eigenen Anspruchs willen*, nämlich die Frohe Botschaft Gottes in die Lebens- und Alltagswelten der Menschen von heute zu vermitteln, stellen und darin gesellschaftlich wie auch innerkirchlich neu öffnen.

Zwar unterscheiden sich die Konzepte und Realitäten wohlfahrtstaatlicher Politik zwischen Deutschland und dem anglo-amerikanischen Raum ganz erheblich. In einigen Konsequenzen für die betroffene Bevölkerung kommen sich beide Traditionslinien aber offensichtlich sehr nahe. Mag die Verstummung und Resignation depravierter Bevölkerung in den USA auch einem Mangel an staatlich organisierten sozialen Sicherungssystemen geschuldet sein, so birgt das deutsche Modell wohlfahrtstaatlicher Daseinsvorsorge die große Gefahr, ähnlichen Deaktivierungstendenzen Vorschub zu leisten und damit in hohem Maße kontraindiziert zu wirken. Das Ziel sozialer Unterstützungssysteme, wie sie etwa das deutsche Sozialgesetzbuch in seinen Fundamentalnormen festhält, besteht zwar darin, den Empfänger sozialer Unterstützung zur Führung eines Lebens zu befähigen, das seiner Würde als Mensch entspricht, und ihn so weit als möglich von besonderer Unterstützung unabhängig zu machen (vgl. § 1 Abs. 2 SGB I). Die Praxis sozialer Unterstützungsleistungen, die Konzentration der Sozialhilfe auf Sach- und Geldleistungen etwa oder der Hang expertokratischer Professionalität sozialpädagogischer Leistungen mit einem manches Mal kaum noch zu verbergenden Fürsorgepaternalismus, deaktiviert jedoch langfristig die

vorfindlichen Eigenressourcen auf Seiten der Hilfeempfänger. Sie bergen die Gefahr, deren Kompetenzen zur Problembewältigung zu zerstören und sie damit langfristig von fremder Hilfe abhängig zu machen.

Diese verheerenden Folgen der Praxis sozialer Unterstützungssysteme sind seit Jahrzehnten in den Fachdisziplinen Sozialer Arbeit bekannt, und deren Kritik verbindet sich auch mit prominenten Namen wie *Johanno Strasser* oder *Jürgen Habermas*, denen man kaum eine Nähe zu neoliberalen Zynismus gegenüber menschlichem Leid und sozialen Notlagen unterstellen wird. Die Alternative zur dominanten Praxis wohlfahrtstaatlicher Unterstützungsleistungen heißt nämlich nicht der Appell an eine atomisierte Eigenverantwortung, die sich auf die persönlichen Selbstheilungskräfte zu konzentrieren hat und damit soziale Notlagen und deren Lösung privatisiert. Die Alternative heißt eher, so der prominenteste Vertreter des *Community Organizing* in Deutschland, der US-Amerikaner *Leo J. Penta*, die Eigenverantwortung von Menschen »in den lebensweltlichen Kontext der intermediären Institutionen der Zivilgesellschaft«, also »in den Kontext nicht staatlich erzwungener, sondern freiwilliger Bildung von Solidarität« einzubetten. Solche zivilgesellschaftlichen Institutionen können vielfältige Formen nachbarschaftlicher Netzwerke oder Bürgerplattformen annehmen. Wichtig ist nur, dass sie Organisationsformen bereithalten, die nicht nur eine nachhaltige, also beständige Artikulationsform für die Betroffenen sichern, sondern die Betroffenen in einem emphatischen Sinne zu Beteiligten machen: sie die Gestaltung ihres öffentlichen Nahraumes selbst in die Hand nehmen zu lassen, oder anders gewendet: Teilhabe im Modus der *Teilgabe* eigener Optionen wie Aktivitäten.

Community Organizing will solche ‚Bindungs- und Bildungsprozesse‘ professionell unterstützen. Es vollzieht damit einen wichtigen Paradigmenwechsel wohlfahrtstaatlicher Aktivitäten. Es folgt nicht mehr der herkömmlichen Logik des »Für-andere-Tuns«, sondern der zivilgesellschaftlichen Logik des »Mit-andere-für-sich-etwas-Tuns« (*Leo Penta*). Auch diese Logik ist durchaus noch entwicklungsfähig, wenn sie ein egozentrisches Missverständnis des bloßen »für-sich« vermeiden will. Denn die durch *Community Organizing* unterstützten Netzwerke oder Bürgerplattformen bringen Menschen, Gruppierungen und Stadtteilinitiativen mit manches Mal höchst unterschiedlichen Hintergründen und Einzelinteressen zusammen, die zwar bestimmte Ziele *gemeinsam* verfolgen, die aber auch die unterschiedlichen

Optionen, Interessen und Bedürftigkeiten der jeweils anderen erkennen, respektieren und durchsetzen helfen, ohne dass die jeweils eigenen Anliegen unmittelbar berührt oder befördert werden müssen. Soziale Netzwerke und Bürgerplattformen weiten den zunächst auf sich selbst beschränkten Blick hin auf andere. Sie nötigen miteinander zum konstruktiven Aushandeln von bzw. zur Verständigung über die Optionen und Handlungsstrategien aller Beteiligten. In diesem Sinne unterstützt *Community Organizing* eine Demokratie, die sich nicht nur als Legitimationsinstanz politischer Herrschaft anderer, sondern als partizipative Lebensform aller versteht.

III.

Mit seiner Logik des *Mit-anderen-für-sich-und-für-andere-etwas-Tun* greift *Community Organizing* eine Intuition dessen auf, was *Heinz Bude* einen »neuen politischen Egalitarismus« nennt. Dieser neue Gleichheitsprimat hebt nicht auf die Gleichheit aller Ausstattungsmerkmale oder gar auf die Einheitlichkeit aller Lebensformen ab, sondern stellt eine »Kultur der gerechten Anstrengung« in den Mittelpunkt. Angesichts zunehmender sozialer und gesellschaftlicher Verwerfungen beinhaltet eine Kultur der gerechten Anstrengung vor allem »Appell und Forderung, dass es jetzt die Anstrengung aller, jeder einzelnen gesellschaftlichen Gruppe braucht, um das ganze wieder in Lot zu bringen. (...) Jede Gruppe wird – nach ihren Möglichkeiten natürlich – herangezogen zur Bewältigung der allgemeinen Aufgabe.« Fast liest sich Budes Forderung wie eine späte Übersetzung des berühmten Diktums, das der erste katholische Präsident der Vereinigten Staaten, *John F. Kennedy*, den Leistungsträgern seiner Gesellschaft zugemutet hat: »Denke nicht daran, was die Gesellschaft dir geben kann, sondern du der Gesellschaft geben kannst!«

Damit kein Missverständnis entsteht: *Community Organizing* organisiert – jedenfalls vorerst – nicht die Milieus und Communities der herkömmlichen ‚Leistungsträger‘ und ‚Besserverdiener‘, um sie zu dem zu nötigen, was sie um der Gerechtigkeit willen für den Erhalt und die Entwicklung eines demokratischen und sozialen Gemeinwesens beizusteuern haben. *Community Organizing* fördert nach wie vor unterprivilegierte Menschen – aber mit der Maßgabe, sie über Netzwerke und Bürgerplattformen gemeinschaftlich zu Leistungsträgern ihrer eigenen Sache und damit zu Gebern werden zu lassen. Es befähigt solche Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung des sie umgebenden

öffentlichen Raumes, die bis dato nicht oder nur unzureichend beteiligt waren und deren vitalen Interessen und Optionen vernachlässigt wurden. Zentrales Instrument ist der Aufbau von Bürgerplattformen, in denen sich die betroffenen selbst repräsentieren können – und sei dies zu Beginn noch so fragmentarisch. Diese Plattformen selbst ruhen auf einem dichten Netz persönlicher Beziehungen auf, in denen die Beteiligten – manches Mal seit langem wieder zum ersten Mal – Achtung und Vertrauen erfahren. Eine der wichtigsten Aufgaben des Organizers ist die Initiierung und Entwicklung dieser persönlichen Beziehungsnetze.

Die Erfahrung von Respekt seitens des Gegenübers stiftet neue Selbstachtung und neues Selbstvertrauen der Betroffenen; es verschwistert zu einem *handlungsfähigen Wir*, das Gestaltungsmacht besitzt. Denn *Community Organizing* stiftet zwischen den Betroffenen und Akteuren eine *kommunikative*, ja *solidarische* Praxis im emphatischen Sinne: In dem sie in der Wahrnehmung, Aushandlung und Durchsetzung ihrer Optionen und Interessen *gemeinsame Sache machen* und sich dabei im Interesse jedes Einzelnen dem *gemeinsamen Wohl verpflichtet* (,in solidum obligari‘) fühlen, erfahren sie sich nicht als Unterlegene und in dieser Weise Hilfsbedürftige, sondern als zugleich Unterstützte wie Unterstützende. Ihre marginalisierte Lebenslage wird keinesfalls verkannt oder gar romantisiert, im Gegenteil. Respekt- und vertrauensvolle Beziehungen spielen gerade Menschen in einer prekären Lebenslage eine Form basaler Anerkennung und Wertschätzung zu, die zum Ausgangspunkt persönlicher Lebensführungskompetenz wie wirksamer politischer Handlungsfähigkeit werden können. Sie dienen der persönlichen wie gesellschaftlichen Subjektwerdung jedes Einzelnen oder – theologisch gesprochen – seiner Menschwerdung als Mensch; inmitten seiner Geschichte und Gesellschaft als »krummes Holz« (Gollwitzer) im sich aufrichtenden Gang.

IV.

In den Vereinigten Staaten ist es selbstverständlich, dass sich die christlichen, jüdischen oder auch muslimischen Religionsgemeinschaften aktiv in die Prozesse des *Community Organizing* einbringen – sei es als Kirchengemeinden in Bürgerplattformen, sei es als soziale Netzwerke im Hintergrund. Gelegentlich finden sich neben dem *Broad Based Community Organizing*, das sich dezidiert auf Bürgerplattformen stützt, auch *Faith*

Based Community Organizing, das dezidiert die jeweilige Glaubensgemeinschaft zum Ausgangspunkt einer politisch ambitionierten Gestaltung ihres Sozialraumes wählt. Auch in Deutschland finden Beispiele, dass Kirchen sich in die ersten Aufbrüche des *Community Organizing* einbringen – etwa in Berlin (»Bürgerplattform Wedding«), in Hamburg (»ImPuls Mitte«) oder in Wuppertal.

Die Beteiligung von Kirchen, namentlich von Gemeinden, Gemeinschaften und Verbänden der katholischen Kirche, an Prozessen des *Community Organizing* geht über die Frage situationsbezogener Opportunität hinaus; sie berührt auch ihr grundsätzliches Selbstverständnis als Kirche. Das Zweite Vatikanische Konzil hat nochmals klar herausgestellt: Kirche ist nicht Selbstzweck, sondern *Sakrament*, also »Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit« (LG 1). Sie ist Zeichen und Werkzeug für die heilsame Zuwendung Gottes zum Menschen insgesamt. Dieses »Heil von Gott für uns Menschen« (Schillebeeckx) umfasst das ganze Koordinatensystem, innerhalb dessen Menschen ihr Menschsein zur Entfaltung bringen: ihre Leiblichkeit ebenso wie den gemeinsam geteilten Raum ihrer menschlichen Mitwelt und ihrer natürlichen Umwelt; die strukturellen Verflechtungen menschlicher Lebensführung in die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen ebenso wie ihre geistig-geistliche Mitte (,Seele'), die ihrer persönlichen Lebensführung Konsistenz und Ausrichtung verleiht. In der heilsamen Sorge um dieses umfassende Koordinatensystem menschlicher Lebenswirklichkeit wird die therapeutische Dimension christlicher Erlösung handgreiflich. Die Pastoral der Kirche greift infolgedessen weit über traditionelle Formen der seelsorglichen Begleitung Einzelner hinaus auch in die Weite des politischen Raumes. Gerade die *Pastoralkonstitution* des Zweiten Vatikanums entfaltet ein Verständnis kirchlicher Pastoral, das die Kirche wieder in die Weite menschlicher Gegenwart hinein- und dorthin zurückführt, wo sie nach dem Willen ihres Stifters hingehört: in den Alltag menschlicher Lebenswelt einschließlich ihrer sozialen und politischen Strukturen (GS 40ff). Die Hoffnung, die in Christen lebt und von der sie Zeugnis abzuleben haben, soll sich, so die dogmatische Konstitution über das Wesen der Kirche, auch in der Umwandlung der Strukturen des profanen Weltlebens zum Ausdruck kommen (LG 35).

Natürlich ist die Pastoral der Kirche nicht auf Prozesse des *Community Organizing* angewiesen, um ihren Beitrag zur *Kommunikation des Evange-*

liums auch in der Weite des politischen Raumes zu leisten. Gleichwohl bietet *Community Organizing* eine günstige Gelegenheitsstruktur für die Selbstkonstitution einer sozialpastoralen Kirche vor Ort. Auch hier hängt vieles davon ab, welcher kirchliche Akteur etwa beim Aufbau von Bürgerplattformen oder bei der Durchführungen von Aktionen beteiligt ist – ob Pfarrgemeinde, Ordensgemeinschaft, Kolpingfamilie oder eine Einrichtung des Caritasverbandes. Am Augenfälligsten bieten sich für eine Pfarrgemeinde enorme Chancen. Erste empirische Befunde, die im Zusammenhang eines vom Deutschen Caritasverband unterstützten Pilotprojektes zur Beteiligung von Kirche an *Community Organizing* Prozessen vom *Berliner Institut für christliche Ethik und Politik* erhoben wurden, deuten darauf hin, dass die Mitwirkung von Kirchengemeinden etwa im Rahmen einer Bürgerplattform deutlich positive Rückwirkungen auf die Verlebendigung gemeindlichen Lebens haben kann. Eine Mitwirkung ermöglicht der Gemeinde zunächst die Verortung in ihren Stadtteil oder in die dörfliche Gemeinschaft und damit eine *Entgrenzung nach außen*. Sie muss nämlich grundsätzlich eine *Gehstruktur* entwickeln. Sie folgt dem Diktum *Alfred Delp's*: »'Geht hinaus', hat der Meister gesagt, und nicht: 'Setzt Euch hin und wartet, bis einer kommt'.« Eine *Entgrenzung nach außen* lässt eine Pfarrgemeinde ihre Sozialraum als ihren Pastoralraum entdecken und gestalten. Sie überwindet damit eine *Kommstruktur*, die eine Pfarrgemeinde auf die eher eng gefassten sozialen Grenzen einer versorgten beschränkt, und führt sie unweigerlich auch in solche Lebenswelten und entlegene Milieus, an die sie längst Anschluss verloren hat.

Von dieser *Entgrenzung nach außen* profitiert neben dem sozialen Nahraum auch die Gemeinde selbst. Denn sie geht unweigerlich Hand in Hand mit einer *Entgrenzung nach innen*. Denn die intensive Beziehungsarbeit, die für *Community Organizing* Prozesse charakteristisch ist, baut sozusagen im Außenverhältnis neue persönliche Beziehungen und Bündnisse zwischen Gemeindemitgliedern auf, die innerhalb der Gemeinde nicht zustande gekommen sind. Vor allem werden die bislang unentdeckten Schicksale in den eigenen Reihen (etwa einer territorialen Pfarrgemeinde) aufgedeckt. Prekäre Lebenslagen, die durch zerstörte Erwerbsbiographien, durch Krankheit und Behinderung, durch fehlende Bildungschancen usw. verursacht sind, finden sich auch bei Gemeindemitgliedern – nur dass sie als solche selten erkannt oder gar in der Gemeindewirklichkeit zugelassen werden. Die *Entgrenzung nach innen* kann solcher internen Segregation wirksam entgegensteuern.

Die Beteiligung an Bürgerplattformen usw. erschließt über ihre vielfältige Vernetzungen und Aktivitäten zudem soziale Kompetenzen, die andere Bereiche des Gemeindelebens nachhaltig befördern. Das gilt besonders für jene Sozialkompetenz, die im *Community Organizing* angesichts der Heterogenität der zusammenarbeitenden Gruppen besonders gefragt ist, nämlich die Kompetenz des *Überbrückens*: sie hilft, förderliche und tragfähige Beziehungen auch über *Trennendes* hinweg zu knüpfen.

V.


Community Organizing versteht sich auch als Antwort auf negative Entwicklungen der deutschen Wohlfahrtstaatlichkeit, in die die Kirche in einem nicht unerheblichen Maße über ihre verbandlich organisierte Caritas selbst verstrickt ist. Wenn Einrichtungen der Caritas wie Kitas, Behindertenwerkstätten oder Obdachlosenarbeit bei Prozessen des *Community Organizing* mitwirken, dann erschließt sich diakonischer Pastoral auch die Chance, die (überwiegend) professionalisierte Caritas ihres Verbandes mit der (überwiegend) ehrenamtlichen Caritas ihrer Gemeinden neu zu verschränken. *Community Organizing* orientiert sich an der Befähigung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger durch selbst organisierte Plattformen und Aktionen. Von daher wird es vorrangig ehrenamtlich Engagierte des Sozialraumes und damit der Kirchengemeinden aktivieren, weniger die Professionellen von caritativen Einrichtungen. Gleichwohl sind die Einrichtungen des Caritas selbst Teile des Sozialraumes und somit an positiven Veränderungen ihres Sozialraumes interessiert. Es kann einem Seniorenstift ob des eigenen geriatrischen Konzepts nicht gleichgültig sein, wie das Wohnumfeld seiner Bewohnerinnen und Bewohner gestaltet ist; wie die verkehrliche Anbindung erfolgt; welche formellen und informellen Netzwerke ein generationsübergreifendes Zusammenleben in einem Stadtteil über die Mauern des eigenen Gebäudes

fördern oder wie die Kompetenzen von älterer Menschen für das kulturelle Leben wie die politische Gestaltung des Gemeinwesens eingebracht werden – nicht zuletzt als Bereicherung des Zusammenlebens wie der Wertschätzung oftmals abgewerteter und abgeschobener Seniorinnen und Senioren. In diesem Sinne kann die Beteiligung an Prozessen des *Community Organizing* – insbesondere in enger Verbindung mit einer nach außen und innen entgrenzter gemeindlicher Caritas – ein Bestandteil jenes Konzeptes von *community care* und *community living* werden, die für ein menschenwürdiges Konzept altengerechten Wohnens und Lebens in kirchlichen Einrichtungen unverzichtbar ist.

Verbandliche Caritas kann zudem unmittelbar zur Qualifizierung von (ehrenamtlichen) Akteuren des *Community Organizing* beitragen. In ähnlicher Weise sind auch andere kirchlichen Institutionen und Ausbildungsstätten gefordert. Darin liegt das eigentliche Motiv, wenn etwa die Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin das Konzept des *Community Organizing* als Querschnittskompetenz in ihr Ausbildungskonzept verankert und durch die Gründung des *Deutschen Instituts für Community Organizing* (DICO) aktiv am Aufbau von Bürgerplattformen beteiligt und sich damit ihrer kirchlichen wie gesellschaftspolitischen Verantwortung für ein demokratisches wie soziales Gemeinwesen stellt – zwecks Förderung eigenständiger wie eigenverantwortlicher Menschen im Medium eines handlungsfähigen, *starken Wir*.

Anmerkung:

¹ Der nachfolgende Text ist eine leicht überarbeitete Fassung eines Beitrages, der in der Herderkorrespondenz 2009 publiziert wurde und die Kernaussagen des am 1.11.2012 gehaltenen Vortrages zusammenfasst.

Die schriftliche Fassung der vorgetragenen Thesen können als PPT von der Webseite der Evangelischen Akademie Meißen: www.ev-akademie-meissen.de oder www.kirche-findet-stadt.de heruntergeladen werden. 

Kirche und Diakonie in der Zivilgesellschaft

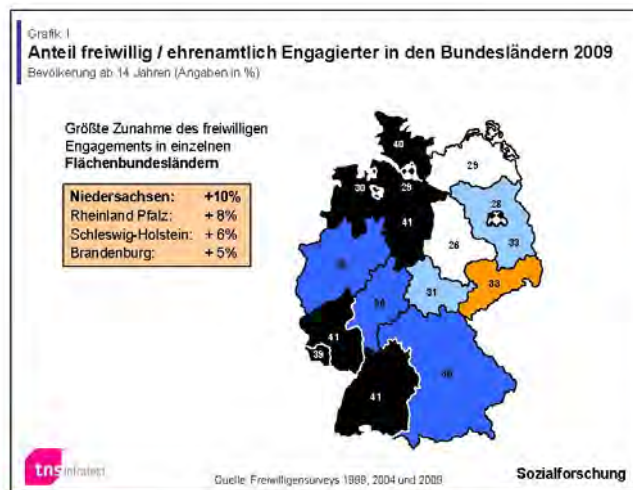
Von Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung GmbH (München)

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012

Zivilgesellschaft im Zeitalter des Ökonomismus

Zivilgesellschaft kann sowohl als Oberbegriff für Organisations- und Aktionsformen engagierter Bürger aufgefasst werden oder als auch als *Qualitätsbegriff* für die moderne Gesellschaft. Zumeist herrscht in Literatur und Praxis das erste Verständnis vor, ich ziehe für die sozialphilosophi-

sche Sicht jedoch den Qualitätsbegriff vor. Er passt auch gut auf die Rolle der Kirchen, die man neben ihrer religiösen Funktion auch als Wertegemeinschaften bezeichnen kann. Wenn Menschen sich öffentlich organisieren und engagieren, geht es ihnen immer auch um Werte. Zivilgesellschaftlich ist eine Gesellschaft, in der möglichst viele Bürger ihr Dasein als Markt- und Staatsbürger erweitern. Sie wollen Mit-Bürger sein. Nach den letzten Zahlen des Freiwilligen-survey¹ waren das 2009 36%, mit 41% die meisten im Bundesland Baden-Württemberg und mit 26% die wenigsten im Land Sachsen-Anhalt (Grafik 1). Allenfalls in einigen alten Ländern kann man somit von einem guten Niveau des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements reden.



Im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen freiwillig oder ehrenamtlich Engagierte stehen an vorderster Front, die Werte der bürgerlichen Gesellschaft, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einzulösen. Die Verwirklichung der bürgerlichen Werte gestaltet sich jedoch in der Reihenfolge ihrer Aufzählung umso prekärer. Freiheit ist noch einigermaßen durch Marktfreiheit gesichert², Gleichheit schon weniger, da die Ungleichheit von Besitz und Einkommen, die der Markt erzeugt, sie oft auf dem Papier stehen lässt. Brüderlichkeit (oder modern ausgedrückt, Solidarität) tut eher not, als dass sie massenhaft gelebt wird. Ich meine damit nicht die Gefühle und Unterstützungen, die die privaten Kreise von Familie und Freundschaft zu einem lebenswerten Ort machen, nicht selten in bewusstem Gegensatz zur Öffentlichkeit. Es geht um das, was Christus mit der

Nächstenliebe meinte, die ja in ihrem höchsten Wert eher eine Fernstenliebe (Nietzsche) ist.

Bettler, Prostituierte oder Aussätzige, die Christus mit seiner Liebe privilegierte, sind nicht gerade jedermanns Nächste. Aber es wäre schon gut, wenn Arbeitnehmer in den Betrieben oder Nachbarn sich solidarisch verhalten würden. Dazu bedarf es eines günstigen gesellschaftlichen Rahmens. Die Bundesrepublik hatte in den 1970er Jahren einen hohen Grad an gesellschaftlicher Integration erreicht. Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen, dass bis dahin in der Bevölkerung das Gefühl zugenommen hatte, in einer gerechten Gesellschaft zu leben. Gleichzeitig interessierten sich immer mehr Menschen für Politik und der Respekt der Bürger vor ihren Abgeordneten nahm bis dahin deutlich zu. Doch

seit den 1980er-Jahren ging das Ansehen der Politik und der Abgeordneten immer weiter zurück, das politische Interesse stagnierte bzw. sank wieder.

In den 2000er Jahren ist die Bundesrepublik eine Gesellschaft geworden, die von einer großen Mehrheit der Bürger als *ungerecht* erlebt wird.³ Solidarität, schon immer ein Mangelwert, wird als prekär empfunden. Dabei sind die Bürger bereit, sich solidarisch zu verhalten, aber der Meinung, in der Gesellschaft dazu nicht ermuntert, sondern dafür eher bestraft zu werden. Zwar ist die Bereitschaft zu mitmenschlichem Verhalten im christlichen Verständnis eine Bringschuld, aber unsere Gesellschaft ist keine christliche. Ob sie das in ihrer Breite je wahr, sei dahingestellt. Die meisten Menschen haben ein praktisch-handfestes Verständnis von Solidarität, das von der Idee der sozialen Gegenseitigkeit bestimmt wird. In der platten Politsprache hört sich das im Fall von Griechenland so an: »Solidarität ist keine Einbahnstraße!« Ein solcher Ton wird aber auch gegenüber Empfängern von Hartz IV angeschlagen.

Viele Organisationen der Zivilgesellschaft sind ausdrücklich auf die Solidarität und deren Mangel bezogen. Jenseits der Logik von Markt und Macht wollen sie Gemeinschaft schaffen und fördern. Je mehr sie dem gerecht werden, desto zivilgesellschaftlicher sind sie. Das muss nicht heißen, dass sie sich alle caritativ mit dem sozialen Prekariat beschäftigen, sondern, dass sie zunächst in ihren Reihen einen sozialen Zusammenhang herstellen, der allen offen steht und der die sozialen Bande über Familie und Privatheit hinaus erweitert. Dieser Zusammenhalt kann selbst eine Schule der Solidarität sein, aber auch als ökonomische oder politische Ressource eingesetzt werden. Die Gewerkschaften verwandelten Teile des Prekariats in eine organisierte Arbeiterschaft. Seit den 1960er Jahren und mit dem Niedergang des Staatssozialismus entstand allerdings eine Dienstleistungsgesellschaft, in der viele Menschen eine starke soziale Einbindung über die privaten Kreise hinaus nicht mehr haben.

Die große Hoffnung war, dass die seit den 1960er-Jahren entstandenen neuen und »modernen« Formen der Zivilgesellschaft die sich seit den 1980er Jahren auftuenden Lücken der sozialen Integration füllen würden, aber das war kaum der Fall. Die neuen, eher schwachen Formen der Organisation waren oft genug selbst von der Prekarität geprägt, die sich überwinden sollen. Demgegenüber mögen Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Kirchen seit Jahrzehnten Millionen

von Mitgliedern verlieren, sie sind jedoch weiterhin an die Machtstrukturen von Wirtschaft und Politik angebunden. Sie verfügen damit über Ressourcen zum Überleben, unterliegen jedoch dem für ihre Legitimation schädlichen Einfluss der Macht. Die schwachen Strukturen der Zivilgesellschaft stehen dagegen für das Authentische, für den moralischen Impuls der Zivilgesellschaft, aber auch für die Ressourcen- und Machtlosigkeit des engagierten Bürgers.⁴ Gerne zieht man sie zur Werbung für eine »Zivilgesellschaft« heran, die, verdeckt mit öffentlicher Rhetorik, im Kern stark vermachtet ist.

Die an Staat und Wirtschaft angebundenen Teile der Zivilgesellschaft reichen an ihren Rändern in das neue soziale Prekariat hinein, das sich in der Bundesrepublik seit dem Höhepunkt der sozialen Integration in den 1970er-Jahren gebildet hat. Mit dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt, dem bald ein dritter folgte, hat sich eine Grauzone herausgebildet, in der zivilgesellschaftliche Werte drohen, verloren gehen und die dazu beiträgt, dass sie auch in der Mehrheitsgesellschaft ausdünnen. Die Standards des ersten Arbeitsmarktes werden unterlaufen und in der Folge auch die des zivilgesellschaftlichen Engagements. Schuld daran ist ein Staat, der diese Grauzone geschaffen hat oder sie zulässt, und erst in zweiter Linie die sozialen Einrichtungen, die diese Möglichkeiten offensiv nutzen. Dennoch müssen sich Organisationen, die sich ausdrücklich *ethisch* legitimieren, fragen lassen, mit welcher Moral es sich verträgt, was sie da eigentlich tun.

Ebenso wie die private Wirtschaft den anrühigen Teil ihres Geschäfts gerne an Dritte auslagert, und behauptet, mit deren ethisch zweifelhaften Praktiken nicht zu tun zu haben, verfahren zunehmend auch die machtnahen Organisationen der Zivilgesellschaft.

Wenn der Staat einem sozialen Dienstleister die Mittel für soziale Auftragsarbeiten kürzt oder zu gering ansetzt, dann erpresst er ihn indirekt, auf jene zweifelhaften Verfahren in der rechtlichen Grauzone zurückzugreifen, die er geschaffen hat oder zulässt. Wenn der Dienstleister das hinnimmt, dann riskiert er, nicht mehr beanspruchen zu können, zur Zivilgesellschaft zu gehören. Er wird dann zu einem Wirtschaftsbetrieb und zwar mit oft noch geringerem ethischem Niveau als die reguläre Privatwirtschaft. Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entwicklung ist die Ökonomisierung sozialer Beziehungen, die in der Bundesrepublik seit dem Fall des Staatssozialismus forciert voranschreitet. Diese Entwicklung wird in

der Bevölkerung mit großem Unbehagen beobachtet, aber auch mit einem Gefühl der Ohnmacht. Sie sieht die Mächtigen von Wirtschaft und Politik im engen Bund und zieht daraus den Schluss, dass die übliche politische Option als Gegenmittel nicht mehr ernsthaft in Frage kommt. Politische Wechsel werden als eher sozi-alkosmetische Ereignisse gesehen.

Was bleibt, ist der Rückzug ins Private und auf soziale Inseln, bei den politisch Unermüdlchen der symbolische Protest. So müssen zunehmend auch die Motive von Freiwilligen oder Ehrenamtlichen in den Organisationen der Zivilgesellschaft verstanden werden. Aber die Ökonomisierung macht auch hier nicht halt. Jugendliche Freiwillige nutzen das Engagement oder das Ehrenamt zunehmend für die berufliche Qualifikation und die Karriere, Arbeitslose und Arbeitssuchende als Sprungbrett für eine bezahlte Beschäftigung, wenn sie nicht gleich durch eine moralisch verwahrloste Arbeitsverwaltung dahin geschickt werden. Über diese Vorgänge der Aushöhlung der Qualität der Zivilgesellschaft (und damit der Gesellschaft überhaupt) wird gerne der Mantel des Schweigens gebreitet. Überall werden Denktabus aufgerichtet. »Alternativlosigkeit« ist der inzwischen inflationär genutzte Begriff dafür. Die Menschen sollen sich damit abfinden, dass für Solidarität, ja selbst die damit verwandte Solidität⁵, nur noch Platz in Sonntagsreden ist.

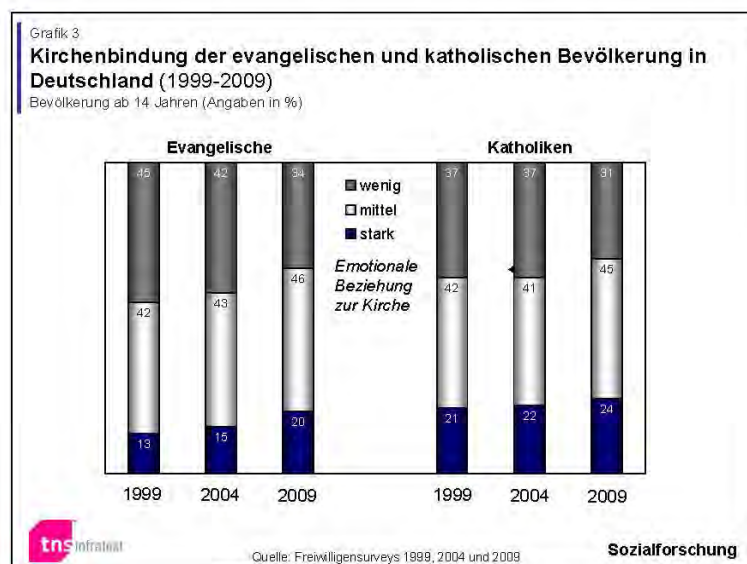
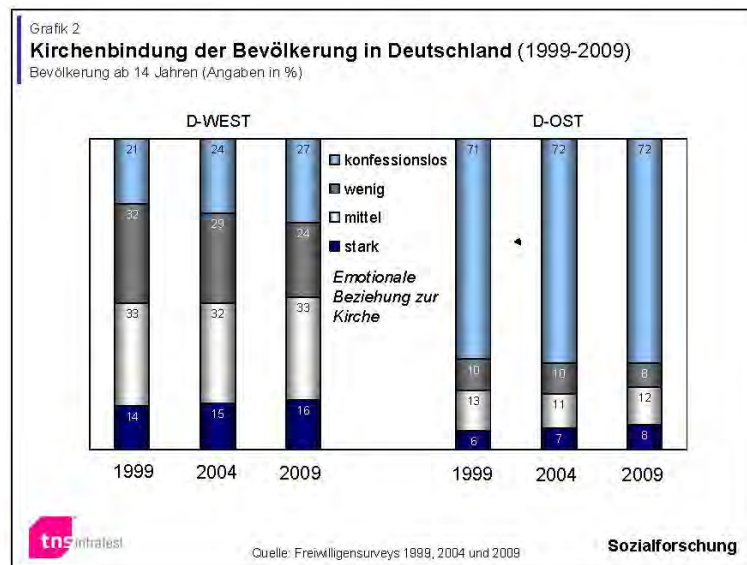
Wer hat, bestimmt

Im Alltag jenseits des Sonntags regiert zunehmend die ökonomische Logik: Wer hat, bestimmt. Diese Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer schlechteren Gelegenheitsstruktur für Solidarität steckt auch für die Kirchen und ihre nachgeordneten sozialen Einrichtungen die Agenda ab. Sie verfügen zwar über erhebliche sozialmo-

ralische Ressourcen, stehen jedoch gleich von mehreren Seiten unter Druck. Das eine ist die schwindende Mitgliedschaft. Wegen der durch den Staat realisierten Finanzierung der Kirchen mittels der Kirchensteuer haben deren Einbußen wegen des Mitgliederschwunds und der Ermäßigungen für Wohlhabende schwerwiegende Folgen, gerade für die föderal organisierte evangelische Kirche. Zusammen mit dem quasi-behördlichen Charakter führt die finanzielle Prekarität die »Amtskirche« in eine noch stärkere Abhängigkeit vom Staat. Prekarität betrifft noch mehr die soziale Auftragsverwaltung, z.B. die Diakonie, die den Druck in Richtung Ökonomisierung des Sozialen ebenso wie die anderen sozialen Einrichtungen spürt.

In den neuen Bundesländern setzt die geringe Kirchenmitgliedschaft ein noch weit prekäreres Szenario als in den alten Ländern (Grafiken 2 und 3). Zwar schmilzt die Mitgliedschaft auch dort ab, aber vor allem, weil jene austreten, die sich der Kirche ohnehin nur wenig verbunden fühlen oder weil sie ihre Kinder nicht taufen lassen. Immerhin konnten sich in den 10 Jahren empirischer Beobachtung durch den Freiwilligen-survey die Kirchen auf einen stabilen Stamm von Mitgliedern stützen, die sich in mittlerem Maße (die meisten) oder in hohem Maße (der kleinere Teil) an sie gebunden fühlten. Er umfasst etwa die Hälfte der Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren. Langsam aber stetig festigte sich sogar jene Gruppe, die sich stark an die Kirche gebunden fühlt, insbesondere bei den Mitgliedern der evangelischen Kirche. Sogar in den neuen Ländern, wo mehr als zwei Drittel der Bevölkerung keiner Konfession angehören, hat sich ein Kern von mittel bis stark gebundenen Mitgliedern erhalten, teils sogar verstärkt.





Das Sozialexperiment »Neue Bundesländer«

Die marginale Mitgliedschaft der Bürger der neuen Bundesländer in den Kirchen ordnet sich jedoch in ein übergreifendes Phänomen eines im Vergleich zu den alten Ländern zurückbleibenden Grades an öffentlicher Organisation ein (Grafiken 4 und 5). Einer einst öffentlich hoch organisierten Bevölkerung der DDR steht heute eine organisatorisch weit weniger integrierte gegenüber. Wurden die Organisationen der DDR staatlich verordnet und erst in der Folge einigermaßen mit Leben gefüllt, so setzte die Organisationslandschaft der Bundesrepublik auf die von der NS-Zeit weniger belasteten älteren und gewachsenen Strukturen auf. Die Neugründungen im Rahmen jener großen

zivilgesellschaftlichen Welle, die mit den 1960er-Jahren begann und in den 1980er-Jahren langsam zu verebben begann, waren zumeist zu instabil, um überleben zu können oder die Landschaft der öffentlichen Organisation dauerhaft umgestalten zu können.

Die Grünen sind deswegen erfolgreich, weil sie sich in die herkömmlichen Strukturen der politischen Parteien eingepasst haben. Folgerichtig ging ihnen dadurch viel Authentizität verloren. Je näher sie der Macht rückten, umso mehr verloren sie ihre zivilgesellschaftliche Unschuld. Ihr Tiefpunkt war die Rolle des Mehrheitsbeschaffers für die Regierung Schröder.⁶ Die Bürgerrechtler aus der DDR waren der Übernahme von Macht noch instinktiv ausgewichen. Ebenso wie Bünd-

nis'90/den Grünen bekommt der PDS/Linkspartei die Rolle der Opposition ideologisch besser als die der Regierung. Wenn auch im Moment nicht auf dem Höhepunkt ihrer Popularität, ist sie jedoch die einzige Partei mit einer nennenswerten Mitgliedschaft, die sich den ökonomistischen Tabus der Mehrheits-Politik verweigert. Im Land Berlin musste sie als Regierungspartei die Spannung ökonomischer Zwänge und ihres sozialen Anspruchs aushalten und das ging schief.

Die Mitgliedszahlen der anderen, weit mehr vom Westen bestimmten Parteien sind im Osten so niedrig, dass man eher von Wahlplattformen nach amerikanischem Vorbild als von Mitgliedsparteien im Sinne der bundesdeutschen politi-

schen Kultur reden kann. Paradoxerweise entspricht in den neuen Ländern nur die Linkspartei dieser Kultur von Parteien, die zunächst von ihren Mitgliedern und erst dann von ihren Wählern getragen werden. Insbesondere in der Kommunalpolitik der neuen Länder hat sich eine *Kultur der Parteilosigkeit* entwickelt. Die Rolle der etablierten Parteien hat sich hier stark verringert. Der Preis der Parteilosigkeit der politischen Kultur in den neuen Ländern ist politische Instabilität und politische Enthaltensamkeit. Größere Teile der Bevölkerung entscheiden politisch nicht aus einer Ideologie heraus, sondern je nach Situation und Lage oder haben sich ganz aus dem politischen Leben zurückgezogen. Auch in dieser Hinsicht ist der Osten amerikanischer als im Westen.



Die Verhältnisse in den neuen Ländern sind auch deswegen »amerikanischer« als in den alten Ländern, weil hier große Teile der Bevölkerung nach der Wende ins kalte Wasser einer »Freiheit« geworfen wurden, die es in der alten Bundesrepublik außer in der Nachkriegszeit nie gegeben hat. Niemals wurden größere Gebiete der Bundesrepublik, auch nicht das Ruhrgebiet, in so kurzer Zeit einem derartig harten Schock der De-Industrialisierung ausgesetzt wie die neuen Länder. Wie sollten Menschen im Alter von ab 50 Jahren, die in der DDR nur relativ geringe Möglichkeiten hatten, Vermögen aufzubauen und deren Qualifikation und Arbeit plötzlich nicht mehr gefragt waren, nach einer Phase des Aufbäumens anders als resignativ mit solchen Umständen umgehen? Es ist völlig verständlich, dass jene, die nicht politisch resignierten, sich der PDS zuwandten.

Der Sozialstaat der alten Bundesrepublik hatte bereits viel Geld in die Hand nehmen müssen, um die die vielen Menschen im reiferen Alter, die durch die Unternehmen einfach aussortiert wurden, sozial abzusichern. Diesen Aufwand war man nicht mehr bereit zu treiben, nachdem mit dem Fall des Realsozialismus die Notwendigkeit weggefallen war, sich als soziale Alternative zu profilieren. Allerdings hielt man noch eine Schamfrist ein. Die ganze amerikanische Brutalität von Hartz IV wurde vor allem in den neuen Ländern spürbar, wo die fehlende Rechtsstaatlichkeit der DDR-Verwaltung ihre traurige Fortsetzung in der reformierten Arbeitsverwaltung fand. Leute wie Lothar Späth, der genau wusste, welche Gruppe es treffen würde, hatten wenigstens noch ein schlechtes Gewissen, als er jene schärfere Sozialgesetzgebung forderte, die dann die Regierung Schröder/Fischer mit den vorhersehbaren Verschlechterungen seitens der schwarz-gelben Blockade-Mehrheit des Bundesrates beschloss.

Hartz IV betraf vor allem den Osten und war geradezu ein Reanimierungsprogramm für die damals dahinsiechende PDS. Eine Bevölkerung, die in den neuen Verhältnissen zunehmend Mut fasste und zufriedener wurde, trieb man mit dem zweiten sozialen Schock nach der De-Industrialisierung mit der Wende geradezu in die Arme der Linkspartei. Nunmehr traf es jene, die zur Wende noch etwas jünger waren und es nicht mehr in die Rente oder Frührente geschafft hatten. Wenn junge Menschen in den neuen Ländern es ebenso vermeiden wie ältere, sich zu organisieren oder einzubringen, dann sind dennoch die Motive anders. Bei Älteren stehen dahinter oft die

Erfahrung des Verlassenseins seitens des Staates und ihre Erfahrung, den Unternehmen nichts wert zu sein. Die Jüngeren hatten bessere berufliche Chancen und haben sich trotz geringer öffentlicher Unterstützung durchgebissen. Beides bringt jedoch eine Verhärtung des Gemüts mit sich, die wir in den alten Ländern weniger sehen.

Die weichen Faktoren des Lebens, die dem Zivilgesellschaftlichen so nahe stehen, ja geradezu seine Basis sind, leiden unter solchen Umständen. Wenn wir junge Menschen im Osten dennoch recht aktiv im Rahmen der Zivilgesellschaft aktiv sehen, dann mit jenen neuen, auch in den alten Ländern zunehmenden Motiven der ökonomischen Ära, Qualifikation und Karriere. Die Beschränkung des Aufschwungs des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern auf die jungen Menschen mit Abitur deutet in diese Richtung. Auch hier erkennen wir wieder das Amerikanische im Osten. In den neuen Ländern wurde (freilich ohne Plan) ein »Sozialexperiment« durchgeführt. Man warf eine ganze Bevölkerung aus einer (trotz aller Mängel) funktionierenden sozialen Integration abrupt in die Situation der sozialen Desintegration. Während in den alten Ländern die Ökonomisierung über Jahrzehnte eher schleichend daher kam, zeigte sie im Osten ihre ganze Brutalität.

Da die Bevölkerung zu Humanität und sozialer Ordnung erzogen war, trat das bekannte Schema, auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, nur bei einigen (vor allem männlichen) Jugendlichen auf. Es war die Generation der bereits in der Spätzeit der DDR schlecht Integrierten und mit den ökonomischen und sozialen Belastungen der Wende Verwahrlosten. Die Masse der jüngeren Menschen wählte andere Optionen, darunter die Auswanderung oder das robuste Selbsthelfertum. Alle diese Optionen sind jedoch mit einer gewissen sozialen Entwurzelung verbunden.

Jenseits der öffentlichen Integration?

Zivilgesellschaftliche Einbindung setzt ein gewisses Maß an sozialer und psychischer Integration und Entspanntheit voraus. Zivilgesellschaft baut (psychologisch gesehen) auf die weichen Faktoren an der Basis der Gesellschaft in den Familien und Bekanntenkreisen und gibt ihnen unter den veränderten Bedingungen des öffentlichen Raums einen erweiterten Wirkungskreis. Es kann jedoch Umstände geben, unter denen sich der private Raum unter abrupter ökonomischer Schockwirkung vom öffentlichen Raum abschließt. Diese

Bedingungen herrschen seit der Wende in den neuen Ländern. Da Traditionen eine hohe Beharrungskraft haben, kann davon ausgegangen werden, dass die starken privaten Beziehungen der DDR, die der allgemeinen Bespitzelung durchaus trotzen, eine Fortsetzung in den Verhältnissen der Nachwende gefunden haben. Wieder fungieren sie als Rückzugsraum, jetzt gegenüber der Anmutungen des Ökonomismus.

In den neuen Ländern sind auch jene Entwicklungen, die wir als Ökonomisierung der Zivilgesellschaft gekennzeichnet haben, besonders ausgeprägt. Nicht nur Hartz IV war eine Sache, die die neuen Länder mehr als die alten Länder betraf, sondern auch jene Grauzone zwischen Zivilgesellschaft und Markt/Staat. Wenn wundert es, im Zusammenspiel der sozialen Prekarität und einer rechtsstaatlich zweifelhaften Verwaltung, geradezu eine Aufforderung zu sehen, die Grenzen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft zu verwischen. Wieder ist der Osten an der Vorderfront der »Reform«. Wie die Wiedervereinigung dazu benutzt wurde, dasjenige, was man im Westen gegen die organisierten Interessen nicht durchsetzen konnte, auf einem schwach organisierten, quasi jungfräulichen Feld auszuprobieren, so ging es in der Folge immer so fort.

Totschlagargumente, Aufrichtung von Denktabus, wo ging das besser als in einem Land, von dem man öffentlich sagen konnte, dass hier die Stasi gewütet hatte und die Wirtschaft total marode war? Die ideologische Abwicklung der DDR war der Testlauf für die Argumente der Unausweichlichkeit, für die angebliche Alternativlosigkeit der »Reformen«. Für jeden, der auf die guten Seiten der DDR hinwies, Kinderbetreuung, Bildung, Wiederverwertung von Rohstoffen, geringe soziale Unterschiede usw., gab es passende Totschlagargumente. Wer wollte schon mit der Stasi identifiziert werden (die man sekundiert durch die Bürgerrechtler in die Nähe der Gestapo rückte) oder mit der Marodität der DDR-Wirtschaft. Ähnlichkeiten der DDR mit den skandinavischen Ländern wurden völlig ausgeblendet und die sehr früh aufscheinenden Wünsche der neuen Bundesbürger nach einem Dritten Weg, womit doch im Grunde nichts anderes gemeint war als das skandinavische Vorbild, wurden als DDR-Nostalgie abgetan.

Hierin erkennen wir zugleich eines der größten Tabus der neuen Bundesrepublik. Was in Dänemark geht, in einem rohstoffarmen Land mit relativ wenig Industrie, aber gesegnet mit reichen sozialen Ressourcen, soll nicht in Deutschland

gehen? In der Tat, sind die oberen Schichten in Skandinavien nicht begeistert davon, dass sie zugunsten der Altersversorgung derjenigen, die als Verkäuferin im Supermarkt, als Pfleger im Krankenhaus oder im Altenheim, als Polizisten oder Arbeiter und Handwerker oft gesellschaftlich wertvollere Arbeit als Investmentbanker oder Marketingleute leisten, deutlich weniger verdienen (aber nicht so skandalös weniger wie in Deutschland oder gar in den USA) auf ihr *gesamtes* Einkommen (anders als die gut verdienenden Deutschen) Sozialbeiträge zahlen müssen. Beitragsbemessungsgrenze, in diesem bürokratischen Begriff liegt vieles, was uns von Skandinavien oder der Schweiz trennt.⁷

Immerhin, schleichend wird diese Grenze auch in Deutschland immer weiter nach oben gezogen und die Besserverdienenden sollten sich über die Schmälerung des Nettos nicht beschweren, sondern sich dafür engagieren, dass das für die Sozialkassen gewonnene Geld den Bedürftigen am Ende auch wirklich zu Gute kommt. Um auf die Kirchen zurückzukommen. In einer Gesellschaft, die sich von Werten immer weiter verabschiedet, kommt ihnen als Wertegemeinschaft eigentlich eine wichtige Rolle zu. Nur sind die Werte der Kirche eigentlich nicht von dieser Welt und das ist ja der eigentliche Sinn von Religion. Aber die Kirche wirkt auch in dieser Welt und so gehen sie die Werte dieser Welt auch etwas an. Ich kann mich meinem Vorredner nur anschließen, dass die Kirche bei den Menschen sein, aktiv auf die Benachteiligten und Bedrängten zugehen soll, um sie zu trösten, ihnen aber auch zu helfen.

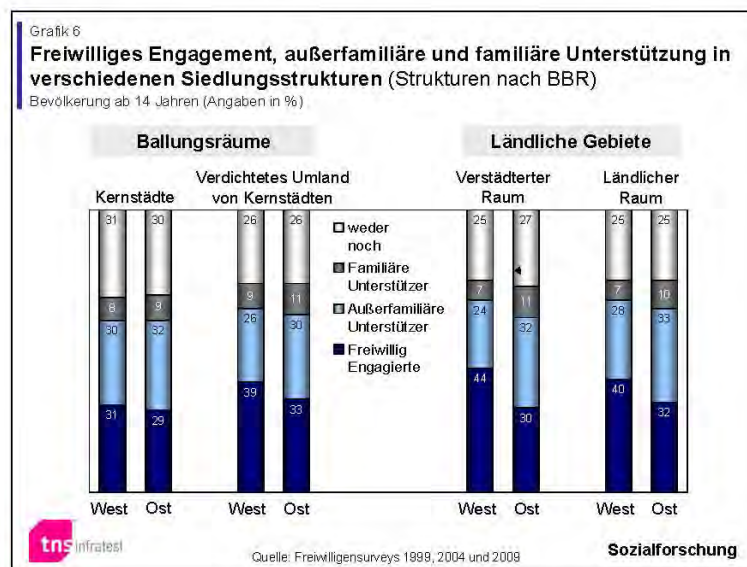
Für Christus war es selbstverständlich, sich gerade um die sozial Schwächsten, die sozial Prekären zu kümmern. Eine Amtskirche, der die Durchorganisation mit Hilfe von McKinsey wichtiger ist als das Schicksal der Bedrückten und Benachteiligten, kann nicht auf Respekt bei den Menschen rechnen. Angesichts einer mit dem sozialen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung zutiefst unzufriedenen Bevölkerung ist mir für das Ansehen einer mutigen Kirche, die die gegen die neu aufgerichteten Denkverbote aufbegehrt, nicht bange, aber umso mehr für eine, die sich mit den neuen Zwängen des Ökonomismus arrangiert.

Wenn sich die Wert-Angebote des öffentlichen Raums immer weiter ausdünnen, dann bleibt den Menschen immer noch das Private zur Kultivierung sozialer Werte. In den neuen Ländern muss das Private die sozialen Lücken weit mehr füllen als in den alten Ländern (Grafik 6). Die Menschen

vernetzen sich hier weniger als in den alten Ländern über gemeinnützige Organisationen und mehr über private Netzwerke. Man trifft sich und hilft sich über die Haushaltsgrenzen hinaus. Abgesehen von den Großstädten hat in allen Siedlungsmilieus der neuen Länder die private Vernetzung jenseits fester organisatorischer Strukturen ein ganz anderes Gewicht als in den alten Ländern. Alle diese sozialen Unterstützungen gerechnet (außer- oder innerfamiliär) ist der Osten nicht schlechter sozial vernetzt als der Westen.

Es wäre zu hoffen, dass die Lage in den Großstädten in *West und Ost* und in den anderen Milieus des Ostens nicht die Marschrichtung der Zukunft

anzeigt, dass die Menschen also immer mehr auf das Private verwiesen sind, wenn sie sozialen Zusammenhalt und soziale Unterstützung geben und empfangen wollen. Eine solche Gesellschaft überlebt sicher auch, aber sie ist eine sozial ärmere Gesellschaft. Insofern folgt aus dem einseitigen Streben nach mehr Reichtum oder der Sicherung des Reichtums (Ökonomismus) am Ende mehr soziale Armut. Das ist keine neue Erkenntnis. Schon immer haben Sozialphilosophen auf dieses Dilemma hingewiesen. Soweit keine Radikalen, empfehlen sie dem Staat, sich aktiv um die Sicherung der sozialen Integration zu kümmern. Der heutige Staat vernachlässigt jedoch diese Aufgabe.



Der Staat entledigt sich sozialer Aufgaben und delegiert diese an die Zivilgesellschaft, der er aber die dafür nötigen finanziellen Mittel entzieht. In der Folge läuft diese Gefahr, ihren eigentümlichen Charakter als Werteanstalt einzubüßen, und es scheint ihr am Ende nichts übrig zu bleiben, als sich der Logik der Ökonomie und der Macht zu unterwerfen. Gesellschaften, die in den 1970er Jahren einen hohen Grad an sozialer Organisation und sozialer Qualität erreicht hatten, entwickeln sich zurück auf ein niedrigeres Niveau sozialer Organisation. Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Arbeiterbewegung, später die Konkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus, diese großen Herausforderungen des 19. und 20. Jahrhunderts, hatten in Deutschland und der Bundesrepublik (zeitweise sogar in den USA nach Roosevelts fast schon revolutionär zu nennenden Reformen) zugleich zu einem hohen Grad an

wirtschaftlicher Leistung und sozialer Integration geführt.⁸

Der Realsozialismus hat der breiten Bevölkerung im Westen weit mehr genützt als der des Ostens. Aber schon seit Ende der 1970er Jahren dreht sich (ausgehend von den USA) in der westlichen Welt eine soziale Abwärtsspirale, der die Bundesrepublik vor allem seit den 1990er Jahren ausgesetzt ist. Ohne den Konkurrenzdruck seitens des realen Sozialismus ist die Oberschicht, der in der Bundesrepublik wie auch in anderen Ländern fast das gesamte Vermögen gehört, nicht bereit, zugunsten der breiten Bevölkerung auf Einkommen und Macht zu verzichten. Insofern ist es nicht nur ein Problem für die Bevölkerung der alten Länder, dass seit Jahren Teile ihres Einkommens für die Versorgung und die Infrastruktur der neuen Länder herangezogen werden, sondern auch, dass es angesichts der abhanden gekommenen sozia-

listischen Alternative weniger opportun geworden ist, sie sozial bei Laune zu halten.

Die moderne Gesellschaft unterliegt langen Wellen des Gewinns, aber auch des Verlustes an sozialer Organisation.⁹ Wir befinden uns noch im sozialen Abschwung. Die Bevölkerung hat ein untrügliches Gefühl dafür und weiß, was sie verliert und noch zu verlieren hat. Bisweilen sind die skandinavischen Länder die letzten Inseln einer verbleibenden hoch entwickelten sozialen Organisation. Hier scheint die soziale Vernunft zu überwintern, bis sie vielleicht irgendwann wieder gefragt ist. Wird sich Deutschland der ungeheuren Folgekosten seiner überhasteten sozialen Reformen bewusst werden? Wird der psychische und soziale Leidensdruck wegen der immer wieder verletzen Grundwerte in der Bevölkerung so groß werden, dass die Oberschicht wieder gezwungen werden kann, die nötigen Mittel zur Sicherung der sozialen Organisation abzugeben?

Es wäre gut, wenn durchgreifende soziale Verbesserungen freiwillig und aus vernünftiger Einsicht heraus erfolgen würden. Politischer Zwang hat seine Nebenwirkungen und die hat Deutschland im 20. Jahrhundert schmerzlich empfunden.

Anmerkungen:

¹ Der Freiwilligensurvey ist eine bundesweit repräsentative Telefonbefragung, die im Auftrag des BMFSFJ alle 5 Jahre durchgeführt wird, das nächste Mal 2014. Zuletzt wurden 20.000 Personen im Alter ab 14 Jahren befragt (vgl. Gensicke, Geiss 2010a). Die Befragungen wurden durch TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt und ausgewertet. Der Autor war Projektleiter der Untersuchungen von 2004 und 2009.

² Wobei durch monopolistische Tendenzen auch die Marktfreiheit zunehmend bedroht ist. Ein besonders negatives Beispiel waren Praktiken vom Microsoft, um mit unlauteren Methoden Konkurrenten auszuschalten. Auch die massive Ausspitzelung der Bevölkerung durch professionelle Datensammler und neuerdings durch die so genannten sozialen Netzwerke unterminieren die Selbstbestimmung der Konsumenten.

³ Der Hauptpunkt der Systemzweifel in Ost und West ist das Empfinden von Ungerechtigkeit in dem, was die Menschen besitzen und verdienen. Es war im Osten schon immer groß, bereits 1995 wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse zu 64% als ungerecht empfunden, im Westen waren es damals erst 38%, dann nahmen aber auch dort diese Gefühle erheblich zu. 2008 empfanden sogar 73% im Westen und 83% im Osten die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht. Ende der 1970er-Jahre war das in Westdeutschland noch ganz anders, 50% sahen eher Gerechtigkeit, 36% eher Ungerechtigkeit. Wenn zuletzt gesamtdeutsch nur noch 13% die wirtschaftlichen Verhältnisse als im Großen und Ganzen gerecht und 75% als nicht gerecht empfanden, hat der Standort Deutschland insgesamt ein soziales Problem. Vgl. Renate Köcher (Hg.), Die Berliner Republik 2009, Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 2003-2009, Allensbach am Bodensee 2009.

⁴ Ich habe das als Einfluss-Dilemma der Organisationen der Zivilgesellschaft bezeichnet. Je erfolgreicher sie sind, desto größer ihre Gefahr durch zunehmende Nähe in die Nähe der Handlungslogik von Macht und Markt zu geraten. Die Vereinnahmung des Christentums durch das römische (vor allem aber das griechische) Kaisertum war so ein historischer Fall. Vgl. Gensicke 2011a.

⁵ Der Verfall von Solidarität geht mit dem Verfall der Solidität einher. Was hat es noch mit deutscher Wertarbeit zu tun, wenn eine Firma wie Siemens erklärt, der Bahn auch zum Winter 2012/13 nicht genügend Züge liefern zu können, die den Sicherheitsvorschriften entsprechen und die Bahn öffentlich erklären muss, sie könne damit wiederum keine ausreichende Qualität des Verkehrs sichern. Es ist eine Folge des Monopolismus, die Bahn hat keine wirkliche Alternative, einen anderen Anbieter zu wählen, d.h. keine wirtschaftliche Freiheit.

⁶ Der größte Sündenfall war die Zustimmung einer (ehemals) pazifistischen Partei zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, freilich muss man der Partei zurechnen, dass sie seitens des Bundeskanzlers massiv erpresst wurde und der Opportunismus eines kleinen Teils ihrer Führung dem nicht standhielt. Auch in diesem Fall ist die Linkspartei Erbin von im Interesse der Macht aufgegebenen Werten.

⁷ Dazu kommt in Skandinavien und in der Schweiz die Begrenzung der Renten nach unten und nach oben, wodurch die Großverdiener nicht anteilig auf ihrer höhere Einzahlung auch unbegrenzt Rentenansprüche erwerben, und im Zusammenhang mit der Aufstockung der kleinen Renten der Effekt der Umverteilung von Oben nach Unten eigentlich zustande kommt.

⁸ Man muss wissen, dass noch die Beatles nach ihren großen Erfolgen in den 1960er-Jahren noch einem zahlen mehr als 90% Spitzensteuersatz unterlagen. Das ist mit Sicherheit zu viel des Guten und wird heute auch nicht ernsthaft gefordert. Die skandinavischen Länder haben die Grundfesten ihres Modells erhalten, aber auch liberalisierend reformiert.

⁹ Man verwechsle bitte echte Organisation nicht mit jener Scheinblüte der virtuellen Organisation der so genannten sozialen Netzwerke. Diese sind ein Tarnkappenprojekt der Werbeindustrie, die Begriffe wie Soziales oder Freunde missbraucht, um im Zusammenhang mit der Ausspitzelung der Jugendlichen und dem Handel und der systematischen Auswertung mit diesen persönlichen Daten neue Mittel der Manipulation zu schaffen. Bisher konnte sich die Bevölkerung bisher halbwegs erfolgreich durch Wegschalten mit der Fernbedienung der Werbung entziehen. Eine Jugend, die man mit Gratisangeboten und Technik abhängig gemacht hat, ist jetzt drauf und dran, ihre Selbstbestimmung bei Information und Konsumption zu verlieren.

Literatur

- Ammann, H. (2011, Hg.): Grenzenlos, Freiwilliges Engagement in der Schweiz, Österreich und Deutschland, Seismo Verlag Zürich
- Gensicke, T. (2011a), Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft, in: Priller et al. (2011)
- Gensicke, T. (2011b): Konzept und Ergebnisse des deutschen Freiwilligensurveys (1999, 2004, 2009), in: Ammann 2011
- Gensicke, T. (2011c): Öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement in Sachsen-Anhalt 1999–2004–2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Auswertung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek/Downloads/Dokumente/Studien-Gesetze/Freiwilligen-Surve_Sachsen-Anhalt2011.pdf

Gensicke, T., Geiss, S. (2012): *Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Sachsen 1999–2004–2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, TNS Infratest Sozialforschung, München*

Gensicke, T., Geiss, S. (2011a): *Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement (erscheint 2013 im VS Verlag Wiesbaden), im Internet:*

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>

Gensicke, T., Geiss, S. (2011b): *Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Brandenburg 1999–2004–2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, TNS Infratest Sozialforschung, München*

http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/FWS_Brandenburg_108393.pdf

Gensicke, T., Geiss, S. (2011c): *Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Berlin 1999–2004–2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag des Berliner Senats, TNS Infratest Sozialforschung, München*

ligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag des Berliner Senats, TNS Infratest Sozialforschung, München http://www.berlin.de/imperia/md/content/buergeraktiv/aktuelles/endafassung_der_pr__sentation_15.06.2011.pdf?stort&ts=1308211828&file=endafassung_der_pr__sentation_15.06.2011.pdf

Gensicke, T., Olk, T. (2009): *Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden*

Gensicke, T., Picot, S., Geiss, S. (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999?2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden*

Picot, S. (2010): *Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009. Analysen auf Basis des Freiwilligensurveys (Online-Vorabversion), Bertelsmann Stiftung*

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33702_33705_2.pdf

Priller, Eckhard; Mareike Alscher, Dietmar Dathe und Rudolf Speth, R. (2011, Hg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. LIT Verlag; Berlin*

Anhang: Thesen zu Kirche und Zivilgesellschaft

Kirche und Religion

- Die Kirche hat ein Imageproblem, sie wird als moralische und soziale Institution durchaus geschätzt, aber (in der breiten Bevölkerung) weniger als Religions- und Missionsanstalt.
- Die Kirche muss den Spagat schaffen zwischen denen, die kein persönliches Verhältnis zu ihr haben und denen, die ihre nahestehen (auch zwischen den ihr eher und sehr Nahestehenden).
- »Fundamentalismus« ist Chance und Gefahr zugleich, die Gefahren überwiegen allerdings.

Kirche und Zivilgesellschaft

- Die Kirche ist keine selbstorganisierte Infrastruktur der Zivilgesellschaft, sondern eine Großinstitution.
- Die Zivilgesellschaft reicht in die Kirche hinein, soll sie dort einen Platz haben, müssen auch ihre Kriterien eingelöst werden.
- Zivilgesellschaftliche Kriterien sind: Öffentlichkeit, Kooperativität, Toleranz, Mitbestimmung für Freiwillige.
- Die Kirche hat eine ganz besondere Aufgabe, eine Kultur der Mitbestimmung und Mitentscheidung für Freiwillige zu sichern – das ist auch wichtig für ihre Außenwirkung.

Potenzialgewinnung

- Die Kirche sollte sich auf ihre Zielgruppen konzentrieren – Menschen mit mittlerer und starker Kirchenbindung.
- Religion sollte in ihrer Verwandtschaft mit der Zivilgesellschaft betont werden.
- Eine Überhöhung der sozialmoralischen und der übergreifenden Seite des Lebens (und des Todes) gegenüber anderen Bereichen der Zivilgesellschaft ist sinnvoll – »Markenkern« der Kirche.
- Die Kirche sollte an die heute wieder starken Bedürfnisse nach moralischer Orientierung und »Heimat« anknüpfen.

Strukturfragen

- Die Kirche hat als vom Staat wohlwollend behandelte und bei den Volksparteien gut verankerte Institution große strukturelle Vorteile.
- Die Kirche bieten Teilnehmern und Freiwilligen ein flächendeckendes, kommunal gut verankertes Netz an Anlaufstellen und Möglichkeiten zur Versammlung (und Sammlung).
- Die Gefahr ist, dass diese Struktur weniger zivilgesellschaftlich werden, wenn die Finanzen knapp werden und die große »Durch-Organisation« kommt.
- Eine moderne Struktur vereinigt dagegen rationale und effektive Abläufe mit Inseln der Freiwilligkeit und des Eigensinns. **D**

»Wir schaffen Lebensmittelpunkte« – Hof-Bahnhofsviertel

Von Pfarrer Johannes Neugebauer

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012

Die Sozialethik erkennt Gerechtigkeitslücken, bedingt durch das leistungsorientierte Werteverständnis der Gesellschaft. Prekäre Lebenslagen für Leistungsschwache nehmen durch Rigorismus, Konkurrenzprinzip, Ressourcenmangel und der Zerrüttung von Selbstrespekt zu. Sozialarbeiterische Ansätze um »gelingendes Leben« zu fördern, stoßen auf personalen Handlungsebenen an Grenzen. Armut als Beschreibung materiellen Mangels greift zu kurz, oft fehlt mehr als Geld (Teilhabe, Beschäftigung, ein Gegenüber, Mitmenschen, Hilfe). Ein Lösungsansatz birgt die Zusammenführung von Sozialem und Ökonomie. Angelehnt an die integrative Wirtschaftsethik (Peter Ulrich 1998) gilt es, ökonomisches und ethisches Denken zu verbinden und unter der Perspektive der Lebensdienlichkeit auf Basis eines arbeitsteiligen Wirtschaftens zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse der Lebenserhaltung und Lebensqualität zu entwickeln. Markt, Staat und der Non-Profitsektor müssen dabei gemeinsam, ausbalanciert agieren. J. Rifkin skizziert ein dreibeiniges Bild der Gesellschaft, unterteilt in marktwirtschaftliche, staatliche und sozialgemeinnützige Bereiche. Die Systemsteuerung geschieht durch das Gemeinwohlinteresse, förderlich für das zugrundeliegende Kapital. Rifkin sieht neben dem sozialen Kapital noch das wirtschaftliche und das öffentliche Kapital, Pierre Bourdieu beschreibt neben dem sozialen das ökonomische und das kulturelle Kapital.

Wertschöpfung in diesem Kontext fördert Humankapital, Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe. Eine Chance für ein zukunftsfähiges Konzept, die einen Ausweg aus den ökonomischen Problemen der Marktrelationen (Verdrängung ethischer Dimensionen wie Gemeinwohl und Vertrauen), Geldrelationen (Geringschätzung immaterieller Ressourcen wie Nachbarschaft und Bürgergesellschaft) und Managementrelationen (Fremdverfügung anstelle von Emanzipation, Selbstbefähigung, Empowerment und Beteiligung) zeigt.

Lebensmittelpunkte verbinden die Ethik des Wirtschaftens mit der Ökonomie des Sozialen und sieht Teilhabegerechtigkeit und Menschenwürde nicht als virtuelle Güter sondern als Aufgabe und als Ausdruck einer christlich-diakonischen Weltverantwortung (»Suchet der Stadt Bestes« – Jer. 29) – Sozialkapitalisierung als Antwort auf Armut. (vergl.: Albert Mühlum. Sozialmagazin 34, Jahrgang 2009)

Der Grundgedanke des Projektes »Lebensmittelpunkte« ist, im doppelten Sinne einen (Lebens)Mittelpunkt in den vom demographischen Wandel bereits besonders stark betroffenen oder zukünftig bedrohten Dörfern und Ortsteilen des Landkreises Hof zu bringen. Zum einem soll dabei durch das individuell auf die Bedürfnisse der dortigen Bürgerinnen und Bürger zugeschnittene Angebot verschiedenster Dienstleistungen (Bildung, Soziales, Kultur, Freizeit, Mobilität) wieder ein echter sozialer (Lebens)Mittelpunkt geschaffen werden, der zum anderen auch eine Grundversorgung des täglichen Bedarfs ermöglicht.

Dem gemeindediakonischen Ansatz kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Gemeinwesendiakonie will Verantwortung in und für die Region übernehmen. Kirchliche und diakonische Arbeit werden dabei im Sozialraum vernetzt und gebündelt; gemeinsame sozialräumliche Partnerschaften initiiert und gestaltet und Kooperationen mit weiteren Partnern und Akteuren im Sozialraum gesucht (Sozialraummanagement). Dabei ist die Zusammenarbeit von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren unverzichtbar.

Auf dem Hintergrund dieser klaren Standortpositionierungen wird deutlich, dass es der Diakonie Hochfranken um mehr geht als das reine Anbieten und Schaffen von im Folgenden näher beschriebenen Dienstleistungen; vielmehr wollen wir – Kirche und Diakonie gemeinsam – darüber hinaus neue Zugänge eröffnen, Ressourcen entdecken und Menschen ermutigen. Ganz bewusst wurde für das Projekt eine theologische Grundlegung erarbeitet.

Die Diakonie Hochfranken begegnet mit dem Projekt »Lebensmittelpunkte« seit 2008 den strukturellen Herausforderungen der Region mit einem ganzheitlichen Ansatz. Das Vorhaben

verbindet die Anforderungen des demographischen Wandels und der Ausdünnung der allgemeinen Daseinsvorsorge mit allgemeiner Beschäftigungsförderung für Menschen mit Handicaps. Durch die Kombination sozialraumorientierte (Nachbarschafts-) Dienstleistungen und der Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs (Lebensmittel) entstehen Beschäftigungs-, Arbeits- und Ausbildungsvertiefungsorte für Benachteiligte.

Aus der Praxis – O-Ton:

Aus dem Mailaustausch mit Pfr. Persitzky vom 12.09.2012 (Mailinhalt: Hinweis aus »Ermutigung« von Prof. Dr. Wegener, http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/120202_Wegner_Kirche-findet-Stadt.pdf)

»Lieber Herr Schöberlein, danke für den Hinweis, die Thesen sind durchaus ermutigend, auch wenn es im konkreten Vollzug auch immer wieder knirscht oder Konflikte gibt. Ich denke auch an das Impulsprojekt Lorenzpark, wo wir jetzt aber nahezu das Ziel der Umsetzung erreicht haben oder z.B. auch an ein früheres Projekt der Zusammenarbeit mit der Sophienschule/ dem Jugendhilfehaus. Der Kindergarten kämpft auch immer um seinen Ruf- und mit den staatlichen Vorgaben der Finanzierung und Verwaltung, die sehr oft demotivierend wirken oder nahezu zum Verzweifeln bringen. Soweit noch ein paar praktische Splitter... Trotzdem aber gibt es hier wirklich viele Einflussmöglichkeiten. Und seit der Zusammenarbeit mit Ihnen beschäftigt sich auch die These, dass sich auch Zuschüsse und Mittel immer wieder finden. Hier brauchen Kirchengemeinden eben auch Partner und Berater, die im Bereich von Konzeption und Projektmittel versiert sind. Das Zusammenwirken zwischen Sozialem Management und Seelsorgern (in verschiedenen Personen) sollte hier in der Kirche auch strukturell weiterentwickelt werden, damit das Gefühl der Überforderung wieder verschwindet. Danke für die Zusammenarbeit! Herzliche Grüße, Thomas Persitzky, Pfr.«

Erfahrungen, wie das Projekt öffentliche(kirchen)politische Aufmerksamkeit erzeugte:


Der Standort Stambach (mit Lebensmittelmarkt) erfährt oberfrankenweit eine sehr starke Wahrnehmung mit seinen regionalentwicklungstechnischen und städtebaulichen Aspekte. Dort werden über die Kommune auch zusätzliche (erhöhte) Städtebaumittel erschlossen, weil sozialräumliches Agieren (Angebote zu Lebensmittel) vorzeigbar sind bzw. werden etwas beim Aufbau von Gemeinbedarfseinrichtungen.

Förderlich sind regelmäßige Lenkungsgruppensitzungen (Gruppe der Akteure vor Ort) in Stambach. Der Konzeptansatz »Lebensmittelpunkte« wird innerhalb der diakonischen Strukturen aufmerksam verfolgt z.B. bei der Frühjahrs-Geschäftsführertagung der Diakonische Werke in Bayern 2012. Landeskirchliche Mittel fließen über Förderprogramm f.i.t. in das Konzept. In diesem Rahmen wird sowohl administrativ der Projektansatz bei den Fördergebern diskutiert (Landeskirche + DW Bayern) aber auch auf Durchführungsebene der Projektverantwortlichen (Treffen der Projektdurchführenden 27.07.2012 in Nürnberg).

Enge Abstimmung der Projektbegleitung mit Pfarrer Martin Dorner, Projektstelle Diakonie im sozialen Nahraum, sorgen für gute Kommunikation. Innerbetrieblich (Unternehmen Diakonie) werden sozialraumbezogenen Aktivitäten in finanziellen knappen Zeiten auch kritisch wahrgenommen unter dem Blickwinkel »Lohn der Arbeit?«. Verstärkt ergeben sich Schnittstellen zu Formen der Altenhilfe (ambulant/stationär), die im sozialraumbezogenen Agieren Zuführungs- und Entlastungswirkungen sehen. Hier ist ein Abgleich von Erwartung und Leistungsfähigkeit jedoch sehr wichtig.

Die Historische Bausubstanz (touristische Nutzung) und die Aufenthaltsqualität der kirchlichen Liegenschaften (Park- und Außengelände der Kirchen) bieten oft Anlass für Diskussionen zum Wohnumfeld und der Gestaltung des öffentlichen Raums

Aus der Praxis – O-Ton: Aus der Ergebnisszusammenfassung der Auswertung des Gruppengesprächs von Pfr. Dorner mit vier Kirchengemeinderinnen Ev.-Luth. Kirche Stambach, 16.05.2012

»Also ich finde schon, dass das ein gewisses soziales Statement ist, einkaufen können, ist ja was Grundsätzliches. Wo des fehlt, bin ich irgendwo isoliert. Da fehlt mir dann a der Kontakt zu Menschen, die ich kenn. ... und von daher is es grad in am Ort, wo´s viel ältere Leute gibt, is so a Einkaufsmöglichkeit einfach a, ja, a sozialer Anlaufpunkt: 'Ich find Leute, die kenn ich!' 'Es sin viele vertraute Gesichter da!' 'Ich seh mal die Nachbarin vielleicht, die wo ich sonst des halbe Jahr net seh, vor allem übern Winter!' 'Beim Einkaufen trifft man sich!' 'Also es is schon a wichtige Sache und des is ja auch eigentlich Arbeit einer Kirchengemeinde, dass grad die älteren Menschen net zu isoliert bleiben, sondern das se immer wieder in´s Geschehen mit eingebunden werden.« 

Auferstehungskirche als Nachbarschaftszentrum in der Plattenbausiedlung Stralsund-Grünhufe

Von Thomas Nitz

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

Die Diakonie ist die helfende Hand der evangelischen Kirche.

Menschen suchen Orientierung und Halt. Sie brauchen Sichtzeichen; auch Sichtzeichen des Geistes und des Herzens. Sie suchen, oft un bemerkt, umso mehr, je weiter sie entfremdet wurden; von Gott, ihren Wurzeln, von ihrer Kultur. Mit Zusammenbruch totalitärer Weltbilder, der Verlust von Führung, auch Fürsorge sind viele Menschen Orientierungslosigkeit, oft auch Selbstzweifeln ausgeliefert; anfällig gegen Verführung und Anfechtung. Diesen Menschen, dieser suchenden Mehrheit gilt es, die Tore unserer Kirche zu öffnen. Wenn Diakonie und Kirche unter ein Dach rücken, entstehen Nachbarschaftshäuser. Menschen erwarten eine Oase, einen Ort an dem man Hilfe findet und eine Ort des Verstanden werden's, einen Kraftquell, auch eine Kraft im öffentlichen Leben, die sich einmischt, die also universell hilft. Neue Perspektiven finden zu helfen, ist so wichtig geworden in einer nach Antworten suchenden Zeit. Teilhabe und Einbeziehung sind sinnstiftend und flankieren ein schon auf Grund der Demografie deutlich im Wandel befindliches Sozial- und Gesundheitssystem.

Unsere Kirche ist ein Haus nicht nur in der Nachbarschaft, sondern ein Haus der Nachbarschaft; gekennzeichnet von Nächstenliebe und bedingungsloser Annahme eines jeden. Das leben wir und das macht unser Haus aus. Es kommt bei Kirche und Diakonie auf die innere Haltung an, aus der heraus gehandelt wird. Wächst ein diakonisches Projekt aus der Gemeinde, mit Menschen, die von der Gemeinde kommen, ist diese Haltung der Ausgangspunkt für die Arbeit.

Hansestadt, Kirche und Diakonie sind eine Entwicklungspartner-schaft eingegangen, um eine diakonische Kirche zum Community Zentrum zu entwickeln; aufbauend auf die Erfahrungen von Mehrgenerationenprogrammen, auch in technischer Hinsicht. Dabei ist Gemeinwesenarbeit weiterzuentwickeln für die Kirche und Diakonie Grundlagen geschaffen haben; eben aus der Zivilgesellschaft heraus für einen langfristig stabilen Stadtteil nachbarschaftlichen Charakters. Das ist auch notwendig um den demographischen Wandel und weitere Brüche bewältigen zu können. Segregationstendenzen und Einwanderung sind Tatsachen einerseits und die für die Bewältigung erforderlichen Qualitäten und Strukturen andererseits sind auf diese Weise so vorhanden; Erfahrungswissen das wächst und so als Grundlage weiteren staatlichen Handelns zur Verfügung steht. Das NBZ ist Regionalknoten/ Referenzstandort des Programms »Kirche findet Stadt«, entspricht der Leipzig Charta, also europäischer Stadtentwicklung (Partizipation, Zivilgesellschaft, Zukunftsfähigkeit).

Das Quartier

Grünhufe, als Programmgebiet »Soziale Stadt« umfassend renoviert, ist durch verstetigte Arbeitslosigkeit (massiv SGB II) gekennzeichnet. Niedrige Mieten begünstigten Entmischung in Richtung kumulierend prekäre Lebensverhältnisse, niedrigeren Bildungsstand bei Radikalisierungszeichen. Positive Trends am Arbeitsmarkt erreichen Problemgruppen nicht. Durch Segregation kommt es zu Spannungen und sozialen Ausdünnungsprozessen. Anwohner, Wirtschaft und Wohnungswirtschaft leiden an Imageproblemen. Im Gegensatz zu gewachsenen Strukturen haben sich Einrichtungen in Grünhufe zeitlich, räumlich, inhaltlich und äußerlich weitgehend losgelöst voneinander entwickelt. Grünhufe ist ein sehr junger Stadtteil. Jugendarbeitslosigkeit ist hier im Stadtvergleich mehr als doppelt so hoch. Gerade Jugendliche und Kinderreiche ohne reale Chance, sind demotiviert, stellen eine hochproblematische in die Zukunft wirkende Gruppe dar.

Es entwickeln sich Problemgruppen, die sich zurückziehen und mit herkömmlichen Mitteln nicht erreichbar sind. Gesundheitliche Nachteile,

ungesunde Lebensweise, Bewegungsarmut, Demotivation, psychische Probleme, Süchte, Überforderung mit Lebensvollzügen und Vereinsamung, erfordern ein hohes Maß an staatlicher Hilfeleistung. Abgesehen von der menschlichen Tragik ufern Kosten aus. Dieses ungünstige Klima lässt sich städtebaulich allein nicht verbessern. Daher soll durch Teilhabe in Strukturen der Beschäftigung und Qualifikation, niedrigschwellig, (dort wo man sich trifft) ansetzend, die sozialen Lebenslagen der Bewohner verbessert werden. Begegnungsflächen sind wichtig, um Isolation aufzubrechen und den Einzelnen so zu vernetzen, dass praktisch Familienfunktion tragende Strukturen entstehen, die auf gegenseitiger Annahme und Hilfeleistung beruhen, Selbsthilfepotential entwickeln und sinnstiftend sind. (Aus-)Bildung und Entw. der Beschäftigungsfähigkeit sind weitere wichtige Anliegen von Teilhabestrukturen.. Optimistische Anwohner, Eltern und Jugendliche, die ihre Gaben erkennen, mit Chancen und Zielen wirken nachhaltig positiv in den Stadtteil. Im Stadtgebiet leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit kumulierender Problematik, generationsübergreifend. Isolation und Rückzug sind ebenfalls kennzeichnend.

Das Nachbarschaftszentrum (NBZ) des Kreisdiakonischen Werkes (KDW) in der evangelischen Auferstehungskirche Stralsund – Grünhufe, ist ein Gemeinschaftswerk von Kirche und Diakonie, mit den Anwohnern des Wohngebietes und für sie. Es basiert auf dem christlichen Menschenbild von der Würde eines jeden Menschen und Gottes unterschiedslos, liebender Zuwendung zu ihm und geht strukturell auf das Grundkonzept eines Dreisäulenmodells zurück, welches auf den Säulen Jugend, Familie und Nachbarschaft basiert.

Kurzgeschichte

1991 Kirchliche Arbeit, Initiativen/Institutionen, Neuorientierung oder Schließung dann 2005 Jugendkirche Stralsund – offene Jugendarbeit (Treffpunkt, Breakdance, Bandarbeit, Sport, musische Angebote, Hausaufgabenhilfe...); 2008 Finanzierungs- und Werterhaltprobleme Lösung Kooperation Diakonie, Neustart als NBZ auf breiter Basis, Bereits 2009 Arbeit als NBZ. Umsonstladen (alles Ehrenamt) als Kommunikation-

sort, kulturellen Treff und Versorgungshilfe. »Sport bewegt alle« (Spendenaktion 23.000,- € als »Vorläufer Bildungspaket!«) Horizonte (Unternehmensspenden): Ausflüge mit den jungen Menschen, Aufwärtsgesprächstreff, Bibelkreis, Kinderzirkus, Seniorensport, Bikertreff, Migrantenchor, Stadtteilerlern, Sicherheitsexpertenrunde (viele konkrete Ergebnisse), Betreuung und Mitwirkung im Viertel, Hausfeste als Stadtteil-events, Kongresse u. Tagungen...

Trotz Laufzeit der Aufbauphase von Dezember 2008 bis November 2011 war das Aufbauwerk in wesentlichen Teilen und in Teilen darüber bereits hinaus Mitte 2010 vollendet, so dass die Arbeit in das Quartier hinein längst Alltagswerk ist. Die verschiedenen Aktivitäten und Projekte des NBZ, der Jugendkirche und Gemeinde haben seit längerem in Umfang und Vielfalt die Kapazitätsgrenze für die Mitarbeitenden und des Gemeindezentrums erreicht. Alle Räume sind multifunktional und mehrfach genutzt. Kirche und Diakonie sind als gestaltende Kraft und Dockingstation für gerade ehrenamtliche Initiativen deutlich erkennbar, von Anwohnern, Behörden und Wirtschaft angenommen, akzeptiert und wirksam.

Akteur im Quartier

Das Wohngebiet Stralsund-Grünhufe ist nicht zuletzt durch öffentliche Wahrnehmung und Ausstrahlung des NBZ verändert und aufgewertet. Menschen erfahren Teilhabe, Wertschätzung und bekommen mehr Selbstvertrauen.

Das NBZ ist seit langem ein selbstverständlicher, stark frequentierter Ort und hilft dem Wohngebiet Profil, Gesicht auch Geschichte zu geben; und wird so Identifikationsmöglichkeit für viele. Das KDW Stralsund betreibt seit 2008 mit der Kirchengemeinde die Kirche erhaltend. Das Haus ist traditionell Standort der Gemeinde mit der Jugendkirche, die seit 2005 offene auf Ehrenamt basierende Jugendarbeit anbietet, die bis an die Belastungsgrenze von Haus und Personal auch angenommen wird und Mitarbeit aktiviert. Inzwischen ist auch ein Jugendtreff der Stadt hier tätig. Von hier wird die Jugendsportinitiative, organisiert und sichergestellt; ebenso Kindersport, Seniorensport Breakdance, Mutter Kind Turnen, Tanz und Kinderzirkus im Haus und hiesigen Sporthallen. Kinder drängen immer stärker in das Haus. Das NBZ ist Heimstatt von Mädchenprojekten, Heimstatt des Kinderschutzbundes, des Umsonstladens, eines Migrantenchores, einer Selbsthilfwerkstatt, eines Biker-

stützpunktes, der Hilfen zur Erziehung des KDW, des Gesprächstreffs »Aufwärts«, einer Seniorenrunde »Klößnack« und der Stadtteilaltern. Es ist Austragungsort für Veranstaltungen, Feiern, Schulungen, Messen...

Das NBZ ist Einsatz- und Beschäftigungsort, für Ehrenamtliche, Praktikanten und weitere Arbeitskräfte, die neben dem zweiten Milieu oftmals ein Stück Heimat finden. Mit Arbeitsmarktakteuren sowie eigenen Strukturen wird bei der beruflichen Orientierung geholfen. Das Haus ist Bestandteil einer attraktiven Meile und Sympathieträger auch im Sinne von Stadtteilmarketing. Hansestadt und Bürger haben das bundesweit anerkannte Gemeinschaftswerk von Kirche und ihrer Diakonie als Quartiersakteur angenommen. Das Haus ist hochfrequentiert, im Schnitt in 7 Tage-Woche, dynamische Prozesse sind wesens-eigen, Anforderungen an Logistik und Organisation sind proportional.

Vielzahl und die Breite und das Spektrum der Angebote erfordern eine ordnende Hand, vor allem ehrenamtliche Initiativen brauchen sachkundige Anleitung und Kontakt nach innen und außen. So bedarf es eines kontinuierlichen Ansprechpartners.

Akteure sind die Anwohner. Der Träger des Projektes ist das Kreisdiakonische Werk Stralsund e.V. und gefördert wurde es von der Stadtentwicklungsgesellschaft Stralsund mbH über das Programm »Soziale Stadt«.

Das Haus ist insofern nicht nur erhaltend zu nutzen sondern in eben dieser Vielfalt.

Raum geben - Das Evangelium erleben

Kirche und Diakonie haben mit dem NBZ Auferstehungskirche eine Kirche besonderer Lebendigkeit und Lebensnähe errichtet, mit den Anwohnern in einem eher kirchenfernen Milieu. Mit dieser Kirche erhaltend zu arbeiten, diese Arbeit immer weiter zu entwickeln, für Projektfolge und Modernität zu sorgen, die Angebote und Anbieter zu betreuen und zu koordinieren, das Ganze den Menschen und breiter Öffentlichkeit auch deutlich darzustellen, die Kirche mitten ins Leben zu stellen, als Zentrum gelungener Nachbarschaft, aber auch als Sichtzeichen und Orientierungshilfe, ist Inhalt und Kern des Konzeptes. Wir wollen Raum geben für Teilhabe und Mut machen. Zugänge zum Leben neu zu erfahren, bleibt das Ziel der Arbeit in unserer deutlich wahrnehmbaren Kirche - Zuflucht, Hoffnung und

Heimat - Raum geben. nicht nur um zu hören vom Evangelium, sondern es auch erleben zu können.

Eine Referenz

Stralsund hat für mich nicht nur mit St. Nikolai, St. Jakobi und St. Marien drei besondere Kirchen, der wir unseren Status als Welterbe mit zu verdanken haben. In den letzten Jahren ist eine, bis dahin für mich eher unscheinbare Kirche hinzu gekommen. Das ist die Auferstehungskirche mit ihrem interessanten Sichtbetonaltar. Aber nicht wegen des Altars, sondern weil diese Kirche zu einem Stadtteilzentrum geworden ist, in dem das Leben immer wieder so brodelt, wie ich es in einer Kirche noch nie erlebt habe. Es ist ein »Nachbarschaftszentrum« geworden, wie es sich die Initiatoren am Anfang wohl kaum erträumt hatten, fast müsste man schon an eine Erweiterung denken. Ich freue mich darüber, dass es der Hansestadt hier gelungen ist, diese Initiative auch im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« zu unterstützen und hoffe, dass gerade »Maßnahmen« wie diese in Zukunft nicht gestrichen werden. Nicht nur dieses Nachbarschaftszentrum muss weiterleben, es müssen in anderen Gebieten - nicht nur in Stralsund - noch viele ins Leben gerufen werden können - dafür hat sich dieses Programm bewährt.

(Peter Boie - GF Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH)

Lage/ Stadtteilbezug

Wohngebiete wie Grünhufe, ab den 70iger Jahren auf dem Reißbrett entstanden, verfügen über keine historisch gewachsene Struktur (Kirche, Konsum, Kneipe, Friedhof, Parkbank). Sie sind, obwohl oft inzwischen liebevoll renoviert, austauschbar, insofern spielt auch die Frage nach Identifikation und Verbundenheit mit dem Kiez eine nicht unwesentliche Rolle. Insgesamt wird es darum gehen, weiterer »Entmischung« mit der Folge sozialer Verwerfungen entgegen zu wirken. Der Komplex Auferstehungskirche (letzter Kirchenneubau in der DDR) liegt im Zentrum des Stadtgebietes Grünhufe und Vogelsang. Ein Klinkerbau, anziehend mit hochinteressanter Architektur und attraktivem Umfeld, vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten bildet einen wirkungsvollen Kontrast zum Plattenbauviertel, mit dem er durch einen einzigartigen Betonaltar von Friedrich Press geradezu verbunden ist. Der Vergleich mit einer Oase mag etwas übertrieben sein, trifft es aber im Kern. In Kooperation mit dem benachbarten Hotelkomplex, dem Linden

(Einkaufs-) Center werden Veranstaltungen und Auftritt (Lichtwerbung, Gestaltungen) abgestimmt um im Centrum eine attraktive Meile zu schaffen, in deren Mitte das Nachbarschaftszentrum liegt.

Personal / Basisfunktionen

In der Projektaufbauphase (12/08-11/11) wurden 1,33 und 3 geringfügige Arbeitskräfte als Modellvorhaben finanziert. Danach reduzierte sich das Personal auf eine Stelle. Projektmittel und Ehrenamt sind inzwischen feste Säulen. Nach Auslaufen der Förderung bleiben die Stelle zur Koordination, Begleitung und Entwicklung, Einwerbung von Mitteln und Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Finanzierung der Betriebskosten offen. Weitere Projekte könnten z.B. entwickelt werden für die direkte Hilfe von Kinderreichen, meist alleinstehende Frauen und junge Menschen, die sich eigentlich schon aufgegeben haben. Auch ist eine neue Säule »Beschäftigung und Qualifizierung hinzugekommen. Neben Ehrenamtlichen, gibt es sporadisch Beschäftigte in Fördermaßnahmen und Ableister von Sozialstunden. Immer wieder finden Praktikanten sowie Menschen in Rehamaßnahmen Einsatzmöglichkeiten. Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing betrachten uns bereits als Außenstelle. Auf der Grundlage der Aufbauarbeit und der Arbeit mit dem Hause (Anlage Prävention und Sicherheit in Grünhufe) ist die Fortführung in vergleichbarer Weise als öffentliche Einrichtung und die Hausfunktionalität nur durch Absicherung nachfolgender Tätigkeiten möglich:

■ Allgemein:

Der Einsatzstellenleiter koordiniert die vielfältigen Aktivitäten und Aktiven im Hause, vertritt und repräsentiert die Einrichtung nach außen, entwickelt sie weiter, schreibt Projekte fort und etabliert neue (Durch Projektmittel wird das Haus in bedeutendem Maße getragen.). Er ist also für inhaltliche Ausgestaltung eines breiten, bunten und aufeinander abgestimmten Angebotes verantwortlich, die Öffentlichkeitsarbeit, für technische Sicherstellung, technische Sicherheit und technische Voraussetzungen sowie für die wirtschaftliche Absicherung und Verwaltung.

■ Koordination:

Räumlich, zeitlich und inhaltliche Abstimmung der Angebote, Kooperation mit anderen Einrichtungen wie Stadtteilkoord./Sanierungsträger SES, örtlicher Wirtschaft, Lindencenters, Betriebe, Dienstleister für Bildungseinrichtungen, Schulen,

Kindereinrichtungen, Trägerleistungen, Gesundheitswirtschaft, Politik, Behörden, Kammern, Veranstaltungsmanagement

■ Personalführung / Beratung

Werbung, Einsatz und Anleitung festangestellten, ehrenamtlichen und mit Projektlaufzeiten angestelltem Personal, Unterweisungen, Verwaltung, Beratung anderer personalführenden Stellen im Hause

■ Hauswirtschaft/Haustechnik/Logistik:

Bereitstellung erforderlicher Infrastrukturen, Erschließen von Infrastruktur im Hause und in Verbänden – anlassbezogen
Absicherung Ordnung, Sauberkeit, Hygiene, Service, Außenanlagen/Grünflächengestaltung/Pflege, Winterdienst, Funktionserhalt aller gebäudeseitigen Voraussetzungen wie Heizung, Sanitär, Systeme, Kommunikationswege und Technik

■ Sicherheit, Qualitätssicherung / Rechtskonformität:

Gewährleistung Besucherordnung, Arbeits- und Brandschutz, Einhaltung Prüf- und Revisionsintervalle, Notfallpläne, Organisation der Sicherheitsrunde des Quartiers (u.a. Verkehrsführungs-, Stadtmöbellierungs-, Ausstattungsfragen). Gewährleistung von Arbeits- und Brandschutz, Datenschutz, Gewährleistung der Einhaltung von Vorgaben (Veranstaltungen, Jugendschutz), Revisionen
Aufbau und Gewährleistung der Strukturelemente (Aufbau und Ablauforganisation der internen Prozesse (Beratungen, Konvente, Informationen, Dokumentation, Fehlermanagement) Klare Regeln der Außenvertretung der Einzelaktivitäten und des Gesamtkomplexes, Rechtskonformität, Datenschutz, Veranstaltungen

■ Verwaltung:

Führung der Hausakten, Hauskasse, Technische und Projektunterlagen, Zuarbeit zur Zentralverwaltung, Mittelcontrolling

■ Öffentlichkeitsarbeit, Marketing:

Ansprechpartner und Vermittlereigenschaft des Stelleninhabers im Hause und für Besucher, Nutzer und Institutionen, Imagepflege, Medienpräsenz, Arbeit mit Sponsoren und Förderern, Information, Transparenz, Etablierung einer stadtteilentwickelnden Einrichtung

Vernetzung - die Partner im NBZ

Im Hause wirken mit:

Jugendkirche Stralsund und Gemeindepfarrer: Reinhart Haack, pastor@Luthergemeinde-Stralsund.de, 049 3831 494455

Jugendtreff V.I.P. Kids: Hans Christian Offterdinger
Tel.: 049 3831 458260

Aufwärtsgesprächstreff: Brit Röhnke, britroehne@online.de, Tel.: 049 3831 6729300

Breakdance: Victor Kern, Kindersport, Beate Mittelstädt, Seniorensport: SV Medizin

Stadtteilerlern: Thorsten Röhnke, stadtteilerlern@kdw-hst.de, Tel.: 049 3831 6729300

Spätaussiedlerinitiative: Tamara Kern, stadtteilerlern@kdw-hst.de, Tel.: 049 3831 6729300

Umsonstladen: Thorsten Röhnke, Tel.: 049 3831 6706418

Soziale Dienste/Hilfen zur Erziehung: Anke Kopelmann, soziale_dienste@kdw-hst.de, Tel.: 049 3831 20 70 104, Deutscher Kinderschutzbund: Barbara Kristian, Tel.: 049 3831 6729300

Externe Partner: Hansestadt Stralsund: Senator Holger Albrecht; halbrecht@stralsund.de, Tel.: 049 3831 252710

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH, Stadtteilkoordination Verena Schmidt
qm.gruenhufe@gmx.de, Tel.: 049 3831 443593 weiterhin, Sportbund, Volkshochschule, Haus der Wirtschaft, Sparkasse, DGB, Unternehmen, Medien, Arbeitsmarktakteure, Landkreis (nach Gebietsreform), Polizei, kirchliche Einrichtungen, ...

Neue Partner

Das Konzept der verbundenen Einrichtungen basiert auf Verbindung und Offenheit. Derzeit werden Zusatzkurse »Schwimmen« damit alle Kinder gerade im Küstenbereich sicher schwimmen können, organisiert. Dabei wird ab sofort mit weiteren Sportverbänden, der Wasserwacht und der DLRG zusammengearbeitet.

Erweiterung vor allem des Kinderbreitensportes

- auf die Turnhalle der IGS Grünthal ODER Neues Bewegungs- (Tanz)angebot im Nachbarschaftszentrum (NBZ)
- Seniorensportgruppenstart mit Präventivsport Betreuung der Skater/BMX Anlage stundenweise durch Übungsleiter des SV Medizin
- Gewinnung aktiver Jugendlicher, Einflussnahme auf Sicherheit und sicherheitsrelevantes Verhalten, flankiert durch Bereitstellung von Körperschutz, der attraktiv sein muss. Wir möchten dass Körperschutz cool ist und selbstverständlicher wird.
- Aufbau einer zunächst losen Struktur unter Nutzung der Beziehungsarbeit des NBZ (Jugendtreff/Jugendkirche, Stadtteilerlern) mit dem Ziel der Vereinsbildung.
- Spendenaktion, Beteiligung der Teilnehmer nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Aufbau von Partnerschaften u.a. in Zusammenhang mit Firmenwerbung
- Integration in Vereinsstrukturen zur Nutzung der Möglichkeiten des Sportbundes
- Förderung der Inanspruchnahme des Bildungspaketes (hat sich als Problem erwiesen) durch Schaffen von Tatsachen; Förderung der Bereitschaft zur Antragstellung.

Kooperationspartner des Kreisdiakonischen Werkes (KDW) Einsatzstelle NBZ:

- Hansestadt Stralsund vertreten durch Senator Holger Albrecht
- Der Sportbund durch seinen Präsidenten Dr. Georg Weckbach
- Der SV Medizin dto.
- Die DLRG
- Die Wasserwacht

- Medien, die uns begleiten und bei der Spendenwerbung unterstützen.

Anschrift Nachbarschaftszentrum-Auferstehungskirche, Lindenallee 35, 18437 Stralsund, zuständig: Thomas Nitz, Tel.: 049 3831 458260, 0177 / 866 50 63, thomas.nitz@kdw-hst.de



Andacht

Von Thomas Wintermann

Guten Morgen und herzlich willkommen. Für die Andacht habe ich ein Bibelvers mitgebracht und einen kleinen Reisebericht.

Der Bibelvers ist der Monatsspruch aus dem 2. Korintherbrief 6, 16:
Wir sind der Tempel des lebendigen Gottes, schreibt der Apostel Paulus an die Gemeinde in Korinth.

Wenn ich an Korinth denke, dann ist mir sofort eine Urlaubsreise vor Augen, die mich vor einigen Jahren nach Korinth geführt hatte. Es gibt wenig Orte, die sich so nachhaltig bei mir eingepägt haben wie diese Stadt. Dort vor Ort wurde mir einiges deutlich, geradezu lebendig.

Ich meine natürlich das antike Korinth, das teilweise ausgegraben wurde und das man besuchen kann. Man geht durch die Gassen auf den Marktplatz und sofort fühlt man sich zeitversetzt und hineingenommen in das Leben dieser antiken Stadt. Es fehlt nur noch, dass Paulus um die Ecke kommt, man ihn ansprechen und fragen kann: Wie hast du das gemeint mit dem - wir sind der Tempel des lebendigen Gottes?

Ja und dann führt mich Paulus durch die Stadt. Er zeigt mir die beeindruckenden Tempel, die die Römer gebaut haben. Nicht nur einen, sondern es gibt einige in der Stadt. Und dann steigt er mit mir auf den Tafelberg und die Stadt liegt uns zu Füßen mit seinen prächtigen Häusern. Welches Bild hätte ich denn sonst verwenden sollen, angesichts dieser wunderschönen und beeindruckenden Tempel-Stadt. Hier hat jeder Glaube, jede Religion seinen Tempel und da wohnen all die Gottheiten und dort werden sie verehrt und angebetet. Wir sind hier in einer multireligiösen Stadt, hier werden Menschen aus dem ganzen Reich geradezu hineingespült. Das ist auch kein Wunder sagt Paulus, schau dich um. Schau dir die Lage der Stadt an. Links der Hafen am Golf von Korinth und rechts der Hafen der Ägäis, nur getrennt durch eine kleine Landenge. Hier kommen alle Schiffe des Mittelmeerraumes vorbei. Die Lage macht die Stadt reich und groß und multikulturell. Diese Stadt zieht alle magisch an. Hier kann man Geld verdienen. Hier gibt es Unterhaltung ohne Ende. Hier ist alles möglich.

Und dazwischen, mittendrin, meine kleine christliche Gemeinde. Aber ohne Tempel, ohne

besondere Bedeutung, ohne ausgeformten Kult, ohne Macht und auch ohne Ansehen, einfach nur mittendrin. Es ist eine junge Gemeinde, sie hat noch keine Tradition. Sie ist noch so schön spontan und voller Leben. Alles scheint ihnen als Gemeinde möglich zu sein, weil sie gemeinsam eine unglaubliche Kraft spüren und Dynamik haben. Das befreiende Evangelium des auferstandenen Christus ist hier von allen sozialen Schichten aufgenommen worden, wie an keinem anderen Ort der Welt. Ja sicher, manchmal schießen sie über das Ziel hinaus und dann müssen sie auch mal ermahnt werden. Das ist auch kein Wunder so verschieden sie sind. Alle bringen eine andere Kultur mit. Da bleiben Missverständnisse und Konflikte nicht aus. Aber eigentlich bin von dieser Gemeinde beeindruckt - beeindruckt wie von einem Tempel. Naja, und ein bisschen stolz bin ich natürlich auch, dass ich es war, der ihnen die gute Nachricht bringen konnte. Welches Bild hätte ich denn sonst verwenden sollen angesichts dieser beeindruckenden Bauwerke. Mit diesem Bild wollte ich sie ermutigen. Ihr braucht keinen eigenen Tempel, um zu unserem Gott zu beten, denn Gott wohnt in euch. Das reicht vollkommen aus. Mit eurem Leben sollt ihr den lebendigen Gott bezeugen und das wird überzeugend sein in dieser multireligiösen Umwelt. Nein, diese Gemeinde wird sich behaupten, davon bin ich überzeugt - höre ich Paulus sagen.

Ich steige vom Tafelberg wieder hinunter. Immer noch dieses Bild vor Augen und sinne noch etwas darüber nach. Je länger ich darüber nachdenke umso besser gefällt es mir. Mir fällt auf, auch ein lebendiger Tempel muss erst gebaut werden. Er baut sich nicht von allein - er wird gebaut.

Wie bin ich eigentlich zum Glauben gekommen? Welche Menschen waren entscheidend daran beteiligt? Da gibt es eine ganze Menge die ich aufzählen könnte, und am Ende ist es Gott selbst, der mich zum Glaubenden gemacht hat. Auf keinen Fall ist es mein Verdienst, Glaube ist letztlich ein Geschenk an mich an uns. Das war damals in Korinth so und das gilt bis zu uns heute.

Vielleicht ist es wirklich so einfach. Der Bibelvers weist unmissverständlich auf das Wesentliche hin.

Hört nicht auf in die lebendigen Tempel zu investieren. Und sie werden mir nachsehen, dass ich da zunächst an Kinder und Jugendliche mit ihren Familien denke. Aber nicht nur um sie geht es, natürlich auch um alle anderen Erwachsenen, auch um die, die sich im letzten Lebensabschnitt befinden.

Alles andere kann wichtig sein, aber es gehört zu den Aufgaben der Architekten zu entscheiden, was dem Bau von lebendigen Tempeln dient.

Unten angekommen, bin ich mit Paulus einer Meinung – Gemeinde, Kirche wird sich behaupten solange wir in Menschen investieren.

Ich steige in das Auto, denke an Deutschland, an die Kirchgemeinden, an meine Aufgabe in der Kirche. Ich habe noch kurz überlegt, ob mir ein zeitgemäßes Bild für Tempel einfällt und verlasse Korinth.

Soweit mein kleiner Reisebericht.

Kein Bild aber einen Text habe ich gefunden, mit dem ich schließen möchte – *Verständnishilfen*:

Verständnishilfen

Wenn ich »Kirche« sage,
damit wir uns nicht falsch verstehen,

meine ich nicht nur Papst, Bischöfe
und die da oben.

Wenn ich »Kirche« sage,
denke ich an die Träger der Hoffnung,
die Zeugen der Botschaft.

Auch an mich!

Wenn ich »Kirche« sage,
damit wir uns nicht falsch verstehen,
meine ich nicht das Haus aus Stein,
Beton oder Marmorblöcken.

Wenn ich »Kirche« sage,
denke ich an Menschen, die leben,
Gemeinden, die geben,
an dich und mich.

Wenn ich »Kirche« sage,
damit wir uns nicht falsch verstehen,
meine ich nicht Gesetze, Formeln und Riten,
nicht Angst, sondern Wagnis.

Wenn ich »Kirche« sage,
denke ich an Jesus Christus,
an die Freundschaft Gottes mit den Menschen,
denke ich an uns.

MISSIO: Verständnishilfen aus: in: Werner Schaube,
Rufsäule, Versuche zu beten

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau,
8. Auflage 1995, S. 96



Integrierte Stadt- und Regionalentwicklung

Sicht der Öffentlichen Hand auf Kirche und Diakonie als Partner im Gemeinwesen / Von Karsten Gerken, Leiter des Amts für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags ist im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

Stadterneuerung arbeitet heute in Stadtbereichen, die in der Regel in zweifacher Hinsicht benachteiligt sind. Fast immer sind unsere Arbeitsbereiche gekennzeichnet von einer desolaten Situation im baulichen Bereich und andererseits kumulieren in Stadterneuerungsgebieten die sozialen Probleme unserer Stadtgesellschaft: hohe Arbeitslosigkeit, niedriges Bildungsniveau, viele Transfergeldempfänger und die Notwendigkeit Migranten zu integrieren. Wie die Kirche arbeiten wir mit den Schwachen dieser Gesellschaft. Befragt man die Quartiersmanager so fällt das Urteil über die Zusammenarbeit mit Kirche ganz unterschiedlich aus. Kirche ist, abhängig von der Person des Pastors, eigentlich nur in Ausnahmefällen ein starker Partner. Der Betriebswirtschaft folgend hat Kirche in mitglieder-schwachen Bereichen auch wenig Personal eingesetzt, demzufolge fehlt es oft einfach an Menschen, mit denen wir in diesen benachteiligten Stadtgebieten zusammenarbeiten können. Die Kirche arbeitet nicht antizyklisch. Auf die zurückgehende Anzahl von Gemeindemitgliedern reagiert sie mit Abbau der Angebote.

Kirche hat aber auch Ansprüche an die Stadterneuerung. Sie möchte Geld (Fördermittel) für die Instandsetzung des kirchlichen Gebäudebestandes. Am Grundsatzproblem – großes Bauvolumen und geringe Mitgliederzahl – kann auch Förderung nicht viel ändern, bestenfalls eine Art Nothilfe leisten und das nicht dauerhaft sondern nur temporär.

Der Kernansatz der Stadterneuerung für benachteiligte Quartiere ist die Unterstützung von Gruppen und Personen, die mit ihren Projekten und Vorhaben einen Beitrag zur positiven Entwicklung der Gebiete leisten können (Stärken


stärken, Schwächen schwächen). Anders als in der Vergangenheit, wo es in erster Linie um das Aufhalten des Verfalls der baulichen Strukturen ging, geht es heute um den Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft. Wohin die Stadterneuerung neueren Typs geht, wird deutlich an der mit Fachleuten und Bewohnern gemeinsam erarbeiteten Strategie für den Leipziger Osten. Neben der Verbesserung der Situation im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung und einigen städtebaulichen Themen hat der Aufbau und die Verbesserung der Bildungslandschaft sowie die Regelung nachbarschaftlicher Konflikte eine herausragende Rolle. Wir konstatieren insgesamt, dass sich Bildungsverwaltung, Sozialverwaltung und Arbeitsverwaltung zunehmend auf Stadtteilkonzepte konzentrieren, d. h. in neuen Organisationsformen dort tätig werden wollen, wo auch die Masse ihrer Klientel sitzt. Der Status dieses Trends wäre mit Findungsphase zutreffend beschrieben – eine Situation in der wir die Kirche ausdrücklich einladen, sich zu beteiligen.

Ein spannender Ansatz an dem wir arbeiten, ist die Quartiersschule. Unter einem Dach soll es Schule geben, aber auch Raum für Gruppen aus dem Stadtteil, für Erwachsenenbildung und soziale Dienstleistungen. Es geht um engere Anbindung von Schülern und Eltern an den Stadtteil und seine Stärken, z.B. die bessere Nutzung der örtlichen Wirtschaftsstruktur für Praktika und spätere Jobangebote. Mit dem Projekt KiFaZ (Kitas als Familienzentren) ist z.B. praktisch bewiesen, dass über und mit den Kindern ein besserer Zugang zu den Eltern migrantischer Haushalte gelingt. Diesem Ansatz folgt die Quartiersschule. Angebote der Kirche lassen sich im Kontext der verschiedenen Aktivitäten einordnen und finden verbesserte Bedingungen vor, profitieren von der verstärkten öffentlichen Wahrnehmung.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Kirche nicht auch Schulträger sein kann für eine ökumenische Schule, die auch Ansätze des Islam integriert. Gerade für den Leipziger Osten, Sachsens Gebiet mit dem höchsten Migrantenanteil, wäre das eine adäquate Reaktion.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung haben Projekte dieser Art Chancen. Die EU regt die Verbindung des ESF und des EFRE an. Die Quartiersschule ist das passende Projekt.

In der Stadterneuerung geht es uns darum Kooperationspartner zu gewinnen, die sich mit

inhaltlichen Positionen einbringen und damit Orientierung ermöglichen. Genau daran fehlt es vielen Bewohnern dieser sozialen Problembereiche. 

Integrierte Stadt- und Regionalentwicklung

Sicht der Öffentlichen Hand auf Kirche und Diakonie als Partner im Gemeinwesen / Von Ludwig Scharmann

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>. Dort sind auch die im Beitrag genannten Abbildungen enthalten.

0. Vorab:

Die Kirche ist begründet durch das Evangelium, nicht durch die Demographie.

Ihre Lebendigkeit ergibt sich aus der einer glaubwürdigen Verkündigung und nicht aus Statistiken.

Wer aber Verantwortung trägt für die Alltagsgestalt der sichtbaren Kirche, kommt andererseits nicht herum, Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, die diese Alltagsgestalt berühren und verändern.«

Aus: »Zukunft der Kirche«, Nr. 3. Hrsg.: Ev. Akademie Loccum (1987)

Der demographische Wandel ist als Thema in der breiteren Öffentlichkeit zwar erst seit gut einem Jahrzehnt »angekommen«; im wissenschaftlichen Diskurs und auch in Politik und Verwaltung wurden wesentliche Beiträge zur Erfassung des demographischen Wandel in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und räumlicher Dimension bereits in den 1980er Jahren vorgelegt. Auch aus der bzw. über die Perspektive der Kirchen wurde Demographie seit längerem - wenn auch eher nur sporadisch - diskutiert, wie das vorangestellte

Zitat aus der Reihe »Zukunft Kirche« der Ev. Akademie Loccum² aus dem Jahre 1987 belegt.

Im vorliegenden Beitrag gibt einen kurzen Überblick über die Herausforderungen des demographischen Wandels für die Kirchen; wichtiger erscheint es jedoch, auch die Möglichkeiten und Erwartungen an die Kirchen zu skizzieren, die Staat und Gesellschaft gerade *angesichts* von Bevölkerungsverlust und Alterung vermehrt an sie richten. Kann »Kirche Sta(d)tt finden«, kann gar »die Kirche im Dorfe gelassen« werden oder steht auch kirchliches Leben wie zahlreiche andere Angebote öffentlicher Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zunehmend zur Disposition?

1. Kirche als Institution unter Schrumpfungbedingungen

Wesentlicher Ansatz der bereits o.a. Studie zur »Zukunft der Kirche« war die Frage, ob angesichts zurückgehender demographischer und finanzieller Ressourcen Veränderungen der Organisation und der Struktur erforderlich werden müssten. Auch von Seiten der Raumwissenschaften stand die Frage der administrativen Gliederung der Kirchen in Deutschland bereits Ende der 1970er Jahre im Fokus³. Dabei ist indes darauf zu verweisen, dass die Bedingungen der »Volkskirchen westdeutscher Prägung« mit einer Religionszugehörigkeit von rund neun Zehnteln der Einwohner im Grunde erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands einem säkularen Bruch unterlagen. Denn erst mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder stellte sich das neuartige Phänomen ein, dass die (organisierten) Mitglieder der Kirchen flächenhaft nur eine Minderheit bildeten.

Nach der Übertragung des Kirchensteuerrechts auf die ostdeutschen Länder setzte sogar dort noch eine weitere Austrittswelle ein. Zudem dezimierten sich durch Abwanderung und Alterung die Kirchenmitglieder nach Zahl (und Zahlungen)

weiter, sodass sich die Frage der Zukunftsfähigkeit der Kirchen als Institutionen und in ihren Organisationsformen vom Abstractum zur real absehbaren Herausforderung wandelte. Die Abb. 1 (*hier nicht abgedruckt; siehe: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>*) zeigt, dass der Mitgliederverlust aktuell (zwischen 1999 und 2009) zwar auch im Westen mit knapp 1 % jährlich keineswegs gering ist, gleichwohl aber im Osten mit durchschnittlich rund 20 % geradezu eine Erosion darstellt. Dies gilt umso mehr, als die Verluste kleinräumig noch wesentlich größer ausgefallen sind und insbesondere im dünner besiedelten Raum jegliche bisher für kirchliches Leben als erforderlich angesehene Untergrenzen unterschreitet.

So haben die Kirchen selbst die vorhersehbare demographische Entwicklung auf der Grundlage amtlicher Prognosen des Bundes (und z.T. auch regionalisierter Berechnungen der Landesstatistik) auf ihre regionalen Gebietsstrukturen projiziert⁴ und damit die räumliche Differenzierung dieser Herausforderungen gewürdigt. Denn bereits auf der Ebene der EKD-Gliedkirchen wird dabei deutlich, dass schon die Ausgangsbedingungen zwischen den großen Landeskirchen mit je mehr als 2,5 Mio. Mitgliedern (Hannover, Rheinland, Bayern, Westfalen) gänzlich unterschiedlich zu denen nur wenige 10T zählenden in Anhalt oder Schaumburg-Lippe sind. Zudem ist der Anteil der Kirchenmitglieder (beider großer Kirchen) in West- und Ostdeutschland - wie angesprochen - sehr verschieden: knapp 70 % der Wohnbevölkerung im Westen gegen weniger als 25 % im Osten. Insofern ist nachvollziehbar, dass in Ostdeutschland bereits in den vergangenen Jahren das Erfordernis zur Fusion von Landeskirchen unabweisbar war⁵.

2. Kirchen »vor Ort«

Auch innerhalb der Landeskirchen sind Kirchenkreise⁶ und Gemeinden vorrangig - aber bei weitem nicht nur - in Ostdeutschland zusammengelegt und in ihrer Anzahl bereits an die finanzierbare Tragfähigkeit angepasst worden. Abgeschlossen ist dieser Prozess gleichwohl noch nicht überall, wobei hier durchaus auch eine Parallele zu der staatlichen Ebene gezogen werden kann. So haben einige der ostdeutschen Bundesländer bereits ihre dritte Kreisreform seit 1990 hinter sich und dabei flächengroße- und einwohnerstarke Einheiten geschaffen, während sich etwa in Thüringen aktuell noch eine eher kleinteilige Verwaltungsstruktur erhalten hat⁷. Wenn-

gleich größere Einheiten nicht in jedem Fall effizienter und leistungsstärker sein müssen, so ist der Zusammenhang zwischen Gebietsgröße und Verwaltungskraft im Grundsatz nicht zu bestreiten. Dieser Befund dürfte für die staatliche wie kirchliche Ebene in gleicher Weise zutreffen.

In der Wahrnehmung kirchlichen Lebens »vor Ort« ist gleichwohl insbesondere vorrangig, wo und wie häufig in der Nähe »Kirche stattfindet«. Wöchentliche Gottesdienst-Angebote sind in nahezu allen ländlichen Kirchengemeinden Ostdeutschland nicht mehr vorhanden - schon aus Mangel an Pfarrstellen. Eine besondere Problematik erreicht der Rückzug der Kirchen aber immer dann, wenn eine dauerhafte Aufgabe, Schließung oder gar der Abriss von Kirchengebäuden zu Debatte steht.

Allein die Evangelische Kirche unterhält eine bauliche Infrastruktur von rund 75.000 Gebäuden, von denen fast 21.000 Kirchen und Kapellen als Orte der Verkündigung des Wortes errichtet worden sind⁸. Angesichts dieser Dimension ist die Anzahl des baulichen »Kirchensterbens« in Deutschland bislang eher noch moderat ausgefallen, wie die Abb. 2 (*hier nicht abgedruckt; siehe: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>*) zeigt.

Auch wenn die Anzahl der zwischen 2004 und 2009 aufgegebenen Kirchen in Deutschland immerhin eine (niedrige) dreistellige Größenordnung erreicht hat, so ist - jedenfalls bezogen auf die evangelischen Kirchen - die Schließungswelle bislang noch eher am ländlichen Raum vorbeigegangen. Die Standorte der aufgegebenen Gotteshäuser lagen bislang meist in den Groß- und Mittelstädten im Norden und Westen Deutschlands, darunter insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Soweit Ostdeutschland betroffen war, so erfolgten die Schließungen in den Diaspora-Gemeinden der katholischen Bistümer - übrigens ähnlich wie auch im ländlichen Nordwesten mit Schwerpunkt Niedersachsen. Hauptursache hierfür dürfte der Priestermangel der Katholischen Kirche sein.

Dass sich die aufgegebenen Standorte der Evangelischen Kirchen in den größeren Städten konzentrieren folgt der Logik, die auch der Staat bei der Aufgabe von Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge verfolgt - etwa bei der Schließung von Schulen. Da Standortalternativen innerhalb der Städte i.a. noch leichter erreichbar sind, treffen Schließungsabsichten hier weniger ausgeprägt auf öffentlichen Widerstand. Dagegen stellt die Aufgabe der letzten Schule - oder auch der letzten

Kirche - in einem Dorf viel eher ein breit diskutiertes Thema dar. Damit soll allerdings nicht behauptet werden, dass Kirchenschließungen in Städten außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung stattfinden würden⁹.

Die dauerhafte Aufgabe kirchlicher Nutzung bis zum Gebäudeabriss konzentriert sich zudem auch deshalb in den Städten, als hierbei - abgesehen vom Bedarf - Eingriffe in den Bestand denkmalgeschützter Kirchenbauten viel eher vermieden werden können. Welche Lasten aus dem Reichtum denkmalgeschützter Gebäude gerade für die ostdeutschen Landeskirchen verbunden sind, illustriert die Abb. 3 (*hier nicht abgedruckt; siehe: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>*): So sind nahezu alle Kirchen und Gemeindezentren der sächsischen Landeskirche als Denkmal geschützt, während die nach Mitgliederzahl mehr als dreimal so große Landeskirche im Rheinland bei fast gleicher Anzahl von Kirchen (und Kirchengemeinden) nur weniger als die Hälfte der Unterhaltungsaufgaben von Denkmälern leisten muss. Die Mitteldeutsche Landeskirche unterhält mit 3.945 sogar fast 10 mal so viele Baudenkmäler wie etwa die nach Mitgliedern mehr als dreimal und nach Finanzkraft mehr als fünfmal so große Ev. Landeskirche von Westfalen.

Dass die Überführung von Gebäuden zu nichtkirchlichen Zwecken - ggf. auch unter Wahrung denkmalpflegerischer Auflagen - eine Option darstellt, belegen etwa Beispiele aus Neubrandenburg (Konzerthalle), Erfurt (Begräbniskapelle) oder Eichstätt (Bibliothek). Eine besondere Aufmerksamkeit fand auch der Fall einer Umnutzung zu einem Restaurant in Bielefeld (»Glückundseligkeit«)¹⁰. Für Kirchengebäude im ländlichen Raum dürfte die Übertragung an Dritte jedoch durchweg keine reale Möglichkeit darstellen.

Dagegen sind einige wenige Großstadtgemeinden im Zuge des Reurbanisierungsprozesses in den vergangenen Jahren wieder zu wachsenden und jünger werdenden Kirchengemeinden geworden. Auch wenn daraus insgesamt noch kein signifikanter zusätzlicher Bedarf an Personal und Gebäuden resultiert, so werden derzeit doch erste Kircheneubauten - wie etwa in Leipzig¹¹ - angegangen.

3. Kirche als Arbeitgeber und Teil der Daseinsvorsorge

Die beiden großen Kirchen und die kirchlichen Einrichtungen sind der größte Arbeitgeber in

Deutschland. Insofern ist Kirche auch in der Arbeitswelt präsent. Neben der Beschäftigung in den »originären« Aufgabengebieten der Seelsorge sowie in der kirchlichen Verwaltung dürfte die Mehrzahl dieser Beschäftigten in den Bereichen Soziales, Bildung, Pflege und Gesundheitswesen tätig sein. Daraus erklärt sich auch der hohe Frauenanteil unter den kirchlichen Mitarbeitern sowie der der Teilzeitbeschäftigten. Deutlich ist aber, dass Kirche auch als Arbeitgeber in der Fläche präsent ist - nicht zuletzt auch in Ostdeutschland (Abb.4; *hier nicht abgedruckt; siehe: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>*).

Zugleich übernehmen die kirchlichen Einrichtungen eine wichtige Aufgabe bei der Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge. Ob die Präsenz der Kirche - auch und gerade in ihrer seelsorgerischen Arbeit »vor Ort« - ebenfalls als Teil dieser - »*zwingend vorzuhaltenden*« - Daseinsvorsorge anzusehen ist, ist aus der Sicht von Raumordnung und Raumwissenschaft in Deutschland bislang nicht thematisiert worden. Subjektiv dürfte jedoch die Mehrzahl der Menschen v.a. im ländlichen Raum Kirche und kirchliches Leben zur regionalen Daseinsvorsorge rechnen.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellt gerade für Raumordnung und Landesplanung unter dem Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet aktueller denn je die Aufgabe der Gestaltung der Daseinsvorsorge.

Diese wird außer durch den demographischen Wandel aber auch durch ein verändertes Staatsverständnis sowie durch eine Politik der Liberalisierung und Privatisierung zunehmend in Frage gestellt: die Tragfähigkeit technischer Infrastrukturen - ÖPNV, Straßen, Wasser- und Energieversorgung, sozialer und kultureller Infrastrukturen sowie von Einrichtungen im Bereich Handel, Dienstleistung und öffentliche Verwaltung ist an das Vorhandensein eines ausreichenden Bevölkerungspotenzials gebunden. Diese Infrastrukturen bzw. Daseinsgrundfunktionen werden künftig nicht mehr in dem gewohnten Maße flächendeckend vorgehalten werden können, da dies nicht mehr finanzierbar sein wird.

Unter Berücksichtigung regionaler Stärken, Schwächen und Bedürfnisse müssen die Standards der Grundversorgung daher neu definiert werden. Dabei sollte der Blick künftig weniger auf die baulichen Einrichtungen der Daseinsfürsorge selbst als vielmehr ihre Funktionen und

Möglichkeiten der Arbeitsteilung gerichtet werden. Erreichbarkeiten sind anzupassen, unter Einbeziehung neuer Medien nicht immer nur räumlich zu definieren und oft dort zu verbessern, wo durch die (dezentrale) Bündelung von Einrichtungen auch weiterhin ein Zugang breiter Bevölkerungsschichten gewährleistet sein soll. Kirche ist bei dieser Entwicklung doppelt betroffen: einerseits setzen die Aufgaben in der Seelsorge eine Präsenz »vor Ort« voraus - um für die Menschen erreichbar zu bleiben - und andererseits erfordern die geringer werdenden finanziellen und demographischen Ressourcen eine Konzentration auf leistungsfähige Organisationen - und zwar sowohl innerhalb der originären kirchlichen Verwaltung ebenso wie im Bereich der karitativen Einrichtungen, der Schulen, Kindergärten u.v.m.

Bei allen Überlegungen, für die Menschen auch angesichts spürbar verringerter finanzieller Spielräume eine Grundversorgung in einem Umfang bereitzustellen, die eine der gesellschaftlichen Entwicklung angemessene Lebensqualität beinhaltet, muss als ein grundlegender Handlungsansatz die Stärkung der regionalen Kompetenzen und mit diesen auch eine verstärkte regionale Kooperation im Vordergrund stehen. Dieser Befund trifft auch für die Kirche zu, wenn sie ihre Angebote und sich selbst im Sinne der Volkskirche als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge versteht.

Insofern war und ist es nur konsequent, wenn sich Menschen in der Kirche - wie in Sachsen geschehen - etwa in Modellvorhaben der Raumordnung aktiv einbringen. Unter Beteiligung aller relevanten regionalen Akteure, d.h. auch der betroffenen Bürger, sind regionale Prioritäten zur Verteilung und Erreichbarkeit von Infrastrukturen und eine entsprechende Verwendung von Mitteln zu setzen und regional sowie mit den übergeordneten (landesplanerischen) Zielen abzustimmen. Um zu Lösungen zu kommen, die auch auf die spezifischen regionalen Bedingungen zugeschnitten sind, müssen in den Regionen intensive Diskussionen über die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen geführt werden. Die Region ist die relevante Planungs- und Entscheidungsebene für die Anpassung an den demographischen Wandel. Diese konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips bedeutet auch, dass die regionale und dann letztlich auch kommunale Ebene - entsprechend abgestimmte Planungen vorausgesetzt - weitestgehend autonom über den Einsatz der finanziellen Ressourcen entscheidet, die ihr der Staat zur Verfügung stellt (SCHARMANN 2009).

Als ein erster Schritt ist auf der regionalen Ebene eine Leitbilddiskussion zu führen, in die die Konsequenzen der künftigen Schrumpfungsprozesse einfließen. Nicht der Wunschgedanke nach nie abbreißendem Wachstum, sondern eine realistische Einschätzung der noch verbleibenden regionalen bzw. lokalen Entwicklungspotenziale muss die Leitbilddiskussion und die aus ihr entwickelten Planungen bestimmen. Wo liegen die Stärken einer Region auch unter Schrumpfungsbedingungen, welche Entwicklungsziele sind auch ohne großes quantitatives Wachstum zu setzen?

Anmerkungen:

¹ Der Verfasser ist in der Obersten Raumordnungsbehörde in Sachsen, dem Sächsischen Staatsministerium des Innern, tätig. Er vertritt hier seine persönliche Auffassung.

² In der Reihe »forum loccum extra - Zukunft der Kirche« sind 1987 drei Hefte zu den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik, in Niedersachsen und im Stadtkirchenverband Hannover erschienen.

³ Leser, W. (1979): Die Regionalgliederung der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL, Bd. 24). Hannover 1979.

⁴ Regelmäßig: EKD-Statistik »Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben«, erschienen zuletzt 2012.

⁵ Fusionen/Eingliederungen: 2004 - Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz mit Ev. Kirche Berlin-Brandenburg; 2009 - Kirchenprovinz Sachsen und Ev. Landeskirche Thüringen zur Ev. Kirche in Mitteldeutschland; 2012 - Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburg und Pommersche Ev. Kirche mit Nordelbische Ev. Kirche zur Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland

⁶ »Kirchenkreis« wird als Bezeichnung für die mittlere Ebene gewählt; in einigen Landeskirchen sind hierfür andere Bezeichnungen üblich: Kirchenbezirk, Sprengel, Propstei oder Dekanat. Die Anzahl der Kirchenkreise schwankt je nach Landeskirche zwischen zwei in Schaumburg-Lippe und 68 in Bayern.

⁷ Die kreisfreie Stadt Suhl in Thüringen hat weniger als 39 T Einwohner, der Landkreis Sonneberg rund 59 T Einw. Dagegen hat die kleinste der kreisfreien Städte in Sachsen über 243 T Einw. (Chemnitz) und mit einer Ausnahme habe alle Landkreise in Sachsen deutlich mehr als 250 T Einw. Die Fläche des größten Landkreises in Mecklenburg-Vorpommern übertrifft die des Saarlandes mit 5.470 qkm um deutlich mehr als das Doppelte.

⁸ Angaben der EKD-Statistik, siehe hierzu die Abb. 3

⁹ Besonders emotional geführt wurde etwa die Abgabe eines evangelischen Kirchegebäudes in Bielefeld, das anschließend mit Förderung von Stadt und Land Nordrhein-Westfalen zu einer Synagoge für die wachsende Jüdische Gemeinde umgestaltet wurde.

¹⁰ www.glueckundseligkeit.de

¹¹ Die Kath. Probsteikirche in Leipzig ist - abgesehen von der Dresdner Frauenkirche - der erste Kirchnerneubau in Ostdeutschland seit der Wende. Die derzeit 4.100 Mitglieder zählende Gemeinde wächst jährlich um rund 150, das Durchschnittsalter liegt mit 36,8 Jahren deutlich unter dem Landesdurchschnitt in Sachsen (2011: 46,4 Jahre).

Literatur:

Eicken, J. und A. Schmitz-Veltin (2010): *Die Entwicklung der Kirchenmitglieder in Deutschland*. In: *Wirtschaft und Statistik* 6/2010, S. 576-589. Wiesbaden.

Glantz, Chr. & L. Scharmann (2009): *Räumliche Differenzierung erfordert regionalen Anpassungsstrategien. Erfahrungen aus den Modellvorhaben zum demografischen Wandel im Westerzgebirge und in der Region Oberlausitz-Niederschlesien*. In: *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel (= BBSR-Online-Publikation 33/2009)*, S. 90-110. Bonn.

Hein, M. (2007): *Kirche in ländlichen Räumen*. In: *Wandeln und gestalten. Missionarische Aufgaben der evangelischen Kirche in ländlichen Räumen (= EKD-Texte 87)*. Hannover.

Hypo Vereinsbank AG (Hrsg., 2012): *Organisation und Finanzierung kirchlicher Institutionen im Fokus der demografischen Entwicklung*, bearb. vom Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig.

Lienemann, W. (Hrsg., 1989): *Die Finanzen der Kirche. Studien zu Struktur, Geschichte und Legitimation kirchlicher Ökonomie (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 43)*. München.

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg., 2006): *Kirche der Freiheit, Perspektiven für die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert*. Hannover.

Scharmann, L. (2009): *Demographische Herausforderungen in Sachsen. Problemlagen, Strategien und Handlungsfelder*. In: *Institut für Länderkunde (Hrsg.): Geographische Tätigkeitsfelder von der Feldforschung bis zur Planungspraxis*, S. 19-36. Leipzig.



Kirche als Initiator für lokale Partnerschaften: Erste christliche Arbeitsvermittlung

Von Pfarrer Andreas Dohrn

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. (pfarrer.dohrn@ecav.de; Tel: 037296/70715; www.ecav.de)

1. Ausgangspunkt: Gemeindeentwicklung St. Jakobi Stollberg 1998-2009 (www.kirche-stollberg.de/gemeindeleitung/5-schwerpunkte.html)

Im erzgebirgischen Stollberg hat die evangelische St.-Jakobi-Kirchgemeinde lokale Partnerschaften und Leitprojekte als Teil der Gemeindeentwicklung nach Schwerpunkten initiiert. Im Bereich »Gottesdienst« feiern wir zu jedem städtischen Fest im öffentlichen Raum Gottesdienst im Kreis der ökumenischen Gemeinden. Im Bereich »Gruppen/Bildung« haben wir mit und für die Altstadtsschule Stollberg den Schulclub aufgebaut und betrieben. Im Bereich »Musik/Meditation« eröffnet im Juni 2013 der von uns initiierte und in Stollberg ansässige Jakobsweg-Verein den 300 Kilometer lang ausgeschlitterten sächsischen »Jakobsweg an der Alten Frankenstrasse« (www.saechsischer-jakobsweg.de). Im Bereich »Diakonie/Seelsorge« sind wir als Mitgründer, Mitausbilder und lokale Partner im bundesweit größten Krankenhaus-/Pflegedienst-Netzwerk für die Betreuung von Schwerkranken im häuslichen Umfeld (<https://www.facebook.com/pages/Palliativprojekt-Chemnitz-Brückenteam>). Die »Erste christliche Arbeitsvermittlung« (www.ecav.de) ist in Zusammenarbeit mit der lokalen Arbeitsagentur entstanden. Im EKD-Reformprozess »Kirche im Aufbruch« ist sie praktisches Leitprojekt. Für die Bertelsmann-Stiftung ist sie eine der 20 innovativsten Sozialunternehmen Deutschlands (www.youtube.com/watch?v=VEqU5TWG7Ko). Im Bereich »Zentrale/Öffentliche Gemeinde« ist das mit der Stadtverwaltung und den beiden örtlichen Wohnungsbau-Institutionen gemeinsam entwickelte Stadtteilzentrum »das dürer« (www.dasduerer.de) einer von bundesweit 36 ausgezeichneten Standorten des Diakonie-/Caritas-Wettbewerbes »Kirche findet Stadt« (www.kirche-findet-stadt.de).

2. Wesentliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für lokale Partnerschaften Leitung: Die lokalen kirchlichen, diakonischen, gemeinnützigen, öffentlichen und privaten Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einer kirchlichen Akteur, der ein Leitbild, eine klare Leitung, starke Leitungsgremien und selbst entwickelte Leitprojekte hat.

Ruhe und Selbstvergewisserung: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einer kirchlichen Akteur, der das eigene Haus im Griff hat und in selbst gewählten Schwerpunkten Akzente setzen kann und will.

Krise und Aufbruch: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der örtliche Institutions- und Gesellschaftsveränderungen analysiert, bewertet und zu neuen Ufern aufbricht.

Investitionen: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der weitsichtig und abwägend investiert und Fördermittel mit kreativem Fundraising einwirbt.

Projektentwicklung: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der auf Augenhöhe und ohne ideologische Besserwisserei gemeinsam Ideen zu Leitprojekten entwickelt.

Zentralität: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der gesellschaftliches Vakuum durch gemeinsames, zentrales Handeln verhindert.

Außensicht: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der im eigenen sowie im partnerschaftlichen Handeln die Beratung durch thematische Experten sucht und ausweitet.

Rechtsformen: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der Zweckbetriebe als »gGmbH« bzw. »Gemeinnützige Unternehmergesellschaft« und Wirtschaftsbetriebe als »Beteiligungsträgerstiftung« bzw. »Unternehmergesellschaft« betreibt.

Transfer: Die lokalen Partner freuen sich auf die Zusammenarbeit mit einem kirchlichen Akteur, der Leitprojekte über Patente, »Social Franchise«, Pressearbeit, institutionelle Partner/Ratgeber, Qualitätsmanagement, Zertifizierungen sowie systematische Arbeitsweisen auf andere Standorte überträgt (www.zeit.de/2010/04/S-Am-Start; germany.ashoka.org).

3. Stolpersteine: Worauf es sich lohnt aufzupassen

Nicht die biblischen Prioritäten für Zielgruppen, denen sich Gott besonders intensiv zuwendet, aus den Augen verlieren. Nicht die Ideen und Pläne einer einzelnen, charismatisch veranlagten Führungskraft ohne institutionell verankertes

Leitbild umsetzen. Nicht die eigenen Krisenherde übersehen bzw. über lokale Partnerschaften zudecken.

Projekte und Themen sollten nur dann ausgebaut werden, wenn sie thematisch zu den Besten gehören. Neue Projekte mit Hauptamtlichen brauchen Gründungs-Coaching, brauchen Fördermittel-Fachwissen und brauchen einen starken »Ökonomischen Motor« (Jim Collins: Der Weg zu den Besten)

Der Satz »Propheten gelten nichts im eigenen Land« trifft auch aktuell zu. D

Öffnen von Häusern – Evangelische Friedensgemeinde Wolfen-Nord

*Von Pfarrer Matthias Seifert, Bitterfeld-Wolfen, Evangelische Landeskirche Anhalts,
Gemeinde- und Familienzentrum Christophorushaus*

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012

Im Bereich der Friedenskirchengemeinde wurde von 1960 bis 1991 die Plattenbausiedlung Wolfen-Nord errichtet. Zur Wendezeit lebten etwa 34.000 Bewohner in dem Stadtteil. Gegenwärtig leben ca. 9.000 Bewohner in der Plattenbausiedlung.

»Kirche mittendrin« wurde zu DDR Zeiten städtebaulich von der SED verhindert. Mit der Wiedervereinigung konnte die Kirchengemeinde die Trägerschaft einer Kindertagesstätte übernehmen. Das große Gebäude wurde grundhaft saniert und als Gemeinde- und Familienzentrum mit Evangelischer Kindertagesstätte im Jahr 2000 in Dienst gestellt.

Schon in der Projektierungsphase wurden Diakonische Einrichtungen als Nutzer neben der Kirchengemeinde für das Haus gewonnen: Erziehungs- und Familienberatungsstelle, Sucht- und Drogenberatung, Offener Kinder- u. Jugendtreff und Jugendmigrationsdienst (JMD).

Das Christophorushaus wird seit 2004, als eines von 12 Familienzentren im Land Sachsen-Anhalt vom Bundesland gefördert. Die Evangelische Landeskirche Anhalts hat durch Synodenbeschluss einen Pfarrer mit der Leitung des Hauses dienstbeauftragt.

Eine Rechtsgrundlage der Landesförderung ist: SGB VIII §16 Absatz 2 KJHG »Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere:

1. Angebote der Familienbildung, die auf die Bedürfnisse und Interessen sowie Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten«.

In der Koalitionsvereinbarung zur 4. Legislaturperiode des Landtages Sachsen-Anhalt heißt es: dass »Familie vor allem dort ist, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen.«

Wer, wenn nicht Kirche und Diakonie sollte sich hierdurch gerufen fühlen? Das entspricht unserem ersten Gebot der Sozialcharta des Dekalogs:

»Ehre Vater und Mutter, auf dass es dir wohl gehe und du lange lebest auf Erden.«

Glaube ist nicht Privatsache, sondern elementarer Bestandteil der Kultur des Menschen und Basis der Gesellschaft. (vgl.: Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode Drucksache 16/7000

Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, 11. 12. 2007, Vorwort u. S. 143ff.)

Nach unserem Selbstverständnis »der Stadt Besseres zu suchen« (Jeremia 29, 7), sind von der Kirchengemeinde alle Menschen eingeladen zu Angeboten der Gemeinschaft und Begegnung, der Kommunikation und Meditation, der Entspannung und Aktion. Dabei wagen wir Nähe zu anderen gesellschaftlichen Akteuren und vielen Nichtchristen – Netzwerk.

In unseren Angeboten, so hoffen wir, kann Entlastung und Stärkung des Selbstwertgefühles erfahren werden und dadurch Motivation und Kraft zur eigenen Lebensverantwortung und gesellschaftlichen Beteiligung entwickelt werden. »Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan (Mt. 25,40b)

Für unser Tun ist Grundlegend: Vertrauen, Wertschätzung und Liebe. Darin entfaltet sich die von Gott geschenkte Würde des Menschen.

Die biblischen Familiengeschichten und ihre Wirkungsgeschichte bestimmen die Rolle der Familie und des einzelnen Menschen in drei Kulturkreisen der Gegenwart, dem jüdischen, dem christlichen und dem islamischen und darüber hinaus. Sie sind »Eine Welt Kulturgut.«

Unsere Teilhabe an der Zivilgesellschaft hat eine besondere Qualität im Verständnis von **Öffentlichkeitsarbeit**. Sie gliedert sich in fünf **Zielrichtungen**:

Information und Werbung:

– Herausgabe eines zwei-monatlichen Informationsblattes »Kirchenbote«:
16-seitig, Auflagenhöhe 1.800, Abonnenten in Wolfen, Bobbau, Jeßnitz, Thurland. Raguhn, Auslage in Geschäften, Arztpraxen, Kita, Jugendclub, Pflegeheim, Krankenhaus
Zustellung an Regionalpresse und Regionalfernsehen (RBW)

– Schriftliche oder mündliche Einladungen der Eltern in der Kindertagesstätte sind üblich.

– Erstellung von Pressemitteilungen vor und nach besonderen Veranstaltungen und Projekten.

– Regionalmedien werden bei besonderen Höhepunkten zur Berichterstattung eingeladen.

Gremienarbeit:

– Beteiligung an der AG Familienzentren Land Sachsen-Anhalt

– Mitglied im Pfarrkonvent des Kirchenkreises Dessau

– Mitarbeit in der AG Evang. Kindergärten in der Evang. Landeskirche Anhalts

– Mitglied im Diakonieverein Bitterfeld-Wolfen-Gräfenhainichen e. V.

– Mitglied des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Dessau e.V.

– Mitglied im Hospizverein Wolfen e.V.

– Mitarbeit in der Evangelischen Jugend, Kirchenkreis Dessau

– Mitarbeit im Bündnis für Familien Landkreis Anhalt-Bitterfeld

– Beteiligung am Arbeitskreis der Kindertagesstätten in Wolfen

– Kontakt zum Seniorenbeirat der Stadt

– Mitglied im Kinder- u.- Jugendring im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Lobbyarbeit:

– Einladungen zu öffentlichen Ereignissen werden nach Möglichkeit von dem Leiter wahrgenommen

– Kontaktpflege zu Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit und Gremien der Öffentlichkeit (Stadtrat, Jugendhilfeausschuss, Sozialausschüsse u.ä.)

– Verbände, Vereine und Schulen sind eingeladen, das Gemeinde- und Familienzentrum für Tagungen und Veranstaltungen zu nutzen.

– Kontaktpflege zu Förderern unserer Arbeit, zu Entscheidungsträgern, Fachleuten, Vereinen, Gremien und Firmen

– Hausführungen zur Vorstellung der Arbeit des Hauses

Netzwerkbeteiligung und Kooperationen:

– Koordinierte Zusammenarbeit mit der Evang. Kindertagesstätte im Christophorushaus

- Kooperationsvereinbarung der Kita mit der Familien- u. Erziehungsberatungsstelle des Diakonievereins Bitterfeld-Wolfen-Gräfenhainichen e. V.
- Zusammenarbeit mit dem Jugendmigrationsdienst Wolfen (Diakonieverein)
- Zusammenarbeit mit der EWN mbH Stadtteilmanagement und Stadtentwicklung
- Akteur im Netzwerk Gemeinwesenarbeit Wolfen-Nord
- Beteiligung an Sozialraum orientierten Projekten
- Mitarbeit im Bündnis für Familien im LK Anhalt-Bitterfeld
- Kooperation mit dem VCP (Verband Christlicher Pfadfinderinnen u. Pfadfinder)
- Mitarbeit im Ökumenischen Arbeitskreis Wolfen

Koordination und Organisation:

- Gemeindekirchenratssitzung findet monatlich statt.
- Beteiligung an den Dienstberatungen der Kita, Kuratorium u. Elternvertretung
- Mitarbeiter Beratung findet wöchentlich und bei Bedarf statt.
- Regionalberatung der kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Region
- geregelte Erreichbarkeit der verantwortlichen Mitarbeiter.
- sichtbar ausgewiesene Kontaktmöglichkeit: Telefon, Ort, Zeit,
- Kooperationsbereitschaft mit wissenschaftlichen und künstlerischen Projekten
- Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Dankveranstaltung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer

Die im Folgenden aufgezählten **Angebote** sind in unterschiedlicher Weise von den Strukturen der oben genannten Öffentlichkeitsarbeit mitbestimmt. Die Angebote werden in vielen Teilen im Zusammenwirken mit unserer Evangelischen Kindertagesstätte verwirklicht.

- Religions- und sozialpädagogische Angebote für Gruppen und Kreise

- Christenlehre und Konfirmanden mit Elterntreffen
- Eltern-Kind-Gruppen für Mütter und Väter mit Kleinkindern.
- Frauengruppe Spätaussiedler
- Religions- und sozialpädagogische Projekte.
- Familienwandertage im Frühjahr, Sommer und Herbst,
- Radtour in der Pfingstzeit,
- Exkursionen in die Arbeitswelt für Kinder mit Familienangehörigen,
- Gartenprojekttag
- Treffen für Männer mit Angeboten von Gesellschaftsspielen
- Erlebnisorientierte Mehrgenerationenveranstaltungen
- 10 Kinder- u. Familiengottesdienste mit Kita (freitags Vormittag zum Festkreis d. J.)
- Advents- und Frühlingskonzert der Musikschule Bitterfeld
- Advents- und Weihnachtsfeier für Spätaussiedlerfamilien u. Nachbarn. (JMD u. Netzwerk)
- Sonntags gemeinsam (z. B. Reformationsfest mit GD, Mittagessen, Kommunikatives)
- Puppenspielveranstaltungen, Ausstellungen, Benefiz-Veranstaltungen u. ä.
- Die Veranstaltungen verknüpfen kindgemäße und erwachsenengerechte Bildungs- und Erlebniselemente. Sie ermöglichen öffentliche Teilhabe an Stadtteilkultur. Die meisten Veranstaltungen sind eingerahmt von Angeboten zu Kommunikation und Begegnung.
- Offenes Haus
- Cafe' Sammeltasse zweimal pro Woche offen, mit Angebot Spiele und Geschichtenlesen
- Selbsthilfegruppen: Psychisch Kranke, Blau Kreuz

Zur Gestaltung von familiären Höhepunkten wie Taufe, Konfirmation, Jugendfeier, Hochzeit, Geburtstag, Jubiläen und Trauerfeiern geben wir Unterstützung und Räume. D

Von der Einrichtungsdiakonie zur Quartiersdiakonie. Am Beispiel »Grüner Hofes – In Gemeinschaft leben«

Von Rolf Schlagmann

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags ist im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

Die Stadtmission Zwickau e.V. ist dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland als ein Verband der freien Wohlfahrtspflege angeschlossen. Mit ihren Angeboten sowie gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der Verein auf vielen Arbeitsfeldern im Stadtgebiet Zwickau und im Landkreis Zwickau tätig. Wir nehmen unter anderem in folgenden Bereichen öffentliche Aufgaben wahr:

- Hilfe für ältere Menschen
- Hilfe für Menschen mit Behinderungen
- Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- Hilfe für wohnungslose und straffällige Menschen

In der täglichen Arbeit zeichnete sich immer mehr der Bedarf an neuen Wohnformen wie auch Kindergartenplätzen ab. Weiterhin stellen wir fest, dass es viele gute Angebote und Möglichkeiten im Stadtgebiet gibt, die besser genutzt und aufeinander abgestimmt werden könnten

In Gemeinschaft leben

Seit 2007 schlägt unser Herz für die Idee des Grünen Hofes, einer neuen Möglichkeit zu wohnen, welche das Wohnquartier bzw. den Stadtteil aktiv einbezieht. Unser Ziel ist es, ein Zuhause für alle Generationen zu schaffen, in dem Menschen jeden Alters und jeder Herkunft leben können. Kinder sind in diesem Angebot fester Bestandteil ebenso wie auch behinderte und pflegebedürftige Menschen. Anfang 2012 sollte der Bau beginnen.

Für die Errichtung des Grünen Hofes wird es zwei Bauabschnitte geben. In einem ersten Ab-

schnitt werden die Wohngebäude und das dazu gehörende Außengelände fertig gestellt, welches in der Folge ohne Einschränkungen und für die künftigen Bewohner nutzbar sein wird. Der Abschluss des ersten Abschnittes war für Ende 2013 geplant. In einem zweiten Abschnitt soll ein Kindergarten hinzu- kommen.

Unser Motto für den Grünen Hof ist »in Gemeinschaft leben.« Damit dieser Traum Wirklichkeit wird, braucht es die Beteiligung jedes Einzelnen im zukünftigen Quartier. Nicht jeder kann denselben Beitrag leisten. Nur im ausgewogenen gegenseitigen Geben und Nehmen ist ein Gelingen dieses Vorhabens auf allen Ebenen denkbar. Wir freuen uns über die große Resonanz auf unsere Planungen und blicken gespannt auf die Umsetzung des Projektes. Die Bereitschaft vieler Interessenten, sich in eine solche Gemeinschaft zu investieren, hat uns bereits im Vorfeld viel Mut gemacht.

Mit ihrer Hilfe wird es gelingen, den Zusammenhalt zwischen Bewohnern des Stadtteils, sowie den öffentlichen, sozialen und kirchlichen Einrichtungen und weiteren Partnern zu stärken und neue Wege zu gehen.

Grüner Hof In Gemeinschaft leben

Die Stadtmission Zwickau will mit dem Projekt »Grüner Hof« ein Wohnquartier für Menschen mehrerer Generationen schaffen, das sich in das bestehende Angebot eingliedert und dieses bereichert.

Inhaltliche Schwerpunkte des Vorhabens sind angenehmes Wohnen und ein angenehmes Wohnumfeld, welches zudem qualitätsvolle Angebote zu den Bereichen Gesundheit, Service und Pflege bietet. Darüber hinaus soll eine umfassende Beteiligung und ein intensiver Austausch der Menschen untereinander, welche im Grünen Hof wohnen und mit Menschen im Umfeld gefördert werden. Dies geschieht nicht zuletzt durch Angebote aus Bildung, Wirtschaft Kunst und Kultur. Wie stellen wir uns vor »in Gemeinschaft zu leben« im Grünen Hof?

Der Grüne Hof richtet sich mit seinen vielfältigen Möglichkeiten, angefangen beim Wohnen über Nachbarschaftshilfen, bis hin zu kulturellen An-

geboden an alle Generationen. Zwischen den Gruppen aus den Bereichen Wohnen, integrativer Kindergarten, Beratung und Begegnung wird der Austausch gefördert. Die angestrebte Form des gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens bietet gute Möglichkeiten, den Lebens- und Wohnvorstellungen vieler Menschen gerecht zu werden.

Das heißt:

- Sie leben selbständig, aber nicht allein
- Sie sind im Notfall, aber nicht »rundum« versorgt
- Sie sind unabhängig, aber mit Verantwortung für Andere.

Besonders für Menschen mit Lebenserfahrung eignet sich die Form generationenübergreifenden Wohnens. Sie sind es, die im Alter bewusst ihre Wohnsituation ändern wollen und nach Abschluss der Familien- und Berufsphase eine neue Orientierung in einer anderen Lebensform suchen. Dabei möchten sie im Falle von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit Vorsorge treffen. Der Grüne Hof ist nicht nur eine Alternative für reifere Menschen. Er bietet auch für Familien und jüngere Alleinstehende viele Vorteile: Soziale Kontakte, gegenseitige Hilfe und Anregungen zur kreativen Lebensgestaltung, Barrierefreiheit usw., darunter verstehen wir »Wohnen PLUS«, Begegnungsflächen, Beratungsräume, Gesundheitsdienste und Freizeitangebote in Kunst und Kultur sind die Bindeglieder zum Umfeld des Grünen Hofes.

Das Grundstück

Das Grundstück, auf dem der »Grüne Hof« entsteht, befindet sich an der Ecke Saarstraße/ Humboldtstraße in Zwickau. Es hat eine Größe von ca. 6.800 qm und liegt an der Süd-West-Grenze des Stadtzentrums von Zwickau. Lediglich die Humboldtstraße trennt an seiner Westgrenze das Grundstück von der Schwanenteich-Parkanlage, dem wichtigsten Naherholungszentrum der Stadt Zwickau.

Verkehrsanbindung

Auf der Humboldtstraße und der Äußeren Schneeberger Straße verkehren mehrere regionale Bus- und Bahnlinien. In 500 m Entfernung befindet sich ein Haltepunkt der Regionalbahn mit Verbindungen ins Vogtland, nach Franken und Berlin sowie weiterer Fernziele. Zum unmittel-

bar benachbarten Sozialdiakonischen Zentrumgehören das Altenpflegeheim »Marthaheim«, die Mobile Behindertenhilfe (MBH), die Evangelische Familienberatungsstelle, die Tagespflege und der ambulante Pflegedienst der Stadtmission Zwickau. Diese Einrichtungen stehen als Ergänzung zur Verfügung. Das Sozialdiakonische Zentrum bietet eine breite Palette medizinischer und therapeutischer Angebote. Eine Apotheke ist 3 Gehminuten vom Grünen Hof entfernt. In der direkten Nachbarschaft befinden sich das Sanitätshaus ALIPPI und die Humboldt-Mittelschule. Im Grünen Hof finden weiterhin Platz:

- Die Pflege- und Demenzberatung/ Assistenzdienst der Stadtmission Zwickau
- Ein Begegnungszentrum für gemeinsame Veranstaltungen als Treffpunkt,
- Gewerbliche Einrichtungen zur Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs für Bewohner und Umfeld

Vernetzen und Begegnen

Die Vernetzungsgrafik zeigt die Vielfalt der bereits bestehenden Verknüpfungen zum Umfeld. Schnittstellen zu Kultur-, Service- und Freizeitangeboten sind ebenso dargestellt, wie Verbindungen zu weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens. »Grüner Hof – In Gemeinschaft leben«

Das PLUS an Verantwortung

Die Möglichkeiten des gemeinschaftlichen Lebens im Grünen Hof werden bunt und vielfältig sein. Mit dem Bau schaffen wir wichtige Voraussetzungen, damit ein Leben einziehen kann, was den Anderen im Blick behält.

Das PLUS an Bereitschaft zu einem Miteinander mit persönlicher Beteiligung jeder und jedes Einzelnen schafft einen Mehrwert für alle. Hier ist jeder gefragt, hier kann jeder seinen Teil beisteuern und dieses PLUS mit gestalten und erleben. Wir ermutigen die zukünftigen Bewohner schon jetzt, darüber nachzudenken, worin ein persönlicher Beitrag bestehen könnte. Das PLUS kann erlebbar werden durch (Beispiele):

- Ein qualitätsvolles Außengelände, auf dem vielfältige Aktivitäten möglich sein werden
- Planen von gemeinsamen Arbeiten: z.B. Beete/Hochbeete im Außengelände pflegen

- kleine Fläche der benachbarten Kleingartenanlage mieten und nutzen
- Gemeinsame sportliche Aktivitäten im Außen-
gelände, Stichworte: Kneipp-Anlage, Bewe-
gungsplatz für alle Generationen
- Kleine Kulturveranstaltungen, z.B. Sommer-
nachtskino, Musikabende, gemeinsame Ausflüge
- die Nutzung flexibler Räume im Begegnungs-
zentrum
- Das Organisieren kleiner Kurse durch Bewoh-
ner, z.B. Strickkurs, Malzirkel, Lesegruppe
- Planen von gemeinsamen , Festen, Feiern,
Kochrunden z.B. »Lieblingsrezept«, Grillabend
- Den Austausch mit dem angrenzender Kinder-
garten: z.B. handwerkliches oder kreatives Anlei-
ten von Kindergartenkindern, Planen gemeinsa-
mer Aktivitäten im Umfeld mit dem Kindergarten
- Das vielfältige Miteinander im Grünen Hof
selbst: Nachbarschaftshilfe bei: Umräumen,
Haushalt, Einkaufen, Mitfahrgelegenheiten

Bebauung und Gestaltung

Baukörper und Bauabschnitte: Die Bebauung des Areal an der Ecke Humboldtstraße/ Saarstraße umfasst drei Gebäude. In dem ersten Bauabschnitt werden die beiden Wohngebäude errichtet, welche sich in Richtung Süden auf dem Grundstück anordnen. Diese beiden Gebäude sind dann mit einer Pergola verbunden, die es ermöglicht trockenem Fußes von einem Gebäude in das andere zu gelangen. Darüber hinaus bieten sie überdachte Bereiche, die vielfältig genutzt werden können. Die Wohngebäude sind barrierefrei gestaltet. Aufzüge verbinden das Erdgeschoss mit den drei Obergeschossen. Ein Atrium in beiden Gebäuden sorgt für zusätzliche natürliche Belichtung der inneren Bereiche. Jede Wohnung hat zudem einen Balkon und ist großzügig belichtet. Nachdem die Wohngebäude und das dazugehörige Außengelände fertig gestellt sein werden, wird laut Planung im nördlichen Teil des Grundstückes, im zweiten Bauabschnitt, die Kindertagesstätte entstehen. Diese wiederum verfügt dann über ein eigenes, abgegrenztes Außengelände.

Das Außengelände: Dem Außenbereich des Grünen Hofes wird ebenfalls eine besondere Bedeutung zugemessen. Das Gelände ist öffentlich zugänglich. Es steht den Bewohnern, wie auch allen im Stadtteil lebenden Menschen zur Verfügung. Die dort vorgesehenen Elemente sollen ein qualitativvolles Ensemble bilden, welches zur

Begegnung und zum Austausch untereinander einlädt.

Service und Pflege

Wohnen PLUS Service: Mit dem Titel Wohnen PLUS soll zum Ausdruck kommen, dass wir mit diesem Wohnangebot auch ein PLUS an Service bieten. Geplant ist eine monatliche Grundpauschale, die eine Reihe von Leistungen eröffnet.

KOJE (Wohngemeinschaft für körperbehinderte Menschen)

Wohngemeinschaft KOJE: Die KOJE ist eine Wohngemeinschaft in der vier schwerstmehrfach behinderte Menschen mit einem erheblichen Pflegebedarf zusammen leben können. Entsprechend Ihren individuellen Bedürfnissen erhalten Sie die erforderliche professionelle ambulante Pflege und sozialpädagogische Begleitung.

Umfang und Bedarf sind unterschiedlich und werden deshalb vertraglich einzeln vereinbart.

Darüber hinaus werden Assistenzdienste angeboten. Bei der Ausstattung der Wohnung wurde darauf geachtet, dass in allen Bereichen eine barrierefreie Nutzung möglich ist. Die Wohnung ist hell und freundlich und lädt durch die Raumgestaltung zur Begegnung ein. Bezüglich der zu erwartenden Mieten bitten wir um persönliche Kontaktaufnahme. Im Grünen Hof in Gemeinschaft zu leben, bedeutet am Leben teilzunehmen, immer auch das »Schneckenhaus« zu verlassen und neue Erfahrungen zu sammeln. Dabei kann die Wohngemeinschaft »KOJE« Ausgangspunkt, zwischenzeitliche Zuflucht und Basis auf dem Weg ins selbstbestimmte Leben sein.

Das Gemeindeaufbauprojekt in Zusammenarbeit mit der Nicolai-Kirchgemeinde Zwickau als Beispiel des gemeinwesenorientierten Ansatzes.

Von Beginn an waren die angrenzenden Kirchengemeinden bei den Planungen zum Projekt »Grüner Hof« im Blickfeld. Mit der Nicolai-Kirchgemeinde bestand mit Beginn der Planungen seit Jahren bereits eine festere Zusammenarbeit (Predigtstätte, Besuche, musikalische Veranstaltungen, im Altenpflegeheim »Marthaheim«). Die Gemeindeleitung signalisierte den Wunsch nach intensiverem Austausch bezogen auf das Quartiersprojekt. Nach ersten Treffen ging daraus der Freundeskreis »KiTa Grünspechte« hervor.

2011 wurde mit Förderung der Landeskirche das Gemeindeaufbauprojekt (GAP) »zusammen...wachsen« als Kooperationsprojekt zwischen Stadtmission und Kirchengemeinde gestartet – Laufzeit 3 Jahre.

Ziel des Projektes: Kompetenzen beider Seiten nutzen und diakonisch-gemeinwesenorientierte Angebote der Kirchengemeinde aufbauen in Verbindung mit dem Projekt »Grüner Hof« – aus der »Wohlfühlzone« heraus treten und bei den Menschen Glauben praktisch leben.

Mit dem Anhalten des Projektes »Grüner Hof« – konnte das GAP neu justiert werden. Dies ist vor allem dadurch gelungen, dass im Konzept für den »Grünen Hof« das Umfeld eine entscheidende Rolle gespielt hat. Nicht nur die neue Bebauung ist Bestandteil, sondern im Umkreis befindliche bestehende Angebote von Arztpraxen in unmittelbarer Nachbarschaft, ein Pflegeheim der Stadtmission bis hin zu vielfältigen Angeboten im Zentrum der Altstadt Zwickaus. Zahlreiche Anknüpfungspunkte sind damit bereits vorhanden.

Die große Herausforderung im GAP ist, die Gemeinde bzw. Teile davon bewusst nach außen auszurichten, das Konzept in der Gemeinde lebendig zu vermitteln und gemeinsam zu gestalten. Hier stoßen die Koordinatoren immer wieder auch auf Widerstände, die im kontinuierlichen Gespräch bewegt werden müssen. Besonders die Verantwortungsträger, zu denen die hauptamtlichen Mitarbeiter, Kirchenvorstände und Ortsausschüsse gehören, müssen immer wieder für ihre Rolle im Projekt sensibilisiert werden. In einem ersten Schritt wurde auf breiter Basis in der Gemeinde festgestellt, wo Stärken, Chancen und Ressourcen vorhanden sind. Der darauf folgende Schritt – in dem das Projekt derzeit steckt – beschäftigt sich damit, dieses Potential mit den konkreten Ideen für die Zukunft zu verbinden. Ein Instrument dafür ist die MITDENKRUNDE.

Beispiel MITDENKRUNDE - Charakteristik

- kreative Köpfe, die bereit sind nach vorn zu denken, ohne gleich »Macher« zu sein
- Input und Begleitung von Fachkräften der Stadtmission Zwickau
- Entwickeln von konkreten, authentischen Ideen, Multiplikatoren aufbauen
- Hilft mit, einen Kreis aufzubauen, der bereit ist Ideen umzusetzen

- Ideensammlung: Alltagsbegleiter, Nachbarschaftshilfe, Ruhezeiten anbieten, Angebote für Kinder in der Stadt vor Ort gestalten, etc.

- Ideen bauen auf dem ermittelten Potential auf

Ausblick:

Mitte 2013 soll aus der MITDENKRUNDE heraus mindestens ein neues Angebot gestartet werden, was sich nach außen orientiert. Bis 2014 wird dann diese/s Angebot/e soweit in die Gemeinde eingebettet und begleitet, dass mit dem Auslaufen des GAP eine eigenverantwortliche Weiterführung möglich ist.

Der aktuelle Stand – wie geht es weiter

Die Stadt forderte einen Architekturwettbewerb. Dieser brachte zwar hervorragende architektonische Lösungen aber auch die Gefahr einer kostenmäßigen Überforderung der Stadtmission mit sich.

Bereits im Frühjahr 2011 musste auf Grund immer weiter ansteigender Kosten das Projekt nochmals kostenmäßig überplant werden. Dennoch waren die Ergebnisse nach den Ausschreibungen im Januar 2012 in einem Bereich, der von der Stadtmission Zwickau nicht mehr zu fassen war.

Von Anfang an war klar, dass dieses Projekt die Arbeitsfähigkeit und möglichen bisherigen Hilfeangebote nicht beeinträchtigen dürfte.

So wurde im Februar das Projekt gestoppt. Alle Beteiligte hat das sehr getroffen. Die Bewertung durch die Öffentlichkeit war fair und von Verständnis geprägt.

Es konnte festgestellt werden, dass alle Beteiligten, von den Initiatoren über die zukünftigen Nutzer bis hin zu Politik und Verwaltung sich weiterhin engagieren, dass das Konzept dennoch eine Zukunft hat. So wird in gegenseitiger Abstimmung daran gearbeitet, den 2. Bauabschnitt nach vorn zu ziehen und mit dem Bau der integrierten Kindertagesstätte »Grünspechte« 2013 zu beginnen.

Parallel dazu laufen Aktivitäten, die Wohnbau mit Partnern voranzubringen. 

Kirche und Diakonie als Partner im Quartier am Beispiel der Projektarbeit der Kirchenbezirkssozialarbeit in Leipzig

Von Sandra Dürrling

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012. Die Autorin ist Kirchenbezirkssozialarbeiterin im Diakonischen Werk/ Innere Mission Leipzig e.V., Projektleiterin »Mobiles Kochen im Quartier«.

Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags ist im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

In der Adventszeit wird wieder in unseren Kirchen das Lied »Macht hoch die Tür, die Tor macht weit...« gesungen.

Eine schöne Vorstellung, offene Kirchentüren geöffnet zum Stadtteil oder dem dörflichen Umfeld hin. Damit die Anwohner rings herum erleben können, wie Kirche ist und was man miteinander zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes im Gemeinwesen tun kann. Durch offene Türen entstehen Kontakte miteinander und Ideen was man vor Ort gemeinsam tun kann werden entwickelt. So bleiben Tür und Tor auch gleich das ganze Jahr lang weit geöffnet...

Im Rahmen ihrer gemeinwesenorientierten, diakonischen Arbeit der Kirchenbezirkssozialarbeit des Diakonischen Werkes/ Innere Mission Leipzig e.V. werden verschiedene Projekte in Leipziger Kirchgemeinden mit entwickelt, gefördert und fachlich begleitet. Dabei ist uns wichtig, dass auf die besondere Situation und die Bedarfe vor Ort eingegangen werden. Vor Beginn der Projekte haben wir uns einige grundsätzliche Fragen zusammen mit den Kirchgemeinden gestellt:

Welche Kirche sind wir und welche Kirche wollen wir sein?

Sind wir »Kirche für und unter uns«? Wollen wir »Kirche für andere« sein und zu einer »Kirche mit anderen« werden? Was bewegt die Menschen im Stadtteil?

Das nachfolgend beschriebene Projekt, ist eines von mehreren, die wir in unserer Arbeit mit Kirchgemeinden in Leipzig und Umgebung begleiten. Es ist im Ergebnis von Kontakten zwischen ganz unterschiedlichen Akteuren im Stadtteil Connewitz entwickelt wurden, wobei die Kirchenbezirkssozialarbeit eine koordinierende Funktion innehat.

Seit Januar 2011 entstand im Leipziger Stadtteil Connewitz das Projekt **»Mobiles Kochen im Stadtteil«; ein Projekt zur Förderung sozialer Teilhabe, gesunder Ernährungs- und Lebensweise und von generationsübergreifendem Miteinander zwischen benachteiligten Kindern, Jugendlichen und Senioren.**

Beim mobilen Kochen sind wir Mitarbeiter der Kirchenbezirkssozialarbeit, zusammen mit Ehrenamtlichen der Kirchengemeinde im Stadtteil unterwegs und kochen mit Kindern und Jugendlichen gesund und lecker. Wir gehen dabei dahin wo es Interesse an gemeinsamen Aktivitäten gibt z.B. an Treffpunkte der »streetkids«, Schulen, Jugendzentren, alternativ betreutes Jugendwohnen oder zum Stadtteilst. Natürlich kümmern wir uns auch um die Schulung von Ehrenamtlichen, die Konzeptentwicklung, das Stellen von Förderanträgen, Suche von Kooperationspartnern und halten Kontakt zu verschiedenen Akteuren im Stadtteil.

Seit Frühjahr 2012 erweiterte sich die Projektarbeit noch um die Idee, einen nicht mehr genutzten Garten der Kirchengemeinde als Treffpunkt im Stadtteil auszubauen. Es wurde im Stadtteil zu Mitwirkung und Wiederherstellung des Gartens aufgerufen. Gemeinsam mit Anwohnern, Gemeindegliedern, Kindern und Jugendlichen und dem Kindergarten wurden erste Verschönerungen in Angriff genommen. Der Garten konnte wieder begehbar gemacht werden und es entstanden ein Sitzplatz, ein Feuerplatz, Wege und neue Beete. Von Mai bis November 2012 war der Garten nun wöchentlich offen für alle die Lust hatten mitzuwirken und wurde rege genutzt. Es entstanden neue Kontakte zu Menschen im Stadtteil, es wurde zusammen gegärtnert, die ersten Früchte geerntet, zusammen gekocht, Grillfeste gefeiert und am Feuer gesessen. Viele Ideen zur weiteren Ausgestaltung des Gartens

konnten zusammengetragen werden, die in der nächsten Gartensaison miteinander verwirklicht werden sollen.

Wenn wir als Kirchenbezirkssozialarbeit eine Zwischenbilanz unserer gemeinwesenorientierten Sozialarbeit, in ganz verschiedenen Leipziger Kirchgemeinden ziehen, fallen uns einige Grundvoraussetzungen auf, die Kirche und Diakonie mitbringen sollten:

- Vorhandensein einer Bereitschaft ihr Milieu zu überschreiten, d.h. nicht nur Mittelstandsorientierung in den Angeboten
- Ein genaues Kennen und Interesse am sozialen Umfeld der Menschen. Was bewegt diese?

- Vorhandensein eines theolog. Verständnisses das diakonisches Handeln im Gemeindealltag verankert sein muss

- Keine »Berührungsängste« bei der Vernetzung u. Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Stadtteil (Vereine, Bürgerinitiativen, Parteien...)

- Den Mut Neues zu wagen, andere Wege zu gehen bei denen es nicht immer klar ist in welche Richtung sie führen

Wenn dies vorhanden ist, die »Macher vor Ort« nicht gebremst sondern gefördert werden und alle Mitwirkenden auf »Augenhöhe« miteinander agieren, können Kirche und Diakonie starke Akteure und Partner im Gemeinwesen sein. **D**

Bürgerschaftliches Engagement in der Nachbarschaft am Beispiel der Freiwilligen-Agentur Nordharz (FWA)

Von Gabriele Schwentek

»Kirche mitten drin« – Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort, Evangelische Akademie Meißen, 1.– 2.11. 2012.

Hinweis: Eine Powerpoint-Präsentation des Beitrags ist im Internet zu finden unter: <http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/religion/downloads/kirche-mitten-drin.html>

Ehrenamt ist Chefsache

Das Leben in unserer Gesellschaft wird wesentlich mitgeprägt vom Zusammenspiel freiwilliger und hauptamtlicher Mitarbeiter auf verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher Arbeit.

Jeder Mensch hat Fertigkeiten und Fähigkeiten, die er/sie in die Gesellschaft einbringen wollen und können. Ziel der Agentur ist es, Menschen zu begeistern und zu ermutigen, beraten und begleiten diese Fähigkeiten für ihre Gemeinde oder Stadt so einzubringen, dass sinnvolles Tun daraus entsteht. Zum heutigen Zeitpunkt sind ca. 350 Freiwillige bei fast 100 unterschiedlichen Einsatzträgern im Harzkreis tätig.

Ziel der Freiwilligenagentur Halberstadt

- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Region

- Schaffung von Rahmenbedingungen, damit das bürgerschaftliche Engagement gelingt

- Sinnvolles TUN der Menschen und damit gesellschaftliche Anerkennung

- Freiwilligen wird gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht

- Entwicklungschancen aller Beteiligten ausbauen

- Stadtteil hat ein attraktives Lebensumfeld, damit es sich lohnt im Wohnquartier zu leben und zu bleiben

Die Freiwilligen-Agentur ist 2002 aus der Erwerbslosenberatung hervorgegangen.

Aufgabe der Freiwilligen-Agentur

- passgenaue Vermittlung zwischen Helfenden und Hilfesuchenden.

- Ehrenamt ist Chefsache – nur so kann Wertschätzung, Würdigung und Weiterbildung den Ehrenamtlichen entgegengebracht werden.

- Schaffung von Rahmenbedingungen damit Ehrenamt möglich ist.

- Organisation der Anerkennungskultur in Form von Dankeschönveranstaltungen

Angebote der Freiwilligen-Agentur

Angebote für Freiwillige

- Informationen zu Einsatzmöglichkeiten
- Beratung und Unterstützung bei der Suche nach Tätigkeiten entsprechend ihrer Interessen
- Begleitung bzw. Herstellen des Erstkontaktes zu Einrichtungen
- Begleitung bei Einsatzwechsel
- Ansprechpartner für die Freiwilligen während der Einsätze
- Planung und Durchführung von Fortbildungen

Angebote für Einsatzstellen

- Informationen und die Bereitschaft zum Einsatz wecken
- Beratung und Hilfe bei der Schaffung von Rahmenbedingungen
- Unterstützung und Vorauswahl bei der Suche nach geeigneten Freiwilligen
- Unterstützung bei der Einarbeitung Freiwilliger
- Einsätze werden auf Wunsch begleitet
- Diakonisches Werk übernimmt
- pädagogische Begleitung der Freiwilligen
- regelmäßige Rückkopplung von Wünschen und Anregungen

Praxisbeispiele

- Familienpaten unterstützen bei der Bewältigung des Alltages, ermöglichen die Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit
- »Grüne Damen« begleiten Patienten im Krankenhaus
- Alltagshelfer unterstützen freiwillige Menschen in Notsituationen im häuslichen Umfeld
- Sozialpaten sind Begleiter für Menschen, die allein nicht in der Lage sind, vorhandene Hilfsangebote zu erfassen und zu nutzen
- Bahnhofsmision – Freiwillige leisten auf dem Bahnhof in HBS Hilfe beim Ein-, Aus- und Umsteigen, helfen in Notsituationen und vermitteln in andere Netzwerke
- Seniorenbegleiter wurden ausgebildet, um als Freiwillige niederschwellige Betreuungsleistungen zu erbringen.
- Freiwillige in Kindertagesstätten und Schulen

Fazit: Durch die Kontaktbüros der Freiwilligenagentur in Wernigerode, Halberstadt und Quedlinburg können interessierte Menschen in sinnvolles Tun kommen und den Hilfesuchenden wird geholfen. Es entsteht eine Vernetzung in den Gemeinden. Die Grundlage ist eine enge Kooperation mit Kirchgemeinden, Vereinen, Verbänden aus den Bereichen Kultur, Soziales, Sport und Ökologie. D

Tagungsprogramm

Projektteam der Tagung:

Johannes Bilz Direktor,
Evangelische Akademie Meißen

Reinhard Thies Netzwerkstelle Gemeinwesen,
Diakonisches Werk EKD Berlin

Hans-Jürgen Meurer Referent, Diakonisches
Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens e.V.

Andreas Dohrn Pfarrer, Ev.-Luth. Kirchgemein-
de Stollberg/Sa.

Manja Erler Referentin, Ev.-Luth. Landeskir-
chenamt Sachsens, Referat Gemeindeaufbau /
Gemeindeentwicklung

Johannes Spenn Referent, Diakonisches Werk
Evangelischer Kirchen Mitteldeutschland e.V.

Sandra Dürrling Sozialdiakonin Diakonisches
Werk / Innere Mission Leipzig e.V., KirchenBe-
zirksSozialarbeit

Thomas Wintermann Referent, Ev.-Luth. Lan-
deskirchenamt Sachsens, Referat Bildung

Mechthild Gatter Abteilungsleiterin, Caritasver-
band für das Bistum Dresden - Meißen

Programm

Donnerstag, 2. November 2012

- 14.30 Uhr Begrüßung und Einführung
Johannes Bilz, Reinhard Thies
- 15.45 Uhr »Kommune und Kirchgemeinde
in polarisierter Stadt- und Regio-
nalentwicklung«
Prof. Dr. Albrecht Göschel,
Sozialwissenschaftler, Kulturo-
ziologe, Berlin
- 16.00 Uhr Kirche werden im Gemeinwesen.
Theologisch-ethische Anmer-
kungen
Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl,
Katholische Hochschule für So-
zialwesen Berlin
- 17.00 Uhr Kirche und Diakonie als Partner
in zivilgesellschaftlichen Netz-
werken
Dr. Thomas Gensicke, TNS Inf-
ratest
Sozialforschung GmbH, Mün-
chen
Moderation: Johannes Spenn

19.30 Uhr »Gewagte Aufbrüche« im Ge-
spräch und mit Musik
Wir schaffen Lebensmittelpun-
kte« Hof, Bahnhofsviertel,
Pfarrer Johannes Neugebauer,
Hof;

Auferstehungskirche als Nach-
barschaftszentrum in der Plat-
tenbausiedlung Stralsund-
Grünhufe,
Thomas Nitz, Stralsund,
Moderation: Reinhard Thies,
Musik: Domkantor Jörg Bräunig,
Meißen

21.30 Uhr Nach(t)gespräche bei Brot, Fett
und Wein in der Cafeteria

Freitag, 2. November 2012

8.00 Uhr An(ge)dacht in der Barbara-
Kapelle
Thomas Wintermann, Dresden

9.00 Uhr Integrierte Stadt- und Regional-
entwicklung
Sicht der Öffentlichen Hand auf
Kirche und Diakonie als Partner
im Gemeinwesen

Zwei Statements:

Amtsleiter Karsten Gerkens, Amt
für Stadterneuerung und Woh-
nungsbauförderung, Stadt Leip-
zig

Dr. Ludwig Scharmann, Sächsi-
sches Staatsministerium des In-
nern – Landes- und Regional-
planung, Dresden

10.30 Uhr »Kirche, Diakonie + « Prozesse
in der Praxis Workshops

Einführung: Johannes Bilz

a) Kirche als Initiator für lokale
Partnerschaften – Erste Christli-
che Arbeitsvermittlung
Pfarrer Andreas Dohrn, Stollberg
Moderation: Hans-Jürgen Meurer

	<p>b) Öffnen von Häusern – Kirchengemeinde Wolfen-Nord Pfarrer Matthias Seifert, Wolfen Moderation: Thomas Wintermann</p> <p>c) Von der Einrichtungsdiakonie zur Quartiersdiakonie – Stadtmission Zwickau »Gründer Hof« Direktor Rolf Schlagmann, Zwickau Moderation: Manja Erler</p> <p>d) Kirche und Diakonie als Partner im Quartiersmanagement am Beispiel des Leipziger Ostens Sozialdiakonin Sandra Dürrling, Leipzig Moderation: Reinhard Thies</p> <p>e) Bürgerliches Engagement in der Nachbarschaft am Beispiel der Freiwilligenagentur Harz, Geschäftsführerin Gabriele Schwentek, Halberstadt, Moderation: Johannes Spenn</p>	<p>15.15 Uhr Podium – Wie sieht eine neue Zusammenarbeit aus?</p> <p>– OLKR Dietrich Bauer, Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens, Dresden</p> <p>– OKR Christian Schönfeld, Diakonisches Werk Sachsen, Radebeul</p> <p>– Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, Halle / S.</p> <p>– Frau Cornelia Lüddemann, MdL Bündnis 90/Die Grünen, Magdeburg</p> <p>– Wilfried Köhler, Leiter der Stabsstelle Demographische Entwicklung im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt</p> <p>Moderation: Uwe Amrhein, Stiftung Bürgermut, Berlin</p>
14.00 Uhr	<p>Einsichten – Folgerungen – Notwendigkeiten – Empfehlungen Ergebnisse der Workshops und Erfahrungen des Bundesprojektes »Kirche findet Stadt« Reinhard Thies</p>	<p>16.30 Uhr Schlussworte</p> <p>17.00 Uhr Tagungsschluss</p>

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2012

41/12 – **Frei für die Zukunft – Evangelische Kirchen in Europa** (7. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa) – 56 Seiten / 5,10 €

42/12 – Themen: **Evangelische Orientierungshilfe zu Israel** (EKD, UEK, VELKD) – **Weichenstellung für Europa: Möglichkeiten der evangelischen Kirchen** (Gundlach) – 28 Seiten / 3,40 €

43/12 – **Perspektiven für »Kirche in der Fläche«** (1. Fachtagung der Land-Kirchen-Konferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 44 Seiten / 4,60 €

44/12 – Themen: **EKD-Wort zu Europa** (»Für eine gemeinsame Zukunft in einem geeinten Europa«) – **»Tag der internationalen Einsätze«** (Evangelischer Militärbischof) – **Kirchliches Arbeitsrecht** (Studie »Arbeitsverhältnisse in der Diakonie« und Dritter Weg in der katholischen Kirche) – 32 Seiten / 4,10 €

45/12 – **Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen? Politischer Wille, sicherheitspolitische Strategie und friedensethische Normen** (Evangelische Akademie zu Berlin) – 24 Seiten / 3,40 €

46/12 – Themen: **Synodentagung 2012 (1)** (mündlicher EKD-Ratsbericht) – **Ökumenischer Lagebericht 2012** – 40 Seiten / 4,10 €

47/12 – **Synodentagung 2012 (2)** (VELKD-Generalsynode; UEK-Vollkonferenz) – 76 Seiten / 5,90 €

48/12 – Themen: **Kirchliches Arbeitsrecht** (Bundesarbeitsgericht zum Streikverbot) – **Rituelle Beschneidung im Judentum aus religionswissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Sicht** (Tagung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) – 52 Seiten / 5,10 €

49/50/12 – Themen: **Synodentagung 2012 (3)** (EKD-Synode) – **Geistliches Wort zur Organspende – Ethik und Recht** (Präses Schneider) – 68 Seiten / 5,40 €

51/12 – **Synodentagung 2012 (4)** (EKD-Synode: »Am Anfang war das Wort... Perspektiven für das Reformationsjubiläum 2017«) – 36 Seiten / 4,10 €

52/12 – **»Herausforderung Salafismus – Extremistischer Islamismus in Deutschland«** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 52 Seiten / 5,10 €

Jahrgang 2013

1-2/13 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2012** – 72 Seiten / 5,90 €

3/13 – **Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt?** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 36 Seiten / 4,10 €

4/13 – Themen: **Rheinische Landessynode** (Schneider) – **Die Debatte um Land und Staat Israel** (Reformierter Bund) – 56 Seiten / 5,10 €

5-6/13 – **»Freiraum - Theologische, juristische und praktische Ermöglichkeiten für Kirche in der Region«** (EKD-Reformzentrum für Mission in der Region) – 68 Seiten / 5,40 €

7/13 – Themen: **Reformation und Toleranz** (Schneider, Meister, Dröge, Weinrich) – **Gedenken an Widerstandsgruppe Weiße Rose** (Gauck) – 36 Seiten / 4,10 €

8/13 – **»Für alle, die auf Kurs bleiben«** (Hearing von EKD und AMD zum Reformprojekt »Erwachsen glauben«) – 36 Seiten / 4,10 €

9/13 – **»Soziales Europa – Was kann Kirche tun?«** (Tagung des Evangelischen Verbandes Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt und der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 36 Seiten / 4,10 €

10/13 – **Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort** (Tagung der Ev. Akademie Meißen) – 64 Seiten / 5,40 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 26,50 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 30,90 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 25 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.